

23. Jahrgang

Nr. 2

Juni 2012

Sozialimpulse

Rundbrief

**Dreigliederung
des sozialen
Organismus**

Verantwortung,
Haftung, Schicksal

Postmaterialismus
und junge Generation

Die demografische
Falle

Betrachtungen,
Berichte

Initiativen,
Termine

Herausgegeben von der
Initiative Netzwerk Dreigliederung

Inhalt

Notiert - Brennpunkte des Zeitgeschehens (Hans-Jörg Barzen) _____	3
Verantwortung, Haftung, Schicksal (Udo Herrmannstorfer, Zsf. C. Strawe) _____	5
Postmaterialismus, Metamaterialismus und junge Generation (Roland Benedikter im Interview mit Adrian Wagner) _____	9
Die demografische Falle Beobachtungen zur Kraft der „Überflüssigen“ (Kai Ehlers) _____	18
Betrachtungen und Berichte	
Gedenken: Eginhard Fuchs _____	24
Qualitätsentwicklung und Evaluation bei Richard Wagner (Robert Zuegg) _____	24
Zuwachsraten im Vergleich (Helmut Creutz) _____	27
Geuro für Griechenland - eine neue Idee? (Margrit Kennedy u.a.) _____	29
Kandidatur Jens Löwe (Stuttg. Wasserforum) _____	29
Vier Möglichkeiten für Griechenland (Christian Gelleri, Thomas Mayer) _____	30
Der Fiskalpakt aus demokratiepolitischer Perspektive (Mehr Demokratie) _____	32
Zur Lage in Syrien (Kai Ehlers) _____	33
Finanztransaktionssteuer (Sven Giegold) _____	35
Initiativen und Termine	
Bewegung für Dreigliederung in Israel (Yuval Elad) _____	36
Syrien-Petition (Avaaz.org) _____	37
Syrien-Vorschläge von Johan Galtung _____	38
Seminar für freiheitliche Ordnung _____	39
6 Abende zu den „Kernpunkten“ mit Ingrid Lotze im Forum 3 Stuttgart _____	39
Weitere Veranstaltungen im Forum 3 _____	39
Bedingungsloses Grundeinkommen: Volksinitiative Schweiz, Woche des Grund- einkommens, Ehrung Götz Werner _____	40
Literatur	
Clara Steinkellner: Menschenbildung in einer globalisierten Welt (Johannes Mosmann) _____	41
Kai Ehlers: „Attil und Krimkilte“ _____	42
Leserpost _____	42
Sozialentwicklung: Studienangebot 2012/13 _____	43

Impressum

Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 - 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 1863-0480. Redaktion und Verwaltung: Prof. Dr. Christoph Strawe. Redaktions- und Vertriebsassistentz: Hans-Jörg Barzen, Simmozheim. Lektoratsberatung: Prof. Dr. Hellmut Fischmeister, Graz. Gestaltung: Marion Ehram. Logo: Paul Pollock. Druck: Offizin Scheufele, Stuttgart. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-/CHF 35,-). Zahlungen bitte durch Geldschein oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST). Bitte jeweils das Stichwort "Rundbrief" angeben. Bezieher in der BRD können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang September und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Editorial

Wer die Zeitereignisse verfolgt, tut sich notwendig schwer damit, eine immer erdrückender wirkende Fülle an Krisennachrichten zu verarbeiten. Kaum scheint eine Atempause gewonnen, so holen uns neue Meldungen rasch und unsanft aus dieser Illusion. Zeit gewonnen für Griechenland? Von wegen! Spanien schafft es alleine? Von wegen! Italien? Jetzt auch in Gefahr! Der G-20-Gipfel: Man redet. Und alles geht weiter den gewohnten Gang: Banken werden gerettet, Bürger müssen bluten. Dass da gleichzeitig ein Umweltgipfel der Vereinten Nationen stattfindet, wird gerade noch am Rande registriert. Dass er - nach den großen Visionen, die den ersten Rio-Gipfel prägten, und nach den enttäuschten Hoffnungen von Kopenhagen - nur der bisherige Gipfel des Versagens gegenüber der ökologischen Katastrophenlage und den menschengemachten Klimaschäden darstellt, wie viele bekommen es überhaupt noch mit?

Eine allgemeine Lähmung scheint viele befallen zu haben. Man verdrängt. Letztlich ist das ein Selbstschutzmechanismus, weil man dunkel empfindet, man könne das alles nicht mehr verarbeiten und aushalten. Die Fußball-EM in Polen und der Ukraine kommt da gerade recht, weil sie schöne Stunden beschert, in denen die Zukunftsängste vergessen sind. Wer will denn auch all das im Blick haben: die Zerstörung der Regenwälder, die Kriegsgefahr in Nahost, den Staatsterrorismus in Syrien? Und neben den aktuellen Schlagzeilen auch noch die von diesen überlagerten Elendsprobleme an so vielen Punkten der Erde: Das immer noch an den Folgen der Flut leidende Pakistan, die von Krieg, Bürgerkrieg und Hunger gezeichneten Regionen Zentralafrikas, der Südsudan, Somalia, die Sahel-Zone... Und Haiti - war da nicht auch was?

Abnehmendes Vertrauen in Wirtschaftseliten, politische Klasse und Experten korrespondiert eben nicht unbedingt mit wachsendem Vertrauen in die eigene Kraft und mit Engagement für eine bessere Welt. Man kann aufwachen an den Ereignissen, aber „von selbst“ geschieht das nicht, sondern nur durch jeden Einzelnen selbst. Ja, glücklicherweise gibt es doch auch viele Einzelne, die nachdenken, aktiv werden, sich engagieren und sich dabei zusammenschließen. Auf sie kommt es an. Vor allem darauf, dass Sie nicht beim Protest stehenbleiben, sondern jene „konstruktive Unzufriedenheit“ (Götz Werner) entwickeln, die verwandelnde Kraft hat. Diese Art der Unzufriedenheit versuchen wir auch in dieser Ausgabe der Zeitschrift wieder zu wecken.

Ihr


Notiert - Brennpunkte des Zeitgeschehens

19. März bis 22. Juni 2012

Hans-Jörg Barzen

Welt

Das Sipri-Institut in Stockholm teilt mit, weltweit habe sich das Volumen der Rüstungsgeschäfte um 24 Prozent erhöht. Größter Waffenexporteur sind nach wie vor die USA +++ In Damaskus bei drei Bombenanschlägen über 30 Menschen getötet +++ EU weitert Sanktionen gegen Syrien aus +++ Russland sichert UN-Sondergesandten Annan volle Unterstützung bei Vermittlungsmission im Syrien-Konflikt zu +++ Syrien erklärt, den 6-Punkte-Plan Annans zu akzeptieren +++ Mitt Romneys gewinnt Rennen um die Präsidentschaftskandidatur der Republikaner +++ Prozess gegen den rechtsradikalen Oslo-Attentäter Anders Breivik beginnt +++ Yong Kim neuer Präsident der Weltbank +++ UN-Beobachter beginnen Mission in Syrien +++ Auftritt Breiviks vor Gericht löst Empörung aus +++ Indien testet Atomrakete +++ US-Regierung verurteilt Taten von Soldaten, die in Afghanistan für Fotos mit Leichen angeblicher Extremisten posierten +++ UN: 300 weitere Beobachter nach Syrien +++ starkes Abschneiden der rechtsextremen Kandidatin Le Pen bei französischer Präsidentschaftswahl wird europaweit mit Sorge aufgenommen +++ neue Sanktionen gegen Syrien durch EU +++ die inhaftierte ukrainische Ex-Regierungschefin Timoschenko tritt in Hungerstreik +++ Liberias Ex-Diktator Taylor in Den Haag verurteilt +++ Bombenanschläge sechs Wochen vor Beginn der Fußball-Europameisterschaft in der Ukraine +++ Weiter Gefechte in Syrien +++ ILO kritisiert Sparpolitik der Euro-Staaten +++ US-Präsident Obama trifft überraschend in Afghanistan ein. Bis Ende 2014 sollen sämtliche internationalen Truppen das Land verlassen. Übernahme von Verantwortung für die Sicherheit dann durch afghanischen Polizisten und Soldaten +++ Druck auf Ukraine wegen Fall Timoschenko wächst +++ Waffenruhe in Syrien weiter brüchig +++ Fußball-Verbände gegen EM-Boycott +++ EU-Kommission bleibt EM-Spielen in Ukraine fern +++ Tausende Demonstranten in Kairo gegen regierenden Militärat +++ Vereinte Nationen halten an Friedensplan für Syrien fest +++ Der Sozialist François Hollande wird Präsident Frankreichs +++ Keine Waffenruhe in Syrien +++ Wahl in Griechenland: Rechtspopulisten und extreme Linke gewinnen Stimmen, frühere Volksparteien verlieren ihre Mehrheit +++ Erste Sondierungsgespräche in Griechenland gescheitert +++ Hollande betont Bedeutung der Achse Paris-Berlin +++ Putin als neuer Präsident Russlands gewählt +++ Timoschenko beendet Hungerstreik +++ schlimmster Bombenanschlag seit Beginn des Aufstands in Syrien: 70 Menschen kommen ums

Leben, 375 Verletzte. Sprengsätze explodieren vor einem berüchtigten Foltergefängnis +++ Europaparlament billigt neue Preis-Obergrenzen für Handy-Gespräche im Ausland +++ Zehntausende demonstrieren gegen Sparpolitik in Spanien +++ militante Islamistengruppe bekennt sich zu Anschlägen von Damaskus +++ Facebook geht an die Börse. Mit 104 Milliarden Dollar ist Facebook so hoch wie noch kein US-Unternehmen bei seinem Börsendebüt bewertet +++ weiter keine Regierung für Griechenland in Sicht +++ US-Botschafter besucht Timoschenko +++ Neuwahlen in Griechenland angesetzt, da alle Versuche zur Regierungsbildung scheiterten +++ Kriegsverbrecher-Prozess gegen bosnisch-serbischen Ex-General Mladic vor dem Internationalen Strafgerichtshof beginnt +++ Facebook-Aktie stürzt von 38 auf 28 Dollar ab (Stand 12.06) +++ sieben wichtigste Industriestaaten und Russland sprechen sich für Verbleib Griechenlands in Euro-Zone aus +++ US-Präsident Obama ruft Nato-Staaten zu Beginn ihres Gipfeltreffens in Chicago zu Geschlossenheit beim geplanten Abzug aus Afghanistan auf +++ Nato-Gipfel beendet: Zeitplan für Afghanistan-Abzug steht +++ Hollande besucht Afghanistan und präzisiert Pläne für den Abzug französischer Truppen. 2.000 der 3.500 Soldaten sollen Land bereits bis Ende dieses Jahres verlassen +++ Trotz der Anwesenheit von UN-Beobachtern in Syrien kam es zu weiteren Massakern. In der Stadt Haula sterben laut UN 108 Menschen, unter ihnen 49 Kinder +++ EU-Russland-Gipfel in Sankt Petersburg kann sich nicht auf gemeinsame Position zum Syrien-Konflikt einigen +++ Portugal erhält weitere 4 Milliarden Euro aus dem internationalen Rettungs-Paket +++ CIA meldet Tötung des Al-Kaida-Vize-Chefs +++ Kofi Annan appelliert an Weltgemeinschaft, für ein Ende der Gewalt in Syrien zu sorgen +++ Rekordhoch von 21,9 Prozent Arbeitslosigkeit in Griechenland im März +++ Russlands Präsident Putin unterzeichnet Versammlungsgesetz. Kritiker bemängeln, dass damit das Recht auf friedliche Demonstrationen missachtet und Regierungsgegner kriminalisiert werden +++ Der Verfassungsgerichtshof in Ägypten sorgt mit einem Urteil für die Auflösung des Parlaments, ebenso für die der verfassunggebenden Versammlung. Zur Begründung heißt es, die Vorschrift, dass ein Drittel parteiloser Kandidaten gewählt werden müsse, sei ignoriert worden. Viele Menschen im Land sehen in den jüngsten Entwicklungen den Versuch der Militärs, die demokratische Entwicklung zurückzudrehen +++ Die EU drängt Spanien, zur Bankenrettung um Gelder des Rettungsfonds zu ersuchen, das Land will nun 100 Mrd. Euro in Anspruch nehmen +++ Der Präsident des Europäischen Rats van Rompuy beklagt Zögerlichkeit der Maßnahmen zur „Euro-Rettung“, was auch als indirekte Kritik an Bundeskanzlerin Merkel verstanden wird +++ Immer lauter werden Forderungen zu weitergehendem Abbau der Souveränität der Mitgliedsstaaten. Gedacht ist an eine Banken- und Fiskalunion, letztlich wollen viele Vertreter der Eliten, eine stärker einheitsstaatlich strukturierte politische Union +++ Beim zweiten Durchgang der Parlamentswahlen in Frankreich

erreicht die Linke die absolute Mehrheit +++ Bei den Wahlen in Griechenland siegen die Neokonservativen, deren Vorsitzender Samaras kann eine Koalitionsregierung mit den Sozialisten bilden +++ Nach der Stichwahl für die Präsidentschaft in Ägypten sieht sich die Wahlkommission nicht in der Lage, ein Ergebnis bekanntzugeben, bevor nicht zahlreiche Einsprüche geprüft seien. Sowohl der aus dem Mubarak-Establishment stammende Ahmed Schafik als auch der Muslimbruder Mohammed Mursi beanspruchen den Sieg +++ Treffen der G-20-Staaten in Mexiko +++ Die Friedensnobelpreisträgerin Suu Kyi hält mit 21 Jahren Verspätung ihren Nobelvortrag in Oslo. Sie konnte den Preis nicht entgegennehmen, da sie unter Hausarrest durch die damalige Militärjunta stand +++ In Rio findet der UN-Gipfel zur nachhaltigen Entwicklung statt. NGOs kritisieren die Beschlüsse als absolut unzureichend. Bundeskanzlerin Merkel war wie eine Reihe anderer wichtiger Regierungschefs erst gar nicht erschienen

Deutschland

Keine Zusammenarbeit der Linkspartei mit SPD und Grünen in Nordrhein-Westfalen +++ Bundesregierung weist Forderungen nach Abschaffung des Solidarpakts Ost zurück +++ Innenminister bereiten neues NPD-Verbotsverfahren vor +++ EU-Kommission setzt Deutschland Ultimatum für neues Gesetz zur Speicherung von Telefon- und Internetdaten +++ Bundespräsident Gauck endgültig in Amt und Würden +++ Endgültige Schließung von rund 2.200 Schlecker Filialen. 11.000 Beschäftigte damit von Entlassung betroffen +++ Schlecker-Auffanggesellschaft gescheitert +++ Verbraucherschützer rufen zu grundlegender Reform der privaten Krankenversicherungen auf +++ Vorsitzende der Linkspartei, Gesine Löttsch, wegen schwerer Erkrankung ihres Mannes am 10. April zurückgetreten +++ deutscher Wirtschaft wird trotz Eurokrise und weltweiter Konjunkturflaute Wachstum von zwei Prozent prognostiziert +++ Fortsetzung umstrittener kostenloser Koran-Verteilung durch radikal-islamische Salafisten +++ Deutsche Islamkonferenz spricht sich gegen radikalen Salafismus sowie gegen Zwangsehen und häusliche Gewalt aus +++ umstrittenes Fluggast-Daten-Abkommen zwischen EU und USA kann in Kraft treten +++ Frankreich und Deutschland wollen im Kampf gegen „illegale Einwanderung“ in der EU Kontrollen an Landesgrenzen wieder verschärfen +++ Mineralölbranche in Deutschland kritisiert die Spritpreis-Überwachungspläne von Wirtschaftsminister Rösler +++ Im Urheberrechts-Prozess zwischen Gema und Youtube setzt sich Gema weitgehend durch. Dem Urteil wird grundlegende Bedeutung für das Urheberrecht im Internet beigemessen +++ Piraten wollen über Vorwürfe von rechtsextremen Tendenzen in der Partei Ende Mai auf einer Sonderkonferenz beraten +++ Kinderhilfswerk fordert mehr Mitbestimmung für Vorschulkinder +++ Bundeswehr schickt weitere Soldaten ins Kosovo. Genaue Truppenstärke steht noch nicht fest +++ Bundesregierung lässt entscheidendes Ultimatum der EU zur Vorratsdatenspeicherung verstreichen +++ Gauck sagt Ukraine-Besuch ab +++ Razzien

in mehreren Bundesländern gegen mutmaßliche Unterstützer der rechtsradikalen Terrorzelle NSU +++ Qualifizierte Fachkräfte aus Nicht-EU-Staaten sollen künftig leichter in Deutschland arbeiten können +++ SPD-Chef Gabriel ruft dazu auf, als Politiker nicht zur Fußball-EM in die Ukraine zu fahren +++ mehr als 400.000 Menschen bei bundesweiten Mai-Kundgebungen. In Kritik steht die Sparpolitik in der Eurozone. Proteste auch in Spanien, Griechenland und Frankreich. +++ Bernd Schlömer neuer Chef der Piratenpartei +++ Bundesregierung will Tankstellen mit neuer Meldebehörde für Benzinpreiserhöhungen stärker kontrollieren +++ 2.963.000 = ca. 7% Arbeitslose +++ Bundesrat hat Pläne zur Kürzung der Solarförderung vorläufig gestoppt +++ SPD gewinnt NRW-Wahl +++ Ein erster Kurzbesuch im Ausland führt François Hollande bei seiner ersten Auslandsreise zur Bundeskanzlerin nach Deutschland +++ Kanzlerin Merkel entlässt Umweltminister Norbert Röttgen als Konsequenz aus der Niederlage der CDU bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen +++ tausende Kapitalismusegegner bei „Blockupy“-Protesten in Frankfurt +++ Peter Altmaier (CDU) neuer Umweltminister +++ Bundesregierung will nicht über Eurobonds beraten +++ Kanzlerin Merkel sichert Athen Unterstützung zu +++ Ermittlungen gegen Ex-Bundespräsident Wulff abgeschlossen +++ Bundestag regelt Organspende neu: alle Krankenversicherten ab 16 Jahren werden schriftlich aufgefordert, Erklärung zu einer Organspende nach ihrem Tod abzugeben +++ Katja Kipping und Bernd Riexinger neue Vorsitzende der Linken +++ Bundesregierung verteidigt Lieferungen von U-Booten, die in Israel mit Atomwaffen bestückt werden +++ Gläubiger besiegeln Aus für Schlecker +++ Deutschland und Großbritannien weiter uneins über Fiskalpakt +++ Widerstand gegen Schufa-Pläne, systematisch Verbraucher-Daten im Internet zu erheben +++ In sieben Bundesländern findet eine Großrazzia gegen Salafisten statt. Ein salafistischer Verein wird verboten, begründet wird das mit verfassungsfeindlichen Aktivitäten der fundamental-islamistischen Gruppierung +++ Wegen fehlender Beschlussfähigkeit des deutschen Bundestages muss die Abstimmung über das sog. Betreuungsgeld bis nach der Sommerpause verschoben werden +++ Die Psychoanalytikerin und Sozialpsychologin Margarete Mitscherlich stirbt mit 94 Jahren +++ Das Bundesverfassungsgericht verlangt eine stärkere Beteiligung des deutschen Parlaments an bedeutenden europäischen Entscheidungen. Bundespräsident Gauck unterzeichnet das Gesetz über den Euro-Rettungsschirm ESM wegen des Spruchs zunächst nicht +++

Stand des Kostenausgleichs

Eingegangen für Rundbrief und weiteren Kostenausgleich sind bis 17. 6. 2012 rund EUR 28.500. Offen sind noch EUR 8.500 Wir danken allen, die beigetragen haben, und bitten um weitere Kostenausgleichsbeiträge.

Verantwortung, Haftung, Schicksal

Ihre Bedeutung im sozialen Leben

**Udo Herrmannstorfer,
Zusammenfassung C. Strawe**

Es handelt sich bei diesem Text um die freie Zusammenfassung eines Vortrags, den Udo Herrmannstorfer zu diesem Thema am 12. Januar 2008 in Kassel bei einem Seminar „Individualität und Staat: Der Vertrag als Quelle modernen Rechts“ gehalten hat.

In Kants berühmtem Aufsatz „Was ist Aufklärung?“ geht es um die Betätigung des Denkens ohne fremde Leitung. Durch diese tritt der Mensch heraus aus der Unmündigkeit. Es wird hell, das Licht der Aufklärung leuchtet, wo der Mensch seine Vernunft betätigt, im Denken eine universelle Kraft selbständig in sich zur Erscheinung bringt. Aber es entsteht damit auch die Frage, was geschieht, wenn diese universelle Kraft ins reale Leben einwirken will. Für Kant ist hier weiter nichts erfordert als, wie er sich ausdrückt, die unbeschädigte Freiheit, von allen nämlich die von der eigenen Vernunft in allen Stücken öffentlichen Gebrauch zu machen. Versteht man dies, wie Kant es offensichtlich tut, als Möglichkeit der öffentlichen Meinungsäußerung und der Vertretung wissenschaftlicher Positionen in der Öffentlichkeit ist, dann ist dieser Gebrauch in der Tat der am wenigsten real wirksame.

Im Privatgebrauch der Vernunft dürfe man hingegen durchaus Einschränkungen unterliegen. Das praktische Handeln aus eigener Einsicht, die freie Initiative wird aber in der Regel eben als ein solcher Privatgebrauch der Vernunft verstanden. Insofern findet sich auf die Frage nach der Mündigkeit bei Kant keine wirklich umfassende Antwort. Kant sieht die die Gefährdung dadurch, wie das eigene Urteil des Menschen die Welt auf den Kopf stellt. Und er versucht selbst eine Eingrenzung des Handlungsspielraums durch den Pflichtbegriff. Wird im Sinne einer allgemeinen Gesetzgebung für die ganze Gemeinschaft gehandelt, kann das Handeln nie partikularen Interessen folgen. Damit ist jedoch die Frage nach dem Sozialfähigwerden der Freiheit nicht beantwortet. Kant proklamiert im Grunde genommen die Freiheit nur für den Gelehrten, plädiert für dessen Recht auf eigene Weltanschauung. Etwas sarkastisch könnte man sagen: Aufklärung bedeutet,

dass man denken kann, was man will, nicht jedoch, dass man tun kann, was man denkt.

Hier liegt eine Klippe, die umschifft werden muss. Denn, wenn der einzelne Mensch aus freien Stücken zu fragen beginnt, braucht es ein Gleichgewicht, damit die Freiheit nicht zerstörerisch wird. Dieses Gleichgewicht bildet das Prinzip der Verantwortung: Wenn das Bewusstsein hell wird, wächst die Verantwortung. Mündigkeit heißt ja, sich selber aussprechen können. Das, was man da ausspricht, soll jedoch eine Antwort auf die Not der Welt sein. Menschen antworten auf Fragen, die Sie selber aus der Welt vernehmen. Die Handlung, zu der eine solche Antwort führt, greift in die Welt ein. Früher nahm wir Natur als Gegebenheit hin. Heute bemerken wir, das wir selbst für die Umwelt verantwortlich sind - und diese Verantwortlichkeit ist unbeliebt. Nicht umsonst wird über die Ego-Gesellschaft gejammert. Oft empfindet man das Streben nach Verantwortung gar als Machtstreben. Aber mitsprechen wollen und mitbestimmen wollen, bedeutet auch dass wir mit Verantwortung übernehmen müssen, selbst etwas machen müssen.

Verantwortung heißt, dass die Folgen meiner Handlungen mit mir verbunden sind. Ich bin nicht nur der Verursacher meiner Handlungen, sondern auch der Verursacher oder Mitverursacher von deren Folgen. So kommt das Verursacherprinzip herauf. Früher war die Handlung einfach ein Tun. Jetzt werden wir wach dafür, dass die Handlung mit dem Vollzug nicht vorbei ist, sondern in den Folgen, deren Ursache sie ist, weiterlebt. Erst die Anerkennung der eigenen Mitverursacherrolle schafft Bewusstsein. Guter Wille allein, eine bloße Gesinnungsethik genügt nicht, sondern eine Verantwortungsethik ist notwendig ist, um zwei Begriffe aufzugreifen, die Max Weber geprägt hat. Kants Forderung: „Sapere aude“ („habe Mut Dich Deines eigenen Verstandes zu bedienen“), lässt sich nicht nur auf die Denkebene beschränken. Vielmehr muss sie auf die Handlungsebene ausgeweitet werden. Freiheit praktizieren heißt Willkür überwinden und Verantwortung zu üben. Denn die positive Freiheit, die „Freiheit wozu“ (Nietzsche), ist im Gegensatz zur negativen „Freiheit wovon“ freiwillige Selbstbindung, die das Stehen zu den Konsequenzen der Handlung einschließt.

Konsequenzen für die soziale Gestaltung

Was heißt das in Bezug auf die soziale Gestaltung? Wenn wir eine Schule oder ein Unternehmen gründen, dann bringen wir Fähigkeiten und Impulse aus der Vergangenheit mit. Indem wir unsere Beziehungen innerhalb einer solchen Initiative ordnen, uns verabreden und „vertragen“, öffnen wir uns für die Zukunft, schaffen wir der Entwicklung Raum. Wenn man Menschen abschneidet von der Verantwortung, reduziert man sie auf die bloße Ausführung einer Tätigkeit zum Zweck der Erzielung eines Einkommens. Man verbaut ihnen die Teilhabe am spirituellen Sinn der jeweiligen Aufgabe. Verantwortung heißt aber immer auch, Anteil nehmen an einer spirituellen Entwicklung.

Das Verursacherprinzip bedeutet: ich bin der Täter, der Auslöser, insofern auch der Schuldige. Schuld entsteht, wo durch mein Handeln nicht das entsteht, was hätte werden sollen. Bei Gelingen einer Tätigkeit sprechen wir auch von Verursachung, aber nicht von Schuld. Etwas schuldig bleiben, bedeutet, hinter sich selbst zurückzubleiben.

Ein anderer Aspekt der Sache besteht darin, dass die Individualisierung, das starke Ich-Erleben, zum Zerfall von moralischen Gesetzen und Normen führt. In älteren Menschheitszuständen bildeten Gebote die Gegengewichte gegen das Ausufern des Egoismus. Jetzt muss ich Gefühl für dasjenige in mir bekommen, was sich aufrichten will. Wie entsteht überhaupt Moral? Sie entsteht durch das Verbundensein mit den Folgen des Tuns. Die beste moralische Erziehung besteht in der Anschauung. Nicht ermahnen, tadeln und kritisieren führt zu moralischer Entwicklung. Wichtig ist vielmehr das nüchterne Hinblicken auf die Folgen des Tuns. Hier für müssen wir erst unsere Wahrnehmungsfähigkeiten entwickeln.

In der materiellen Produktion ist das Erkennen der Folgen einfach. Der schlecht gefertigte Stuhl wackelt. Das schlecht gebaute Gebäude ist schief. Aber wann wackelt Pädagogik, ärztliche Kunst, wann ist Sozialtherapie schief? Das liegt nicht so klar auf der Hand.

Man neigt dazu, nachträglich viele entschuldigen die Begründer anzuführen, warum etwas unvollkommen geraten ist, oder sich in Reue und Vorwürfen zu ergehen. Beides ist unproduktiv. Was hilft, ist anzuschauen wie etwas geworden ist. Wer das tut setzt sich der moralischen Wucht von Tatsachen aus.

Verantwortungsgemeinschaft

Verantwortung heißt also: Wach werden für die Folgen des Tuns. Die alte Form der Handlungsorientierung erwuchs aus dem Erleben der Abweichung von der Norm. Das ist jetzt bei der freien Handlung nicht mehr der Fall. Verantwortung besteht nicht in der Unterwerfung unter eine Norm, sondern in der Übernahme der Folgen eigener freier Handlungen, deren Gesetzgeber ich selber bin. Ich selbst habe nun die Verantwortung für den Inhalt meines Tuns. Jetzt erst stellt sich die Frage nach Schuld, auch nach der Schuldfähigkeit, in ihrer ganzen Wucht. Um sie beantworten zu können, muss ich beobachten lernen, wie ein Entschluss überhaupt in mir entsteht, wie ich der Herr meiner eigenen Entschlüsse werden kann. Diesen Aspekt, der den Hauptinhalt von Rudolf Steiners „Philosophie der Freiheit“ darstellt, können wir hier nur am Rande berühren.

Wir wenden uns hier wieder der sozialen Seite der Sache zu: Der Kern freier moderner Gemeinschaftsformen ist die Vertragsgeste. Die formaljuristische Vertragsförmigkeit muss dabei nicht einmal gegeben sein. Es geht um die jedem Vertrag zugrunde liegende wechselseitige Selbstbindung der Beteiligten. Man stellt sich in eine Gemeinschaft hinein, weil man es will. Aber wer trägt in einer derartigen Gemeinschaft die Verantwortung? Wer ist jetzt eigentlich verantwortlich?

Ohne Klarheit in dieser in dieser Fragen kommt es in freien Gemeinschaften leicht zu einem Schwarzer-Peter-Spiel, Verantwortung wird und her geschoben, bleibt ungreifbar. Das muss zur Auflösung führen. Aber kann in einer Gemeinschaft einer für das Ganze verantwortlich sein? Die Öffentlichkeit fordert das: Sie möchte als Verhandlungspartner einen Direktor oder wenigstens eine Führungsgruppe haben. In der Schweiz braucht jede Schule formal einen Schulleiter, auch die kollegial selbstverwaltete. Aber die Personalisierung der Gesamtverantwortung ist für moderne Gemeinschaftsbildung ein Widerspruch in sich. Denn durch sie wird wie in alten hierarchischen Gemeinschaften ein Menschen in den Mittelpunkt gestellt, nicht die gemeinsam ergriffene Aufgabe. In Wirklichkeit aber macht erst der gemeinsame Wille moderne Gemeinschaft möglich, bringt sie zur Erscheinung.

Wir müssen heute vielmehr die Gemeinschaft selbst als ein als eine Als-ob-Person begreifen. Nicht umsonst haben wir die Rechtsfigur der juristischen Person. Diese kann schwächer oder stärker ausgeprägt sein. Aber für die juristische Person steht die Aufgabe, das Ziel in der Mitte der Gemeinschaft, nicht ein einzelner Mensch. Gewiss haben einzelne Menschen Initiative ergriffen, die Gemeinschaft impulsiert. Aber wir können niemals sagen: dieser Mensch ist die Gemeinschaft. Das war in der Vergangenheit vielleicht einmal so.

Die ganze Fragestellung kommt aus einer solchen Vergangenheit. Im Kollektiv der alten Gemeinschaft bestimmten einzelne leitende Gestalten. Die juristische Person sind wir alle zusammen. Ihre Substanz ist das, was wir gemeinsam leisten. Die Form ihres Bestehens ist nicht Dasein, sondern Geleistet-Werden. Alles andere wäre bloßer Schein. Der Landwirt muss aufs Feld gehen, der Lehrer in die Klasse, der Heilpädagoge zum Betreuten. Die moderne Gemeinschaft wird dauernd heruntergeholt aus der geistigen Ebene. Wir sprechen von Buchstaben und Geist eines Vertrages. Die Identität moderner Gemeinschaft kommt aus dem dynamisch wirkenden Geist des Vertrages, der ihr zu Grunde liegt.

Hieraus ergeben sich nun weitere Fragen: wenn die Mitte offen ist, nicht mehr durch eine Leitfigur besetzt, ergibt sich das Bild einer Gemeinschaft von Mitwirkenden und Mitverantwortenden. Wer keine Verantwortung trägt, macht auch nichts Wirkliches. Die Verantwortung ist nicht abstrakt, sondern das konkrete Maße des realen Beteiligtseins. Wer sich selbst die Verantwortung für die Leitorientierung einer Gemeinschaft zuspricht, macht aus allen anderen in ihr Tätigen zu bloßen Lohnempfängern. In seinen Aufsätzen „Geisteswissenschaft und soziale Frage“ schildert R. Steiner, wie die Gemeinschaft mehr ist als die Summe ihrer Teile und wie sie nur zu Stande kommt, wenn sie eine Sinnmission hat, die in jedem Einzelnen wirksam. Es genügt heute nicht, dass einer diese Mission kennt, vielmehr muss sie durchstrahlen bis zum letzten Mitarbeiter. Woher auch sonst nähme man ein Motiv zur Arbeit, auch und gerade zu Hilfsarbeiten, das eine wirklich begeisternde Kraft hat!

Wir vollziehen heute endgültig den Schritt aus den alten Kollektiven, und das bedeutet, dass die Aufgabe leitend werden muss. Darum gibt allüberall die Diskussion über Leitbilder. Was uns leitet, muss immer mehr mit Bewusstseinskräften durchdrungen werden. Es geht darum, wie sich eine Gemeinschaft organisieren und zusammenarbeiten muss, damit der Strom herunter reicht. Dabei geht es mehr noch als um das Was um das Wie: Wie sind Menschen einbezogen usw.? Alles muss anders eingebettet werden als bisher.

Differenzierung von Verantwortung

Auch und gerade in der modernen Gemeinschaft gibt es ungeheure Differenzierungsmöglichkeiten im Hinblick auf Umfang und Inhalt der konkreten Verantwortung, und es muss sie geben. Das bedeutet auch, dass jemand aus Funktionsgründen eine sachlich leitende Rolle spielen kann. Das ist jedoch etwas anderes als die Personifizierung der Einrichtung durch einen einzelnen. Heute greift an ein anderes Differenzierungsprinzip als in der Vergangenheit. Es ergibt sich über die Vertragsfreiheit. Der Vertrag nun ist eine Übereinkunft auf der Basis der Gleichheit. Diese Gleichheit ist jedoch nicht ein Endprodukt, sondern die Möglichkeit neuer Differenzierungen, die sich aus ihr ergeben. Ob die Vereinbarung explizit oder stillschweigend zustande kommt: Wir können auf der Basis der Gleichheit übereinkommen, wer aus Funktionsgründen und aufgrund seiner Fähigkeiten diese oder jene Teilaufgabe im Rahmen der Gesamtaufgabe („Mission“) der Gemeinschaft übernehmen soll. Solange dies im Konsens aller geschieht, ist es kein Verstoß gegen das Gleichheitsprinzip, sondern eigentlich seine Erfüllung.

Alle Möglichkeiten der Gestaltung sind damit gegeben. Ausgenommen sind nur Bestimmungen, welche den Einzelnen entmündigen würden. Denn Grundrechte dürfen nie außer Kraft gesetzt werden. Im Rahmen der Grund- und Menschenrechte jedoch ist die Vertragsfreiheit die Einstiegsmöglichkeit in jede von den Beteiligten gewollte Differenzierung. Beruhte die alte Hierarchie auf geistigen Vorrechten, so ist heute das Urteil eines Mitarbeiters gefragt, weil man ihm Kompetenz zuspricht. Das Anerkennungsprinzip als die Basis die Differenzierung kommt anders zu Stande als in der Vergangenheit, wo es von oben nach unten verordnet wurde.

Es ist eine merkwürdige Frage, ob man Verantwortung delegieren könne. Wie denn? Wenn ich verantwortlich bin, bin ich verantwortlich. Nur wenn ich von dem Grundsatz ausginge „Die Einrichtung bin ich“, dann könnte ich diese Verantwortung auf andere verteilen, „delegieren“. Wo die Verantwortung jedoch bei der Gesamtheit der Einrichtung liegt, betrifft sie die Gesamtheit der beteiligten Menschen. Personifiziert ist jetzt die Verantwortung für Teilaufgaben im Einzelnen, - und zwar nicht im Sinne des alten Delegationsprinzips sondern im Sinne der vollen Übernahme der Verantwortung. „Delegieren“ heißt heute, jemandem zuzusprechen, dass er im Namen der Gemeinschaft für

eine bestimmte Teilaufgabe voll verantwortlich handelt. Wir müssen Formen finden, durch die die Gemeinschaftsverantwortung real wird. Rückblick und Rechenschaft sind solche Formen. Der eine Zugang zur Gesamtverantwortung ergibt sich von der Pflege des geistigen Impulses her, der andere aus der gemeinschaftlichen rückblickenden Reflexion. Das ist ein Wechselspiel von Impulsstrom und Reflexionsstrom. Und der Entlastungsprozess am Ende bedeutet: Was durch Gliederung auf verschiedene Personen verteilt wurde, wird wieder in die Gesamteinrichtung zurückgenommen, d.h. alle nehmen die Folgen dessen, was einzelne für die Gemeinschaft geleistet haben, auf sich. Das ist eine höhere Form der Verantwortung. Sie reduziert sich nicht auf die Summe der Teilverantwortlichkeiten der einzelnen Personen. Vielmehr tragen es alle mit. Es gilt also, Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln, die es ermöglichen, dass Verantwortung auch gelebt werden kann. Die Selbstverwaltung bedeutet durchaus nicht die Auflösung des Verantwortungsprinzips, sondern vielmehr seine Steigerung.

Nicht zu eng und nicht zu weit

Die Folgen individueller Handlungen greifen ins Leben ein. Selbst da, wo wir Handlungen Lob und Anerkennung zollen müssen, können sich - die modernen Heilmittel sind nur ein Beispiel -, ungewollte Nebenwirkungen von Handlung ergeben bis hin zu erheblichen Kollateralschäden. Dies wirft die Frage auf: wer haftet eigentlich dafür? Im modernen Recht wird um die Formulierungen dieser Haftung gerungen. So haben wir z.B. im Schweizer Recht die Formulierung, wer einem anderen fahrlässig oder absichtlich rechtswidrig einen Schaden zufüge, müsse diesen Schaden ersetzen bzw. wieder gutmachen. Entwicklung darf eben nicht zulasten anderer gehen. Auch wenn wir gerne möchten, dass etwas nur positive Aspekte und keine Nebenwirkungen habe, zwingt uns die Realität, dass wir das Haftungsproblem mit ihm auch die Schuldfrage nicht ignorieren können. Bei einem Produkt geht das noch am einfachsten. Es liegt uns gegenständlich vor und kann geprüft werden. In der Sicherung der Produktqualität sind wir daher relativ weit.

Die Folgen, die die Fertigung des Produkts und das, was weiter mit ihm geschieht, auslöst haben wir bisher nicht im Blick. Wir rechnen das normaler Weise nicht mehr zur Wirtschaft. Gesund essen war bisher in die Verantwortung des Einzelnen gestellt. Heute haben wir nun eine Tendenz zur Ausdehnung des Verursacherprinzips. Vor US-amerikanischen Gerichten“, zunehmend aber auch in Europa werden Prozesse manchmal mehr, manchmal auch weniger erfolgreich geführt, die auf einer solchen Ausdehnung des Verursacherprinzips aufbauen. Nach dem Motto: Du als Erzeuger hast nicht dafür gesorgt, dass ich dein Produkt nicht missbräuchlich verwenden konnte. Ich bin beispielsweise täglich zu McDonald's gegangen und nun bin ich fettleibig worden. Diesen physischen und seelischen Schaden musst Du, Erzeuger, mir ersetzen. So berechtigt die Frage nach dem Produkt selbst sowie seinen Neben-

effekten auch ist, sie stößt doch auch auf Grenzen. Gewiss: der Erzeuger kann sich nicht darauf herausreden, er habe den Panzer nur hergestellt, aber nicht selbst geschossen. Aber gilt das auch für den Hammer, den er verkauft, aber nicht selbst zum Mord geschwungen hat?

Dehnen wir den Haftungsbegriff zu weit aus, so kann das letztlich dazu führen, dass niemand mehr etwas tun oder herstellen würde. Es kann aber auch zu Entmündigungstendenzen führen: Zum Beispiel will entweder niemand Vorstand werden, weil er die Haftung fürchtet, oder der Vorstand meint, wenn er schon haften muss, dann müsse er auch alles wissen und alles zu sagen zu haben. Die letzte Konsequenz aus der Haftung aber wäre die Diktatur, in der das Basta jede Diskussion beendet. Nehmen wir den Haftungsbegriff hingegen zu eng, so führt das dazu dass jeder meint, es genüge, sich für die Folgen des eigenen Tuns zu entschuldigen und „mea culpa“ zu skandieren. Es gibt jedoch auf der Welt kein Entsorgungssystem für Fehlhandlungen. Insofern nützt die Beteuerung nichts, morgen würde ich alles anders machen. Andere baden aus, was wir versäumen. Ein Recht auf Schadensverursachung gibt es daher nur im Grenzfall - ein Beispiel wäre der Arzt, der den menschlichen Körper verletzt, wenn er ihn operiert und dadurch gesund zu machen versucht.

Beschränkte Haftung - größere Verantwortung?

Die Veränderungen im Hinblick auf die Haftungsfrage in der gesellschaftlichen Entwicklung sind symptomatisch. Heute wollen einige der Verantwortlichen wieder Personifizierung, man ruft nach dem alten Eigentumsunternehmer, der persönlich für sein Unternehmen mit seinem gesamten Privatvermögen haftet. Mit seinem gesamten Privatvermögen haftet, - „bis zur letzten Socke“. Andererseits gibt es seit langem die Tendenz zur Haftungsbeschränkung. Die arbeitsteilige moderne Wirtschaft verlangt im Grunde genommen eine solche Beschränkung. Den müsste für alles persönlich haften wer würde dann noch etwas für andere tun? Die praktische Antwort, die man gefunden hat ist, die Beschränkung der Haftung auf das Eigenkapital. Diese Antwort ist plausibel, auch wenn sich daraus alle möglichen Missgriffe entwickelt haben. Die Entwicklung der Produktivität und der Arbeitsteilung wäre sicherlich so nicht möglich gewesen, wenn nach wie vor für alle wirtschaftlichen Unternehmungen das gesamte persönliche Vermögen der daran Beteiligten haften müsste. Aber was geschieht dann, wenn wir nicht mehr mit unserer ganzen Existenz haften? Vorher war die Haftungsfrage zugleich eine moralische Frage. Aber was, wenn das Eigenkapital, das haftet nicht mehr *mein* Geld ist? Wo nimmt man jetzt den moralischen Konsens her? Das kann nicht mehr als eine bloß private Frage behandelt werden. Eins hängt mit dem anderen zusammen. Und so ist die Alternative Einzelhaftung oder Haftung durch die Gemeinschaft nur die zwischen zwei Einseitigkeiten. Die Gemeinschaftsfragen müssen heute anders gelöst, die Moralität muss objektiv, muss werden.

Nicht mehr moralische Belehrung, nicht einmal guter Wille und gute Gesinnung können das leisten, sondern nur eine Dynamik der Selbstreflexion in der Zusammenarbeit. Eine andere Frage in diesem Zusammenhang ist die diejenige, wer eigentlich klageberechtigt ist. Können nur einzelne Menschen vor Gericht Schadensersatz verlangen? Oder auch ein Konzern? Was ist mit Umweltverbänden? Kann die geschädigte Natur als Ankläger auftreten? Aber wer vertritt sie dann? Für ausnahmslos alle Folgen - also diejenigen, die sich aus der missbräuchlichen Verwendung ergeben - aufkommen zu müssen, würde wahrscheinlich alle wirtschaftliche Tätigkeit zum Erliegen bringen.

Konsequenzen für die Anschauung des Menschen

Notwendig verbindet sich mit den behandelten Fragen eine weitere. Wenn ich mit den Folgen meines Tuns verbunden bleibe und deshalb Übernahme von Verantwortung nicht beliebig beschränkbar ist, was bedeutet das für die Anschauung des Menschen? Das demokratische Prinzip der Neuzeit impliziert, dass nicht sich einer dauerhaft auf Kosten des anderen entwickeln kann. Wo ist hier der letzte Ausgleich? Man müsste an der Welt verzweifeln, wenn man nur auf die gegenwärtig bestehenden Ungerechtigkeiten schaut. Den letzten Ausgleich können wir nicht kurzfristig denken, sondern ihn zu denken gelingt nur, wenn wir lange Umwege für möglich halten. 20 Jahre Ausbildung braucht es schon, um sich auf bestimmten Gebieten in die Gesellschaft einbringen zu können. Ganze Lebensläufe machen den Eindruck, dass der betreffende Mensch vor allen Dingen aufnehmend ist. Während andere Menschen vor Energie zu platzen scheinen, scheine andere immer noch etwas zu geben zu haben. Heute gibt es eine Theorie, die besagt: Je aufwändige etwas entwickelt werden muss, umso produktiver wird es sein. Der Produktivitätsfortschritt geht also technisch Umwege.

Würden wir heute konsequent alle Arbeit im Sinne der Überwindung der Arbeitsteilung gleich aufteilen, würden wir auf ein geringeres Produktivitätsniveau zurückfallen. Ungleichheiten sind also zum Teil auch Entfaltungsbedingungen. Die Frage bleibt jedoch, wie die Früchte des durch Produktivität Gewonnenen irgendwann allen zur Verfügung gestellt werden können. Das ist eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit in der gegenwärtigen Gesellschaft, es ist aber auch eine Frage, die über das eigene Leben hinausreichend gedacht werden kann muss. Es ist die Forderung des großen Hüters der Schwelle, der den Kandidaten vor die Wahl stellt, in die Seligkeit einzugehen oder mit dem Errungenen an der Befreiung seiner Mitgeschöpfe zu arbeiten. Solche Arbeit soll sich nicht nur als ein Ausgleich ergeben, sondern eine Steigerung soll statthaben. Das geht nur, wenn der Schicksalsgedanke so gedacht wird, dass er das Verbundenbleiben mit den Folgen des eigenen Tuns bedeutet. Ohne Schicksalsbegriff ist das Soziale nicht weiterentwickelbar. Sonst müssten wir dauernd voller Angst und Misstrauen sein, in einer unmöglichen Lebenshaltung verdorren.

Postmaterialismus, Metamaterialismus, junge Generation

„Postmaterialismus muss in der heutigen Konstellation neu definiert werden.“

Begriff und Geschichte des Postmaterialismus - und die Chancen der gegenwärtigen globalen Systemverschiebung für einen „Metamaterialismus“ der neuen Generation

Das Interview mit Prof. Dr. Dr. Dr. Roland Benedikter führte Adrian Wagner

Adrian Wagner: Sie arbeiten in Santa Barbara, Kalifornien, am „Zentrum für globale und internationale Studien“, und in Stanford am „Zentrum für das zeitgenössische Europa“. Sie haben eine 7-bändige Buchreihe über das Thema des Postmaterialismus bzw. unserer zusehends immateriell oder - wie Sie das heute eher nennen würden - „meta-materiell“ werdenden Kultur herausgegeben. Daran haben u.a. Zygmunt Bauman, David Macarov, Nicanor Perlas, Claus-Otto Scharmer, Lex Bos, Michael Ross, Karlheinz Brotbeck und Ulrich Rösch mitgearbeitet. Diese Reihe gilt mittlerweile als das Standardwerk für einen anwendungsorientierten Postmaterialismus im deutschsprachigen Raum und wird vielfach als Uni-Lehrbuch verwendet. Gerade kommen Sie von einer Vorlesung zum Thema aus Südkorea (vgl. Bild auf S. 13), wo der Begriff „Postmaterialismus“ in den vergangenen Jahrzehnten eine besondere Bedeutung sowohl für die öffentliche politische Diskussion wie für die Sozialwissenschaften erlangt hat.

Roland Benedikter: Ja, weil viele in Asien mit diesem Begriff - und zwar bis heute! - Kerndimensionen des sozialen Wandels seit dem Beginn der Industrialisierung und dem Aufstieg zu einer wirtschaftlich führenden Gesellschaft der Globalisierung zu beschreiben versuchen: Vor allem den Generationenkonflikt und die zunehmende ideologische Spaltung der

koreanischen Gesellschaft zwischen materialistisch und postmaterialistisch. Also die zwei wichtigsten aktuellen Sozialprobleme des aufstrebenden Ostens.

Wagner: Mir begegnete der Begriff des „Postmaterialismus“ im Rahmen meines Studiums der Sozialpädagogik durch die Sinus-Milieustudie, eine häufig zitierte und als Instrument in den deutschsprachigen Sozialwissenschaften oft herangezogene gesellschaftstypologische Analyse (vgl. Kasten S. 10). Im deutschen Sprachraum steht der Begriff des „Postmaterialismus“ allerdings heute nicht mehr an erster Stelle der Gesellschaftsdiskussion, und wenn ich Ihre neueren Schriften richtig verstehe, kritisieren Sie ihn auch zusehends, weil Sie der Meinung sind, dass er in den 1990er und ersten 2000er Jahren ein angemessenes Analyse- und Darstellungsraster lieferte, heute aber überholt ist. Daher schlagen Sie vor, ihn nun durch den zeitgemäßeren Begriff des „Meta-Materialismus“ zu ersetzen. Daher meine Eingangsfrage an Sie: Was verstehen sie unter dem Begriff des „Postmaterialismus“? Wie verhält er sich zum neuen Begriff des „Meta-Materialismus“? Und wie zu mutmaßlich angrenzenden Begriffen wie den „Kulturell Kreativen“?

Roland Benedikter: Beginnen wir, um mit einer gewissen Systematik vorzugehen, bei Ihrer ersten Frage. Der Begriff des „Postmaterialismus“ wird in der heutigen Phase globaler Veränderung aufgrund vielfacher Interpretations-Vereinnahmungen sowohl von rechts wie links meist in veralteten Formen gebraucht; zuweilen auch wegen überholter Gesellschaftstypologisierungen missverstanden. Um ihn in der heutigen Konstellation zu verstehen, muss man - paradoxerweise - zunächst seine Geschichte heranziehen, sowie die Einflüsse, welche die historischen Konstellationen und der Begriff aufeinander gehabt haben. Der „Postmaterialismus“-Begriff hat im letzten Jahrhundert mindestens drei verschiedene Phasen durchgemacht. Es gab eine Art postmaterialistische Strömung bereits zur Jahrhundertwende vor allem in Zentraleuropa. Im Wesentlichen bestand diese aus Künstlern, nach dem 1. Weltkrieg dann aber auch aus anarchistischen Kreisen, welche schon den Begriff „Postmaterialismus“ verwendeten. Teile davon sind dann in die Dreigliederungsbewegung 1919 eingemündet, andere auch wieder in linke, marxistische Strömungen. Das heißt: Es gab schon einen ganz frühen Impuls im 20. Jahrhundert in die

Roland Benedikter, Hrsg.: Postmaterialismus: Die zweite Generation.

Bd. 1: Einführung in das postmaterialistische Denken (2001), Bd. 2: Der Mensch (2001), Bd. 3: Die Arbeit (2001), Bd. 4: Die Natur (2002), Bd. 5: Das Kapital (2003), Bd. 6: Die Globalisierung (2004), Bd. 7: Perspektiven postmaterialistischen Denkens (2005). Passagen Verlag Wien, 2001-2005.

Neuere Schriften zur Weiterentwicklung des Postmaterialismus-Begriffs und seiner Praxis im Rahmen der „globalen Systemverschiebung“: Roland Benedikter: *Global Systemic Shift and the Change in Post-materialist values. The Current „Twilight Phase“ of Post-materialism and the Potential Effects.* In: S. Kang et. al. (ed.s): *Social Change and Postmaterialism in Korea.* Gyeongsang National University Press, Busan and Seoul 2012.

Sinus-Milieus

Die Sinus-Milieus wurden von dem Heidelberger Institut Sinus-Sociovision entwickelt. Sie kartografieren auf der Basis 30jähriger Erfahrung im Bereich der qualitativen Sozialforschung Lebenswelten innerhalb Deutschlands - die sogenannten Sinus-Milieus.

Die U-27 Milieustudie „Wie ticken Jugendliche?“ von Carsten Wippermann und Marc Calmbach, hrsg. vom Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) & Misereor, Düsseldorf: Verlag Haus Altenberg im Jahr 2008 teilt die Jugend in insgesamt 7 Milieus ein (www.milieus-kirche.de/jugend-U27.html). Drei davon gelten als Leitmilieus, welche die künftige Gesellschaft prägen werden: Die *Modernen Performer* (23%), *Experimentalisten* (16%) und *Postmateriellen* (8%).

Ihre Lebensmaxime unterscheidet sie darin, dass Modern Performer selbstbestimmt leben, nichts verpassen und mitreden wollen. Experimentalisten neigen dazu, ein unabhängiges Leben zu führen, um das Eigentliche zu suchen und sich selbst zu erkunden. Postmateriell orientierte junge Erwachsene hingegen möchten ethisch bewusst und konsequent leben, sich für Gerechtigkeit einsetzen und mit sich im Reinen sein.

Weitere Informationen: www.sinus-institut.de & www.sinus-akademie.de Quelle: www.milieus-kirche.de/jugend-U27.html

Richtung einer nicht mehr rein materialistischen, modernistischen Geisteshaltung. Dieser Impuls hatte durchaus den Anspruch, zu einer breiteren Kulturströmung zu werden. Auch der Nachhaltigkeitsgedanke spielte dabei schon eine gewisse Rolle - lange bevor er breiter diskutiert wurde.

Dann kam die Weimarer Republik mit ihrer enormen Polarisierung in nur noch zwei einander im Kern nicht unähnliche Strömungen, die beide stark materialistisch ausgerichtet waren: einerseits Faschismus und andererseits die kommunistisch-sozialistischen Strömungen, zwischen denen die „dritte“: die Dreigliederungsbewegung rasch aufgerieben wurde und der „Postmaterialismus“-Gedanke außer für die Künstler im inneren und äußeren Exil keine Rolle mehr spielte. Nach dem Ende des 2. Weltkriegs dauerte es in der folgenden kleinbürgerlichen Phase Zentraleuropas relativ lange, bis wir dann Anfang der 1970 Jahre, im Gefolge der Ölkrise und aus den Resten der enttäuschten Generation der 1960er-Revolution heraus, ein Wiederaufleben des Gedankens einer nicht mehr rein oder jedenfalls „anders“ materialistischen Gesellschaftsordnung mit progressiven, offenen und freiheitlichen Zügen wieder aufleben sehen. Bis in die 1990er Jahre hinein wurde diese Haltung dann nach und nach zu einem etablierten Strom in der westlichen Kultur. Das sich „Postmaterialismus“ nicht zuletzt auch als intellektuelle Mode etablieren konnte, erfolgte interessanterweise genau entgegengesetzt zu dem, wie man die 1980er Jahre heute deutet, nämlich als die Epoche des ultimativen, oberflächlichen „Materialismus“ schlechthin. Wenn Sie sich die Popmusik der 1980er Jahre anhören - die Popmusik ist seit den 1950er Jahren immer eine Art Seismograph für die kulturpsychologische Stimmung, der eigentlich mehr

oder weniger unfehlbar ist -, dann waren die 1980er Jahre in der Tat nach dem Höhepunkt des Idealismus Anfang der 1970er Jahre (von den meisten meiner Musikerfreunde wird 1971-72 übereinstimmend als das „beste“ Jahr des musikalischen Idealismus nach dem 2. Weltkrieg angesehen) der pure „Materialismus“ - mit den größten Auswüchsen, die es eigentlich in der Popmusik je gegeben hat, an primitiver materialistischer und hedonistischer Geisteshaltung. Zugleich gab es aber auch einen Höhepunkt des „Postmaterialismus“ in den 1980er und frühen 1990er Jahren in der westlichen Welt, was bemerkenswert ist und schon auf ein Gesetz verweist: „Postmaterialismus“ ist immer abhängig vom Materialismus. Es ist eben in der Tat ganz buchstäblich ein „Post“, ein „Nach“ oder „Gegen“, das den Materialismus als unverzichtbare Tatsache voraussetzen muss, um überhaupt sein zu können.

In der akademischen Welt wurde das Thema dann immer stärker aktiv rezipiert und nach und nach zum Bestandteil der Erziehung der neuen Generationen seit den 1980er/90er Jahren - und zwar nicht nur von Seiten Ronald Ingleharts, der der Bewegung ihren Namen „Postmaterialismus“ gab, sondern auch von einer ganzen Reihe anderer Denker, die zum Teil „Linke“ waren, zum Teil „Liberal-Progressive“.

Die entstehende Zivilgesellschaft seit den 1990er Jahren markierte dann eine weitere Phase der Entwicklung von Begriff und Praxis, welche - zweifellos mit einigen Aufs und Abs - bis heute anhält. Sie brachte eine stärker gemeinwohlorientierte, aktiv anti-elitäre Haltung und auch ein gewisses „neutrales“, das heißt nicht-marxistisches, neobürgerlich gefärbtes Anti-Establishment Flair in den Begriff des „Postmaterialismus“, das er vorher so nicht hatte.

„... Erweiterung in einen globalen Horizont...“

Adrian Wagner: Was bedeutet das im Gesamtüberblick?

Roland Benedikter: Das Wesentliche im Gesamtüberblick ist, dass keiner dieser Ansätze bis heute letztlich verschwunden ist. Dass Sie all diese Strömungen, Ansätze und Verwirklichungsversuche des Begriffs „Postmaterialismus“ heute gleichzeitig neben- und miteinander finden. Sie alle koexistieren innerhalb der heutigen, sehr stark in sich ausdifferenzierten (und meist dialektisch oder gar kontrovers strukturierten) „postmaterialistischen“ Erscheinungen, Bewegungen und gesellschaftspolitischen Ansätze,

die um diesen Begriff derzeit in sehr verschiedenen Formen kreisen.

Insgesamt können wir also sagen: Im Gegensatz zur Meinung vieler „Vereinfacher“, die sich mit einem einzelnen Interpretations-Ansatz identifizieren und diesen für absolut erklären, was ich für Gift für einen wirklich zeitgemäßen, pluralistischen „Postmaterialismus“-Begriff halte, ist das postmaterialistische Ideengefüge überhaupt nicht in sich konsistent oder homogen. Sondern es verbindet sehr unterschiedliche Dimensionen und Konzepte. Und noch wichtiger: Das war immer schon so. Der Begriff des „Postmaterialismus“ hat immer schon sehr heterogene Strömungen in sich aufgenommen, in sich zu widersprüchlicher Koexistenz gebracht, zum Teil auch in sich verbunden. Die unterschiedlichen Ausprägungen bekämpften sich zum Teil bzw. widersprachen sich immer schon - und zwar zum Vorteil der Lebendigkeit der Grundidee!

Adrian Wagner: Was ist der heute entscheidende Aspekt, wenn man auf den „Postmaterialismus“ blickt?

Roland Benedikter: Seit dem Aufstieg einer globalen Zivilgesellschaft seit dem Fall der Berliner Mauer hat eine Phase eingesetzt, in der nicht zuletzt auch die Verbindung der Idee des „Postmaterialismus“ zur Idee der Dreigliederung eine wichtige Rolle spielt. Zum Teil ist das Fortbestehen der Diskussion um den „Postmaterialismus“ auch direkt von der Diskussion um die Dreigliederungsbewegung abhängig. Wir finden einen starken Impuls in diese Richtung z.B. im Werk der alternativen Nobelpreisträger Nicanor Perlas und Ibrahim Abouleish. Ein wichtiger Unterschied zu vorherigen Phasen ist, dass der Postmaterialismus heute nicht mehr vorrangig „westlich“ konturiert bleibt, wie noch in den 1990er Jahren, sondern nun zunehmend konsequent die globale Komponente in sich aufnimmt, und aus ihr heraus lebt.

Adrian Wagner: Was sind die zentralen Veränderungen, mit denen wir es heute im „Postmaterialismus“ zu tun haben?

Roland Benedikter: „Postmaterialismus“ war im 20. Jahrhundert, wo er eine stark politisch-ideologisch gefärbte Strömung war, wie auch nach dem zweiten Weltkrieg eine wenig globalisierte Geisteshaltung, die stattdessen spezifisch auf den Westen, genauer: auf eine bestimmte Entwicklungsphase der Moderne im Westen zugeschnitten war. Seit Ende der 1990er Jahre findet hier eine entschiedene Erweiterung in einen globalen Horizont hinein statt. Dies bedeutet, dass die postmaterialistische Bewegung noch vielgestaltiger wurde und wird. Zunehmend verlässt sie die Zentrierung auf eine bestimmte Modernitätsinterpretation durch den Westen. Wir sprechen ja heute mit Martin Jacques, dem Politikanalytiker der „London School of Economics“, von einer Welt der „competing modernities“, das heißt der miteinander in Wettbewerb stehenden Modernitätskonzepte. Das hat derzeit wohl den größten Einfluss auf das

Konzept, die Selbstauffassung und die Zukunft des „Postmaterialismus“.

Adrian Wagner: Inwiefern?

Roland Benedikter: Wir haben seit einigen Jahren ja in der Tat eine zunehmend multi-polare Weltordnung unterschiedlicher Zivilisationen. Neben der stetigen Weiterentwicklung Europas und Amerikas beobachten wir die Emanzipation anderer großer, geopolitischer Räume wie China, Südamerika, das sich zunehmend zusammenschließt, Indien, oder von Teilen Afrikas, aber auch diesbezügliche Entwicklungsimpulse im Mittleren Osten mit seinem neuen (wenn auch weiterhin stark bedrohten) „demokratischen Frühling“. Verschiedene Zivilisationen, die ganz unterschiedliche Vorstellungen haben, was ein gutes Leben bedeutet, wie menschliche Gesellschaft funktionieren soll, und die alle gleich oder ähnlich technologisch und wirtschaftlich entwickelt sein werden: Das ist mit dem Begriff der „competing modernities“, der „Modernitätskonzepte im Wettbewerb“ gemeint. Damit wird auch der Begriff und die mögliche Praxis von „Postmaterialismus“ entweder sich auf eine kleine Nische innerhalb des Westens zurückziehen - oder aber aktiv und bewusst trans-nationaler, trans-kultureller, meta-westlich, multi-wertebegründeter werden. Sowohl ersteres wie letzteres wird größte Folgen auf seine bisherige Gestalt zeitigen.

Adrian Wagner: Ein Beispiel dazu. Was wäre das Charakteristische zum Beispiel der chinesischen Zivilisation im Unterschied zu anderen? Und was bedeuten die entsprechenden Unterschiede für ein mögliches „globales“ Konzept von „Postmaterialismus“? Mit anderen Worten: Wo liegen insgesamt die Chancen für den „Postmaterialismus“ in der zivilisatorischen Diversität der kommenden Jahre?

Roland Benedikter: Das heutige China ist in erster Linie eine Zivilisation, die - weder in ihrer Selbstorganisation noch in ihren kulturellen Grundlagen - eine Demokratie ist. China glaubt nicht an Individualität, an Freiheit, an Menschenrechte, an persönliche Selbstverantwortung. Sondern in ihm setzt sich, zumindest bis auf weiteres, ein kommunistisches Modell durch - wenn auch niemand weiß, wie lange das angesichts wachsender sozialer Ungleichheit noch möglich sein wird. China hat einen ganz anderen Begriff von einer „guten Moderne“, einem „guten Leben“ in einer „guten Gesellschaft“ als der demokratische Westen. Es glaubt an Harmonie, Stabilität, Kontinuität, die weit wichtiger sind als Freiheit und Individualität; und es lehnt Menschenrechte ab. Trotzdem ist China modern, ähnlich wie der Westen. Diese Konstellation, dass sich der Modernitätsbegriff heute vervielfältigt, dass er aufbricht und ganz unterschiedliche Gestalt annimmt zwischen den verschiedenen Mächten in einer globalisierten Welt, ist letztlich eine Chance für das Konzept des „Postmaterialismus“. Auch China hat ja „Postmaterialisten“, vor allem in Teilen der Küstenbevölkerung. So wurde bei unserer Tagung im Mai 2012 in Korea eine neue

empirische Erhebung aus dem Jahr 2012 vorgestellt, die nachweist, dass China den größten relativen Zuwachs an „Postmaterialisten“ in der Bevölkerung aufweist von allen Staaten der Welt - was natürlich mit dem wirtschaftlichen Wachstum zu tun hat. Je mehr der Wohlstand gedeiht, desto mehr „Postmaterialisten“ haben sie - dieses Grundgesetz gilt auch in China. Aber die chinesischen „Postmaterialisten“ sind nicht in einer christlichen Kultur beheimatet, sondern in einer konfuzianisch-taoistischen. In ihrer Vision ist „Postmaterialismus“ nicht, die Welt in Richtung Nachhaltigkeit oder Dreigliederung zu revolutionieren, sondern „gut Dasein“. Damit wird der Begriff des „Postmaterialismus“ in der heutigen „multipolaren“ Konstellation noch vielgestaltiger, findet er doch mehr Ritzen und Brüche zwischen den dominierenden Gesellschaftsentwürfen weltweit, an denen er sich reiben, und an denen er in ganz neuen Mischformen gedeihen kann. Auf der anderen Seite entsteht innerhalb des Westens eine konkret reformorientierte und zum Teil auch in neuer Weise militante Generation des „Postmaterialismus“, die unter dem Eindruck der Wirtschaftskrisen, zunächst der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007 bis 2011 und der europäischen und westlichen Schuldenkrise seit 2011 einen enormen Aufschwung erlebt. Während die chinesischen „Postmaterialisten“ weitgehend unpolitisch bleiben, erlebt der Westen eine neue Politisierung des „Postmaterialismus“. Und im Spannungsfeld zwischen diesen Entwicklungen wird das, was „Postmaterialismus“ genannt wird, insgesamt noch vielfältiger.

„...„Postmaterialismus“ scheint nicht immer „Postmaterialismus“ zu sein...“

Adrian Wagner: Das klingt, wie Sie bereits andeuteten, in der Tat sehr vielschichtig. „Postmaterialismus“ scheint nicht immer nur mehr „Postmaterialismus“ zu sein?

Roland Benedikter: Richtig. Der Begriff nimmt wie gesagt heute an Komplexität zu. Durch seine innere Vielgestaltigkeit kann er nicht mehr auf einen einfachen Nenner gebracht werden. Die historische Genese dieser Komplexität ist bis heute noch wenig erforscht worden. Hierzu haben auch Inglehart und andere führende Theoretiker wenig beigetragen. Was heute immer klarer wird, ist, dass eines der vorragenden Merkmale des Gesamtkonzepts in der Tat ist, dass „Postmaterialismus“ eben nicht „Postmaterialismus“ bedeutet. Ich glaube, dies ist ein wichtiger Punkt, den wir erörtern müssen, um vor allem dem, was „Postmaterialismus“ in den kommenden Jahren sein kann, näher zu kommen.

Adrian Wagner: Was ist hier der entscheidende Punkt?

Roland Benedikter: Der entscheidende Punkt ist, dass der Begriff „Postmaterialismus“ irreführend war von Anfang an. Denn im Grunde legt das vom amerikanischen Soziologen Ronald Inglehart geprägte Wort „Postmaterialismus“ nahe, dass es sich um eine Strömung handelt, die über den Materialismus in ein „Nach dem Materialismus“ hinaus will. In einer

primitivem Sichtweise, mit einer naiv-realistischen Anwendung des Ausdrucks kann sich das darauf reduzieren, dass man sagt: Ich als Postmaterialist bin gegen den Materialismus und insofern ein Nicht- oder Anti-Materialist. Für mich sind andere Werte wichtiger als Geld und die Annehmlichkeiten eines auf materielle Errungenschaften ausgerichteten Lebens. Nämlich wertorientierte Selbstverwirklichung und holistisch verstandene Lebensqualität: ein harmonisches Zeitempfinden, eine ausgewogene Seinsweise und ein stressfreier Alltag. Aber ich verführe das nicht mit dem Materialismus, der auch eine gewisse Sinnhaftigkeit in sich trägt, nämlich die Durchsäuerung von Welt mit Bewusstsein - sondern ich setze sinnvolles Leben und Auseinandersetzung mit der Materie in einen Kampf gegeneinander. Ich spiele sie gegenseitig gegeneinander aus. Wenn dies mit „Postmaterialismus“ gemeint ist, dann möchte ich persönlich kein „Postmaterialist“ sein. Denn das wäre im Zeitalter der „Bewusstseinsseele“, der es ja gerade um die Durchdringung der Materie mit Bewusstsein geht und die daher sozusagen auf das Materielle angewiesen ist, um ihre Mission zu erfüllen, keine sinnvolle, vor allem: keine weise Haltung.

Adrian Wagner: Also ist der Verzicht auf materielle Annehmlichkeiten und das „Gegen die Materie sein“ nicht die Essenz eines zukunftsorientierten „Postmaterialismus“?

Roland Benedikter: Nein, überhaupt nicht. Das ist wie gesagt eine verkürzte, radikalisierte Sichtweise, die in der Problematik eines von Anfang an problematischen, wenn nicht gar sachlich falschen Begriffs angelegt ist. Bedenken Sie, dass in der Geschichte des Westens im 20. Jahrhunderts „Postmaterialisten“ immer aus der wohlhabenden Mittelschicht kamen - und das ist bis heute so geblieben. 99% der „Postmaterialisten“ kommen - wie übrigens auch bereits Inglehart hervorhob - eben genau aus den Kreisen, die materiell so gesättigt sind, dass sie sich anderen Dingen zuwenden können, also aus dem „verwirklichten“ Materialismus. Mit anderen Worten: 99% der „Postmaterialisten“ kommen nicht aus der Arbeiterklasse, kommen nicht aus den sozial benachteiligten Schichten, sind nicht diejenigen, die ohne Geld und physische Ausstattung leben. Sondern ganz im Gegenteil, sie kommen aus den wohlhabenderen, den abgesicherten Schichten. Sie sind diejenigen, die schon etwas erben und die auf einer soliden physischen Grundlage einen anderen Lebensentwurf entfalten können. Und insofern wäre es ein großes Missverständnis zu glauben, „Postmaterialismus“ sei ein Ablehnen des „Materialismus“. Das Gegenteil ist der Fall. „Postmaterialismus“ bedeutet: Ich versuche, das, was an materiellen Errungenschaften bereits da ist, sei es in Gestalt des Kapitals, das absolut begrüßt wird - und nicht etwa abgelehnt, wie das oft fälschlicher Weise dargestellt wird -, sei es in Gestalt der Produktionsmittel, sei es in Gestalt der Arbeitskraft, sei es in Gestalt auch von Lebensstilen, besser, gemeinnütziger, nachhaltiger zu nutzen und zu gestalten. Das ist vorwärtsgewandter „Postmaterialismus“ - nicht das Zurückweisen des Materialismus, das einen regressiven Impuls in sich trägt.

Adrian Wagner: Was hat all dies mit dem Wandel von Lebensstilen zu tun?

Roland Benedikter: Diese werden heute zunehmend bedeutsam. Wir sprechen ja heute nicht zufällig von einer Lebensstilglobalisierung, von einer Lebensstilkultur, die diese befördert. Wenn sie alle diese oben genannten Elemente anschauen, dann ist „Postmaterialismus“ auf keinem einzelnen dieser Felder ablehnend gewesen. Er hat vielmehr, vom Materialismus ausgehend, versucht, diesen integrativer, menschlicher zu gestalten und einzusetzen, zum Wohl der Menschlichkeit. Nicht um ein „Nach“ des Materiellen geht es also einem wirklichen „Postmaterialismus“, sondern um ein „Besser“, das ein Umfassen, Einschließen und in gewisser Weise sicher auch ein „Darüberstehen“ bedeutet. Als „Postmaterialist“ stehe ich innerlich über dem Materialismus, weise ihn aber nicht zurück. Im Gegenteil: Weil ich darüberstehe, kann ich mit dem Materialismus umgehen, ihn zu seinem Sinn führen.

Adrian Wagner: Und daher, so Ihre These, müssen wir den Begriff des „Postmaterialismus“ neu und präziser fassen.

Roland Benedikter: Ja. Ein besserer Begriff wäre meiner Meinung nach für die heutige Konstellation und für das, was wir für die kommenden Jahre anstreben sollten: „Meta-Materialismus“. Ingleharts Begriff des „Postmaterialismus“ war von Anfang an ein Widerspruch in sich, weil Postmaterialismus nur sein kann, wenn ein ausreichendes Ausmaß an materialistischer Sättigung bereits da ist. Eigentlich meinte er daher im Grunde bereits von Anfang an „Meta-Materialismus“: Materialismus ja, denn ich will meinen Wohlstand ja behalten und wäre verückt, ihn aufzugeben. Aber ich will ihn und seine Grundlagen anders gebrauchen, mich anders zu

ihnen und zur Gemeinschaft stellen. „Meta-Materialismus“ heißt: Das Ich will nicht vom Materialismus weg, sondern stellt sich ihm. Aber das Ich ist dabei der Souverän, dem der Materialismus dient - nicht umgekehrt. Kurz in einen Begriffswandel gefasst: Nicht Konsum, sondern Gebrauch der Materie für menschliche Ziele, aus einer übergeordneten Position heraus. Das ist mit „Metamaterialismus“ gemeint. Nicht „Postmaterialismus“, weil es nicht darum geht, den Kapitalismus zu überwinden oder hinter uns zu lassen. Sondern es geht um eine höhere Position, einen umfassenderen Blickwinkel auf ihn. Das ist eine ganz andere Haltung zur Welt. Sie zielt nicht auf ein Ende des Kapitalismus hin, sondern auf einen neuen, nachhaltigeren, gemeinnützigeren, mehr menschenverstandsgeliteten Kapitalismus, zum Beispiel wie im Sozialen Bankwesen, wie es etwa die GLS Bank praktiziert.

Adrian Wagner: Weitere Beispiele?

Roland Benedikter: Wenn Sie in Amerika, genau gesagt in Kalifornien am heute global „aufsteigenden“ Pazifik leben wie ich, da erleben sie jeden Tag die massive Universalpräsenz eines Gedankenguts, das sich heute unter den Namen „99% Movement“ und „Occupy Wall Street Movement“ manifestiert und das tausendfach in der Studentenschaft lebt, in der emanzipativen Dimension der Bürgergesellschaft, in den Protestbewegungen, die z.T. übriggeblieben sind auch noch aus den 1960er Jahren und zum Teil in der Umbruchssituation Amerikas ein Revival erleben. Die Leute wollen keineswegs den Kapitalismus beenden, sondern ihn besser handhaben. Die gleiche Tendenz wird sichtbar in den alternativen Wirtschaftsströmungen, in den neuen, kommunikativen Ansätzen gerade in Nordkalifornien. Dort sagt man: Wir müssen wieder zu mehr lokaler Selbstverwaltung und Selbstbewirtschaftung zurück



Roland Benedikter (4. von links) auf der Abschlussveranstaltung der Konferenz „Sozialer Wandel und Postmaterialismus in Korea“, 24. Mai 2012, Gyeongsang National University Jinju, Südkorea

und eine Balance schaffen zwischen Globalisierung und Lokalem, zwischen Wert und Profit, zwischen Menschlichkeit und materiellem Wohlstand. Es geht nicht darum, einen dieser beiden Pole zurückzuweisen; sondern darum, beide in ein vernünftiges, produktives, menschlich förderndes Verhältnis zueinander zu setzen. In all diesen Formen lebt ein anderes Verhältnis zum Materialismus heute gerade innerhalb der USA wieder auf. Und eben deshalb sollten wir eher von „Metamaterialismus“ als von „Postmaterialismus“ sprechen, wenn wir die sinnvoll fortschrittliche Variante meinen, nicht die plump ablehnende und darin rückwärtsgewandte, die es, in stark träumerischen, unrealistischen und abgehobenen Formen, natürlich auch gibt.

Adrian Wagner: Das leuchtet ein. Stehen aber die postmaterialistischen Werte letztlich nicht doch im Gegensatz zum Kapitalismus?

Roland Benedikter: Sie stehen im Gegensatz zu der falschen Gebrauchsform des Kapitalismus, zu seiner menschenverachtenden, ja inhumanen Handhabung, die die letzten Jahrzehnte des „Neoliberalismus“ gekennzeichnet hat - nicht aber zum Kapitalismus an sich. Das können sie gar nicht - gerade dann nicht, wenn es sich um ein geistiges Verständnis handelt. Denn der Kapitalismus als solcher ist nicht nur die wichtigste gesellschaftliche Errungenschaft, sondern auch die spirituellste soziale Erfindung, die die Menschheit je gemacht hat. Wenn, dann waren es nur kleine Splittergruppen, die innerhalb der „postmaterialistischen“ Geisteshaltung den Kapitalismus als solchen pauschal abgelehnt haben. Ich weiß natürlich, dass Kapitalismus auch ein Kampfbegriff ist, in dem alles zusammengefasst wird, was man an der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung - auch berechtigter Weise - für kritikwürdig hält. Aber man muss das Urphänomen der Kapitalbildung in den Blick nehmen, um einen wesensgemäßen Kapital- und Kapitalismusbegriff bilden zu können. Das ist sozusagen die abstrahierte Arbeitskraft von Tausenden von Personen der Vergangenheit, die gestorben sind. Aber ihre Arbeitskraft, ihre Arbeitsleistung lebt als Potenzial, das Zukunft ermöglicht für andere Menschen, in abstrahierter Form in Gestalt des Geldes oder der Produktionsmittel weiter. Es ermöglicht, obwohl es selbst an sich nichts ist als buntes Papier, gesteigertes, produktives Leben, und in bestimmter Form lebt es daher selbst. Das ist spirituell. „Postmaterialismus“ bedeutet im Kern - und das ist sehr wichtig um die heutige Konstellation zu verstehen: Ich versuche den „Materialismus“, einschließlich des Verständnisses des Materiellen, das vorhanden ist, zu benutzen, um eine meta-materielle Lebensform zu kreieren. D.h. eine gesellschaftliche Möglichkeit konkret werden zu lassen, die das Materielle ausbalanciert mit anderen Errungenschaften des Humanen wie zum Beispiel einem sinnerfüllten Leben.

Adrian Wagner: Zusammenfassend gilt?

Roland Benedikter: Landläufiger Weise wird oft nicht verstanden, dass Postmaterialismus - gerade in der

nun nötigen Ausprägung als Metamaterialismus - keine Protestbewegung, sondern eine Emanzipationsbewegung ist. Es ist keine Bewegung der Ablehnung und Zerstörung. Sondern es ist der Versuch, etwas, was besteht, als gut anzuerkennen, aber über den heutigen Stand hinaus zu bringen. Und genau an diesem Punkt deckt sich ein großer Teil der aktuellen „Metamaterialismusbewegungen“ zum Beispiel mit den Sichtweisen der Träger des Alternativen Nobelpreises, des „Right Livelihood Award“. Die wollen ja auch nicht hinter das Errungene zurückfallen, sondern es auf ein neues Niveau heben. Genau so wie etwa Ernst Ulrich von Weizsäcker oder die emanzipative Globalisierungsbewegung im Nachhaltigkeitsbereich.

....metamaterialistische Geisteshaltung...“

Adrian Wagner: Haben sie ein aktuelles Beispiel auf der globalen Ebene, wie sich dies auswirkt?

Roland Benedikter: Mein Freund und Mentor Ernst Ulrich von Weizsäcker hat den zwölften Fünfjahresplan der chinesischen Regierung, der im März 2011 beschlossen wurde, maßgeblich mitbestimmt. Da wirken sich „metamaterialistische“ Dimensionen stark aus. Etwa in der Tatsache, dass China seine Steuergesetzgebung und auch seine technologischen Produktivitätsgrundlagen sehr weitgehend auf eine nachhaltige und ökologische Grundlage stellen will. So möchte China von bisher traditionellen Energien auf erneuerbare Energien umsteigen. Wobei darin ja auch eine Art „Immaterialismus“ liegt, wenn man sich vom Schweröl wegbewegt etwa auf Sonnenergie hin.

Adrian Wagner: Die Sinus-Milieustudie bezeichnet für die heutige junge Generation im deutschen Sprachbereich drei Leitmilieus: Die „Modern Performer“, die durch ihre pragmatische und am Erfolg orientierte Lebenseinstellung gekennzeichnet sind - und von dieser Grundtendenz her auch mit den weiterlebenden Resten der neoliberalen Strömung in Verbindung gebracht werden können. Dann die „Postmaterialisten“. Und schließlich drittens die „Experimentalisten“, welche sich durch Kreativität und die ewige Suche nach Neuem, noch nie zuvor Erlebten auszeichnen. Wie erklären sie sich, dass in den neueren Erhebungen der Sinus-Milieustudie das Milieu der „Postmaterialisten“ mit 10% eher schwach zur Erscheinung kommt?

Roland Benedikter: Nicht nur, aber auch, weil man immer noch nach „Postmaterialisten“ statt nach „Metamaterialisten“ sucht. Mit dem Begriff „Postmaterialismus“ finden Sie heute meist die protestorientierten Verweigerer; mit dem des „Metamaterialismus“ würden Sie eine viel breitere und wichtigere Verunsicherung in der Gesellschaft feststellen.

Das vorausgesetzt kann man die Widersprüche besser verstehen, die in neueren Studien und Erhebungen zur Lage des „Postmaterialismus“ unweigerlich auftauchen. Gerade junge Leute heute im We-

sten wachsen - allein schon durch die Omnipräsenz der Bildmedien - in einer materialistischen Kultur auf. Durch diese Gegebenheit ist es aber eben auch viel leichter zu sagen: „Gerade weil dieses rein materielle Prinzip schon da ist, richte ich mein Hauptaugenmerk jetzt auf andere Werte.“ D.h. auf „Spiritualität“, auf „Kommunität“, auf „Gemeinschaftsbildung“, auf eine globale Verantwortung. Und wenn Sie sich die aktuellen Studien anschauen, dann sehen Sie vor allem eines: Das Wort „Postmaterialismus“ wird keineswegs kleingeschrieben, aber es ist in einem Verschiebungsprozess begriffen hin auf einen - viel vernünftigeren, weil gleichermaßen wohlstands- wie menschlichkeitsorientierten - Metamaterialismus.

Schauen sie sich die heutigen Studentengenerationen an, und vergleichen Sie zwischen Kontinentaleuropa, England und den USA. Bei fast durchgängig allen, die heute studieren - und wir müssen ja leider sagen, das sind vielfach nur noch diejenigen, die es sich leisten können -, ist zunehmend eine „metamaterialistische Geisteshaltung“ ausgeprägt, so stark wie noch nie. Weil die neuen Generationen ein viel umfassenderes und komplexeres Qualitätskonzept, Qualitätsempfinden und Qualitätsvorstellungen für ihr Leben entwickelt haben als jede Generation vor ihnen. Das kommt dem Metamaterialismus entgegen.

Adrian Wagner: Für den Westen kann ich das nachvollziehen. Aber wie ist das mit einem Land wie China?

Roland Benedikter: Wenn sie nach China - oder in angrenzende Länder wie Korea - gehen, dann haben sie dort eine ähnliche Entwicklung. Sie finden in China keine „metamaterialistische Bewegung“ im buchstäblichen Sinn, weil dies überhaupt nicht zu der konfuzianistisch-taoistischen Kultur passt. Diese ist eine sehr pragmatische, nicht-expansive Kultur. Dort sagen die Leute: „Ein gutes Leben, das ist der Glücksdrache, das ist Wohlstand, das sind viele Kinder, das ist ein gemütliches, auf Harmonie gegründetes Leben ohne große Individualität, aber mit viel Einpassung und mit einer Balance zwischen Himmel und Erde.“ Das Wort „China“ heißt „das Zentrum des Kosmos“, „der Berg, der sich nicht bewegt“, eben im Sinn dieser Balance zwischen „unten“ (Materie) und „oben“ (Harmonie). In China gebraucht man den Terminus des „Post“- oder „Metamaterialismus“ nicht. Aber dort sind die jüngeren Generationen zu einem nicht geringen Teil auch in Amerika ausgebildet wurden. Und sie sind ganz stark infiziert von einer Sehnsucht nach etwas, was mehr ist als nur materieller Wohlstand.

Adrian Wagner: Welche Folgen hat das Ihrer Ansicht nach für die Globalisierung?

Roland Benedikter: Das wird die Globalisierung in den kommenden Jahren unbedingt prägen. Der entscheidende Punkt, den es zu verstehen gilt, ist, dass der Aufstieg des „Metamaterialismus“ umso unvermeidlicher ist, je mehr wir materiellen Wohlstand haben. Je mehr die Welt global reicher wird - und nicht nur punktuell oder regional -, desto mehr wird

sie „metamaterialistisch“ werden. Das ist an sich eine gute Nachricht. Und daher sollten alle Menschen immer reicher werden - das muss eines unserer Ziele sein. Denn dann werden sie unweigerlich zu „Metamaterialisten“ werden. Je besser es uns geht, desto mehr und in natürlicherer Weise werden wir gerade in einer globalisierten Welt kulturübergreifend in der Tendenz unserer Sehnsüchte und unserer Ansprüche „Metamaterialisten“. Je schlechter es uns geht, je mehr uns weggenommen wird, desto weniger werden wir „Metamaterialisten“ sein. Weil wir es uns dann nicht leisten können und weil wir dann schauen müssen, materiell zu überleben. Das war immer so, auch bereits in der Geschichte des „Postmaterialismus“. „Postmateriell“ waren nur diejenigen, die materiell bereits abgesichert waren. Das darf man nie vergessen; sonst versteht man die Entwicklungschancen der heutigen Konstellation nicht. In dieser Konstellation schicken sich eine größere Anzahl von Schwellenländern denn je an, reich zu werden, so wie etwa die sogenannten BASIC-Länder (China, Indien, Brasilien, Südafrika). Wir sollten ihnen dabei helfen - dann werden sie ein anderes Verhältnis zur Materie gewinnen.

„...Sehnsüchte und Zukunftsvisionen...“

Adrian Wagner: Wie sehen die Sehnsüchte und Zukunftsvisionen der jungen Postmateriellen heute im einzelnen aus?

Roland Benedikter: „Postmaterialisten“ waren und sind immer die Gebildeten, und nur ein ganz geringer Teil davon sind Proletarier. Auch das ist einer der immanenten Widersprüche des „Postmaterialismus“ immer gewesen und charakterisiert seine Geschichte. Dasselbe gilt für den heute aufkeimenden „Metamaterialismus“.

Diese gebildete Jugend hat eine starke Tendenz, sich einerseits in der Welt umzusehen, also den Blick zu erweitern. Es geht nicht so sehr darum, sofort viel Geld zu verdienen und das tollste und größte Auto zu fahren. Sondern für einen großen Teil der Jugend ist es wichtig, die Welt kennen zu lernen, einen globalen Blick zu entwickeln. Das wird als ganz zentral für das Qualitätsempfinden erfahren. Man will sich dadurch instinktiv eine Grundlage für zeitgemäße Selbstverwirklichung schaffen. Und ein zweiter Aspekt, der sich ergibt, wenn man sich die neuen Jugendstudien in Europa ansieht, besteht darin, dass diese Jugend nicht an einer abgehobenen, sondern an einer pragmatischen Spiritualität interessiert ist.

Adrian Wagner: Was heißt das?

Roland Benedikter: Die heutige Jugend will einerseits Orientierung in der Welt haben, und zwar auf einer globalen Ebene. Die jungen Leute etwa in Europa wollen auch etwas von China wissen, von Amerika. Sie sind unglaublich offen und informiert, nicht zuletzt durch die Möglichkeit zum globalen Vergleich von Ideen, Gesellschaften, Entwicklungen, die ihnen das Internet schon von

Kindesbeinen an verschafft. Gleichzeitig wollen sie eine innere Orientierung gewinnen. Sie geben sich nicht mit Fortschrittskonzepten zufrieden, die sagen: „Wenn wir hohe Wachstumsraten haben, dann ist das erreicht, was wir erreichen wollen.“ Sondern sie wollen auch eine neue geistige Versicherung, geistige Umschau, geistige Selbstvergewisserung vollziehen. Wenn Sie zum Beispiel die letzten österreichischen Jugendstudien aus dem Jahr 2011 lesen, dann sehen Sie, dass 80% der Jugendlichen von sich sagen, sie seien spirituell interessiert. Aber nur zwischen 5% und 7% sagen, sie seien religiös. Das heißt, da bricht heute dieser große Widerspruch zwischen Religiös-Sein und Spirituell-Sein in voller Wucht durch. Mit einem berühmten amerikanischen Zitat ausgedrückt: „I am spiritual, but not religious.“ Von diesen Jugendlichen würde kaum jemand sagen, dass Religion zu dem Konzept gehört, das für ihre Lebensqualität von hoher Bedeutung wäre. Sie sind auch keine Aussteiger mehr, die als Hippies auf Goa oder als Steinzeitmenschen in Papua-Neuguinea leben wollen, weil sie das ideale Leben nicht mehr mit Rückschritt identifizieren so wie noch Teile der Generationen vor ihnen. Sie wollen das Leben durchaus auch materiell durchdringen, auskosten, durchleben. Wohl aber gehören zu ihren Bedürfnissen meta-materielle Werte: Liebe, Freundschaft, ein Gemeinsames, ein dialogisches Entwickeln des gemeinsamen Lebens.

Globale Perspektive und „geerdete“, nicht mehr ideologische Spiritualität verbinden sich dann zu einem Dritten: Zu einer Sehnsucht nach Glück. Glück, verstanden als Sinn von etwas, das nicht mehr vorrangig materiell als Ziel definiert werden muss, weil es materiell ja in vieler Hinsicht schon da ist. Vielmehr wird dieses Glück ganz stark wieder bestimmt als „Familie haben“, als „Kinder haben“, als „den richtigen Partner finden“, als „mit sich im Reinen sein“, als „wahrhaftig sein“, als „keinen Stress haben“, als „mit sich und den anderen im Einklang sein“. Das Verhältnis zur Natur spielt dabei eine große Rolle. In Kalifornien etwa wollen Dreiviertel aller Jugendlichen zwischen 12 und 21 Jahren Umweltschützer werden, in dem weiten Sinn dieses Begriffs. Und zwar Umweltschützer nicht nur vor Ort in Kalifornien. Vielmehr haben viele der heutigen amerikanischen Jugendlichen für sich das Konzept, den Kosmos schützen zu wollen - nicht für Amerika, sondern für alle Menschen. Ein großer Teil dieser - wohlgemerkt gebildeten - Jugendlichen will die Welt vor dem Zugriff eines rein materiellen „Maschinenwesens“ schützen, vor den Auswüchsen eines rein auf das Materielle bezogenen Konsumgedankens. Diese jungen Menschen sehen das Ziel dezidiert in einer globalen Dimension - vielleicht als die erste Generation überhaupt. Folglich gehen sie dann nach Nicaragua zum Surfen und schützen *gleichzeitig* den Regenwald. Oder sie gehen nach Afrika, um dort für sich die Natur zu genießen und schützen *gleichzeitig* die letzten Nashörner vor dem Aussterben. Es ist gerade dieses „gleichzeitig“, was das Entscheidende, was der Schlüssel für die Gegenwart ist. Das „gleichzeitig“ markiert den Übergang vom alten „Postmaterialismus“ zum neuen „Metamaterialismus“.

„Modern Performer“, „Postmaterielle“, „Experimentalisten“...

Adrian Wagner: Wenn die Sinus-Milieustudie drei Leitmilieus der heutigen Jugend identifiziert: „Modern Performer“, „Postmaterielle“ und „Experimentalisten“, dann deckt sich das mit Ihren Feststellungen, dass die „Postmateriellen“ in der oberen Mittelschicht und darüber sozial verortet werden. Die anderen kommen eher aus den Unter- und Oberschichten. Gibt es da ein gemeinsames Element, das diese Lebenswelten oder auch Milieus verbindet, und wenn ja, was wäre das?

Roland Benedikter: Das ist eine komplexe Frage, zu deren Beantwortung man mehrere Aspekte zusammenschauen muss. Die Aspirationen der heutigen Jugend wissen großteils nichts mit dem Begriff „Postmaterialismus“ anzufangen. Ich habe ja bereits am Anfang erklärt, dass der Ausdruck „Postmaterialismus“ an sich eher irreführend ist. Wir wollen uns ja nicht in ein Jenseits gegenüber dem Diesseits des materiellen Wohlstandes flüchten, sondern wir wollen den materiellen Wohlstand in seiner Einseitigkeit überwinden und ihn beibehalten, aber um Wesentliches ergänzen! Diese Einstellung lebt heute in großen Teilen der Jugend - und zwar in allen drei Leitmilieus. Diese würden das dann allerdings nicht mit dem Wort „postmaterialistisch“ bezeichnen. Und das sehe ich auch als meine Kritik an der vorhin genannten Sinus-Milieustudie. Meines Erachtens ist die Erhebung dort noch in einer Weise erfolgt, die dieser in Wahrheit bereits stark „meta-materialistischen“ Komplexität der heutigen Gedankenlage der Jugend, vor allem der globalisierten und gebildeten Jugend, nicht mehr wirklich gerecht wird.

Adrian Wagner: Kann man dann mit diesen typologischen Milieu-Unterscheidungen überhaupt noch sinnvoll Aussagen treffen?

Roland Benedikter: Sie müssen natürlich eines sehen: Die Milieus in unserer komplexen, noch dazu globalisierten Welt werden ebenfalls immer vielgestaltiger. Es wird zunehmend normaler, dass ich in ganz verschiedenen Weltanschauungen und Welten zugleich lebe und ganz verschiedene Rollen jeden Tag quasi zugleich spiele, auch wenn diese Rollen einander widersprechen. Ich kann also sozusagen heute zwischen den Milieus hin- und herspringen, in mehreren zugleich beheimatet und zugleich auch wieder fremd sein. Das ist für die heutigen Jugendlichen eher die Normalität denn die Ausnahme. Auch deshalb halte ich die starre Zuordnung zu einzelnen Milieus im Sinn eines „Entweder-Oder“ immer weniger für wirklichkeitsgetreu.

Die heutige „Sowohl-als-Auch“ Haltung, die zu einer postmodernen Weltkonstellation geworden ist, erlaubt ja sozusagen die Kombination von beinahe allen Kategorisierungen, die man nur nennen kann. Sie haben heute zum Beispiel in Amerika eine wachsende Anzahl von Marxisten. Nur hat man festgestellt, dass diese fast ausnahmslos dem oberen Viertel der amerikanischen Gesellschaft angehören. Das sind alles sehr wohlhabende, junge Leute, die

Zeit haben, Marx neu zu lesen. Das ist für sie eine Selbstverständlichkeit, obwohl sie in einem Milieu leben, das nach klassischen Konzeptionen eigentlich mittels Klassenkampf von Marx lesenden Proletariern überwunden werden müsste. Gar nicht zu reden von Italien, wo man gleichzeitig der bürgerlichen Mittelschicht angehören, Kommunist und Katholik sein kann - vor allem als Jugendlicher.

Die Komplexität der Milieus ist also in den vergangenen Jahren stark gestiegen; daher sind Übergänge und Unschärfen normal.

Das vorausgesetzt würde ich sagen: Eine gemeinsame Aspiration zwischen dem, was ich als „Metamaterialisten“ beschrieben habe und den „Modern Performers“ ist es, ihr Leben besser meistern zu wollen. Beide wollen sich besser einpassen in die gegebenen Verhältnisse und dort erfolgreich sein. Das ist für „Metamaterialisten“ überhaupt nicht anders. Der Unterschied liegt nur in der Schwerpunktsetzung. Die „Modern Performer“ nämlich sehen das eher als Ausleben von Individualinteresse und sagen: „Ich will meine egoistischen Vorstellungen, meine Ideen platzieren und sie entsprechend erfolgreich in die Gesellschaft einbringen. Während diejenigen, die zu „Metamaterialisten“ werden, das mehr „kommunitarisch“ und ganzheitlich auf die Umwelt bezogen sehen. Sie sagen: „Mir ist wichtig, dass das Ganze für alle gut ist, und ich möchte mich in den Dienst dieses Ganzen stellen.“ Aber die Grundaspiration, dass das Leben balancierter werden soll, dass wir besser auf unseren Planeten aufpassen müssen, dass nicht rein quantitative Aspekte entscheidend sind, sondern qualitative, diese Grundbestrebung setzt sich weltweit unweigerlich und unaufhaltsam nach und nach auch in den anderen Milieus durch. Das kann keine Krise aufhalten. Die heutige Frage lautet: „Stelle ich mich in den Dienst einer guten Entwicklung und opfere dafür etwas von meiner eigenen Karriere - oder bin ich selber der Nächste?“ Im Moment gehen die Dinge ineinander über. Aber natürlich ist nichts sicher. Das hängt immer auch von der Zeitlage ab.

„... Zusammenbringen der Jugendmilieus in bewussten Formen...“

Adrian Wagner: Was ich sehr spannend finde, ist die Frage, ob und wie man an bestimmten Fragen „Metamaterialisten“, „Modern Performer“ und „Experimentalisten“ in Trainingskursen zusammenbringen kann. Hinweise haben Sie ja schon gegeben. Mich interessiert das besonders, weil ich mich stark mit der Frage beschäftige, wie diese Milieus der jungen Erwachsenen zusammenfinden können durch die Entwicklung eines Mentorentrainings, das junge Menschen auf die Herausforderungen der heutigen Welt vorbereiten soll. Wo sehen Sie da Ansatzpunkte? Wie müsste so ein Training aussehen?

Roland Benedikter: Ich finde, das Zusammenbringen der Jugend-Milieus in bewussten Formen ist eine ganz entscheidende Frage für die Zukunft. Nicht nur für den „Metamaterialismus“, sondern für alle progressiven Geistesströmungen - zumindest in der

westlichen Welt. Ich plädiere zunächst dafür, „Metamaterialismus“ nicht als „gegen“ zu interpretieren, was leider immer noch manchmal geschieht, sondern als „dafür“. Das heißt als Versuch, konstruktiv im Sinn des Nachhaltigkeitsgedankens, im Sinn des Ressourceneffizienzgedankens, im Sinn auch des Integrationsgedankens zu wirken. Aber natürlich auch im Sinne der Lebensstilpflege. Wenn er sich selbst aktiv so versteht und praktiziert, dann kann der Metamaterialismus durchaus zur vernünftigen Integrationsplattform werden. Zweitens: Ich bin gegen jeden Versuch, „Metamaterialismus“ als Bruch zu sehen mit der historischen Entwicklung des Westens oder gar mit der Moderne. Ich bin ein Vertreter des Gedankens von Rudolf Steiner, dass Brüche oder Revolutionen nie etwas entscheidend Positives bewirkt haben, sondern dass kontinuierliche Entwicklung aus demselben heraus in etwas anderes die goetheanistische Form ist, die bei weitem zu bevorzugen ist. Eine Tulpe, die ja ursprünglich aus einem Samenkorn besteht, die wird ja nicht zur Tulpe gegen das Samenkorn. Auch wenn sie das dann nicht mehr wiedererkennen, wenn daraus eine Tulpe geworden ist und sie das Samenkorn nicht mehr unmittelbar daraus ableiten können. Das Verschwinden des Samenkorns in der Pflanze ist mit Goethe und Steiner gedacht bestimmte und nicht abstrakte (und damit zerstörerische) Negation. Es handelt sich um einen organischen Verwandlungsprozess, eine Metamorphose. Soweit wir „Metamaterialismus“ in diese Richtung interpretieren, als Metamorphose des Kapitalismus hin zum Guten als behutsame, organische Umgestaltung dessen, was wir haben, aber bei voller Wertschätzung und Anerkennung des Erreichten, für das ja Millionen und aber Millionen Menschen ihr Leben gegeben haben, sehe ich dieses Konzept auf einem guten Weg. Dann wird es auch auf die anderen Jugendmilieus bereichernd einwirken können.

Roland Benedikter

dient als Europäischer Stiftungsprofessor für Soziologie und Kulturanalyse am Europa Zentrum der Stanford Universität im Zentrum von Silicon Valley und am Orfalea Zentrum für globale und internationale Studien der Universität von Kalifornien in Santa Barbara. Autorisierte Internetseiten: <http://europe.stanford.edu/people/rolandbenedikter/> und http://en.wikipedia.org/wiki/Roland_Benedikter. Kontakt: rben@stanford.edu.

Adrian Wagner

beschäftigt sich Rahmen seines Studium mit den Sinus-Milieus, wirkt in verschiedenen Bereichen des Jugendengagements und ist außerdem journalistisch, z.B. in der Zeitschrift Info3, tätig. Kontakt: adrian.wagner@lebensfieber

Die demografische Falle

Beobachtungen zur Kraft der „Überflüssigen“

Anregungen zur Kritik gängiger Wachstums- und Schrumpfungstheorien

Kai Ehlers

Menschenwürde und Wirtschaft - das sind zwei Begriffe, die uns im Alltag wie selbstverständlich von den Lippen gehen. Tatsächlich ist der eine Begriff heute so wenig selbstverständlich wie der andere. Worin besteht die Würde des Menschen? Wer einmal so zu fragen beginnt, verliert sich schnell in unendlich vielen Antworten.

Die Menschenwürde ist unantastbar, lesen wir schließlich im deutschen Grundgesetz; tatsächlich wird sie tagtäglich angetastet, wenn sich - um nur dies zu nennen - Millionen von Erwerbslosen dem ausgesetzt sehen, was von Kritikern der Hartz IV Regeln mit Recht „Verfolgungsbetreuung“¹ genannt wird, wie sie durch die Arbeitsämter vorgenommen wird. Und noch gar nichts ist mit diesem Hinweis auf hiesige Verhältnisse darüber gesagt, in welchem Maße Menschenwürde in anderen Teilen der Welt mit Füßen getreten oder einfach missachtet wird.

Nicht besser geht es uns mit der Wirtschaft. Vor dem Ende der Sowjetunion mochten „Kapitalismus“ oder „Realsozialismus“ bei vielen Menschen noch als reale Definitionen des Wirtschaftens gegolten haben, inzwischen sind solche scheinbaren Definitionssicherheiten auf die Befürchtung geschrumpft, dass „die Wirtschaft“ die Menschheit in die Krise zu treiben drohe, statt deren Überleben zu sichern - ungeachtet der Frage, ob dieser Prozess als Vor-, Spät- oder Nachkapitalismus, als Turbokapitalismus, Globalisierung, als nationaler Sozialismus oder, wie im Falle Chinas, gar noch als Kommunismus bezeichnet wird.

¹ Siehe: Schwarzbuch Hartz IV, Sozialer Angriff und Widerstand. Eine Zwischenbilanz, Berlin 2006. Darin: Dorothee Fetzer: „Verfolgungsbetreuung, Schikanen und Verletzungen der Privat- und Intimsphäre.“

Noch erklärungsbedürftiger ist der Zusammenhang von Menschenwürde und Wirtschaft. Nur so viel ist unbezweifelbar: Menschenwürde kann man nicht essen - aber ohne Essen gibt es keine Menschenwürde. Menschenwürde kann man nicht produzieren wie eine Ware - aber ohne Arbeit gibt es keine Menschenwürde. Menschenwürde kann man nicht berühren - aber ohne soziale Beziehungen gibt es keine Menschenwürde. Damit sind drei Bereiche der Realität genannt, die in der Beziehung von Wirtschaft und Menschenwürde untrennbar ineinander greifen: Versorgung, Arbeit, Kommunikation. Versorgung, das ist die ganze Spannweite vom physischen Unterhalt bis zur Bildung, von der Selbstversorgung bis zur Fremdversorgung. Arbeit, das sind alle Veräußerung von Kraft, Fantasie und Lebenszeit, durch welche Menschen die Welt gestalten; Lohnarbeit ist nur ein besonderer, verabsolutierter Aspekt davon, der heute wieder an seinen Platz gerückt werden muss. Kommunikation, das sind die emotionalen, sozialen und kulturellen Beziehungen, die entstehen, wenn Menschen miteinander und füreinander tätig und aneinander interessiert sind.

Wie entwickelt sich das Dreieck dieser drei Elemente heute? Die Antwort auf diese Frage muss schockieren: In allen drei Bereichen tritt heute ein Problem vor allen anderen in den Vordergrund - die wachsende Zahl der so genannten „Überflüssigen“. Damit sind die Menschen gemeint, die in zunehmender Zahl aus dem Kreislauf von Arbeit, Versorgung und Kommunikation herausfallen oder gar nicht erst zu einem Bestandteil dieses Kreislaufes werden, weil ihre Arbeitskraft zunehmend durch Maschinen, beschleunigt durch Elektronik, generell gesprochen, durch Intensivierung der Produktion ersetzt wird. Zugleich werden die Strukturen traditioneller Selbstversorgung und Möglichkeiten einer Eigentätigkeit vor Ort zunehmend zerstört, so dass die Menschen von der Versorgung mit Fertigprodukten der Industrie abhängig werden, die sie aber - mangels Einkommen - nicht oder nur ungenügend erwerben können. Das trifft auch zu für die Nutzung der Kommunikationsmittel von heute.

In der „Wirtschaft“, präziser, im Gefolge des technologischen Fortschritts der Industrialisierung entsteht so eine doppelte Entwürdigung des Menschen, der in die vollkommene Abhängigkeit von industrieller Fremdversorgung verfällt - der eine durch Ausgrenzung vom gemeinsamen Wohlstand, ohne noch auf minimale Versorgung durch Eigentätigkeit zurückgreifen zu können, der andere, der - in die intensivierte Produktion eingeschlossen - durch einen sich in mörderischer Weise beschleunigenden Arbeitsdruck zwar über die finanziellen Mittel, aber nicht mehr über die Kraft und die Fähigkeit verfügt, sich noch ausreichend um sich selbst als Mensch zu kümmern.

Merke gut: Dies alles geschieht, obwohl der industrielle Entwicklungsprozess evolutionär betrachtet eine zunehmende Befreiung des Menschen von der Notwendigkeit beinhaltet, sein Überleben durch Einsatz seiner physischen Arbeitskraft zu sichern. „Eigentlich“ liegt in dieser zunehmenden Freisetzung

„überflüssiger“ Kräfte bei steigender Produktivität heute die Chance für die unterschiedlichen Gesellschaften, für die Menschheit insgesamt, sich mehr als bisher anderen Aufgaben als denen des bloßen physischen Überlebens zuzuwenden. Das sind gute Voraussetzungen für die Entwicklung eines Zuwachses an Menschenwürde, wenn wir Menschenwürde an der Fähigkeit des Menschen messen, sich als Mensch zu verwirklichen - und wenn die Verhältnisse, unter denen die „Überflüssigen“ heute freigesetzt werden, als das erkannt werden, was sie sind, als Überfluss nämlich, und dieser Überfluss für diese Verwirklichung genutzt wird, indem die „überflüssigen“ Kräfte zu Eigeninitiativen aller Art ermutigt werden, statt sie als Arbeitslose unter Kontrolle zu halten. Die Umwandlung der jetzigen kontrollierten Sozialfürsorge in ein allgemeines bedingungsloses Grundeinkommen, das die materielle und kulturelle Basisversorgung eines jeden Menschen sichert, wäre dazu ein richtiger Schritt.

Wachstum der Weltbevölkerung

Eine weitere Tatsache rückt allerdings an dieser Stelle in den Blick, die das Problem gewissermaßen verdoppelt: Zeitgleich zur Freisetzung der „Überflüssigen“ aus dem Wirtschaftsprozess steigt die Zahl der Menschen auf dem Globus exponentiell an. Heute teilen sich 6,3 Milliarden Menschen den Globus, 2020 werden es ca. 9 Milliarden sein. Zwar sind sich Demografen aller Länder darin einig, dass die Kurve der jährlichen Zuwachsrate der Weltbevölkerung sich abgeflacht habe, die Dynamik des Wachstums trotz absolut steigender Bevölkerungszahlen rückläufig sei, das Gespenst einer allgemeinen „Bevölkerungsexplosion“, welche die „Tragfähigkeit“ des Globus sprengen werde, also gebannt sei, dafür habe sich aber eine gefährliche „Disproportion“ des realen Wachstums herausgebildet. Salopp gesprochen ist auch tatsächlich zu konstatieren: Die Bevölkerungen der „westlichen“ Industrieländer schrumpfen, einschließlich Russlands, das von dieser Entwicklung am krasssten betroffen ist, die Länder des globalen „Südens“ dagegen erreichen Geburtenraten, die um ein Vielfaches über denen der „westlichen“ Länder liegen. Das gilt vor allem für Afrika, Indien und die Mehrheit der muslimischen Länder, nicht dagegen für China, dessen Zuwachsrate, bei steigender absoluter Zahl der Menschen dort, ebenfalls deutlich abgeflacht ist.²

US-Geheimdienste - und in ihrem Gefolge europäische Popularisierer ihrer Erkenntnisse wie Gunnar Heinsohn, Völkermordforscher aus Bremen, und nach ihm Thilo Sarrazin - haben es sich zu Aufgabe gemacht, für dieses Szenario Strategien zu entwi-

2 Siehe dazu folgende Autoren:

- Herwig Brig, Die demografische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa. Becksche Reihe, 2005
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Die demografische Zukunft von Europa, dtv, München, 2008
- Thomas Etzemüller, Ein immerwährender Untergang. Der apokalyptische Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert, transcript, Bielefeld, 2007

ckeln.³ Seit 1990, genau genommen seit der globalen Wende zum Ende der Sowjetunion, zeitgleich mit dem großen Sprung in die „Globalisierung“ der Wirtschaft, sprechen sie nacheinander von der Gefahr einer demografischen Globalkrise, die in den kommenden Jahren, spätestens 2020/2030 auf die „entwickelte“ Welt zukomme, dann nämlich, wenn all diese jungen Menschen - im Jargon der Dienste: „Youth bulge“ genannt, Jugendüberschuss - in ihren jeweiligen Geburtsländern keine gesellschaftlichen Positionen mehr fänden, in denen sie ihre Ansprüche ans Leben verwirklichen könnten, während in den Industrieländern die jungen Menschen fehlten. Hieraus erwachse eine fundamentale Bedrohung der globalen Zivilisation, die es präventiv abzuwehren gelte. Dass mit dieser Zivilisation die „westlich“ dominierte gemeint ist, versteht sich schon fast von selbst, sei aber trotzdem erwähnt.

Von einer 80:20-Welt, bzw. Einfünftelgesellschaft war angesichts dieser ökonomischen und demografischen Daten bereits auf jener legendären Tagung die Rede, die Michail Gorbatschow im September 1995 im Fairmont-Hotel in San Francisco zusammenrief, um in einem „globalen Braintrust“ ausgesuchter „VIPs“ die Zukunft der Welt zu beraten.⁴ Als Hauptthema kristallisierte sich heraus, was mit dem Heer der „Überflüssigen“ geschehen solle, die aus dieser Verdoppelung von Freigesetzten und globalem Bevölkerungszuwachs resultiere. Bekannt wurde der Vorschlag des einschlägig berüchtigten US-Strategen Sbnigniew Brzezinski⁵, ein globales „tittytainment“ einführen zu wollen. Die von ihm gewählte Wortschöpfung verbindet das englische Wort für die weibliche Brust, hier im nährenden Sinne, mit dem des „entertainments“ zu einer zeitgemäßen Variante des im alten Rom entwickelten Prinzips von „Brot und Spielen“. Ziel ist, 80% der Menschheit auf diese Weise „stillen“ zu wollen.

Über den zynischen Charakter dieser Vorstellung, die glaubt, 80% der Menschheit auf kontrollierte Konsumenten reduzieren zu können, muss hier nicht lange räsoniert werden. Wichtiger ist festzuhalten, dass eine solche Vorstellung - allen berechtigten Befürchtungen und Kritiken zum Trotz - nicht eins zu eins umgesetzt werden kann. Schon die dafür notwendigen Manipulations- und Kontrollsysteme dürften schwierig zu installieren und zu betreiben

3 Siehe zu diesem Komplex:

- Gunnar Heinsohn, Söhne und Weltmacht, Terror im Aufstieg und Fall der Nationen, orell füssli, Zürich, 2006
- CIA-Report, Long-Term Global Demographic Trends: Reshaping the Geopolitical Landscape, July 2001, aus: https://www.cia.gov/library/reports/general-reports-1/Demo_Trends_For_Web.pdf
- Thilo Sarrazin, Deutschland schafft sich ab, DVA, München, 2010

4 Siehe dazu: Hans-Peter Martin, Harald Schumann, Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, Rowohlt, Hamburg 1996

5 Sbnigniew Brzezinski gilt als einflussreichste „Graue Eminenz“ der US-Politik; siehe:

- S. Brzezinski, Die einzige Weltmacht, Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Fischer tb 14358
- S. Brzezinski, Second Chance, Three Presidents and the crisis of American Superpower, Perseus Book Groups, New York, 2007

sein; aber davon ganz abgesehen, liegt der eigentliche Grund für die Schwierigkeiten der Verwirklichung einer solchen Strategie schon in den Widersprüchen der gegenwärtig herrschenden globalen Wirtschaftsmechanismen. Die funktionieren nur dann, wenn der Kreislauf von: Kapital, Ware, mehr Kapital stattfinden kann. Dafür braucht es aber Konsumenten, die über Geld zum Kauf der Waren verfügen. Ausgegrenzte, „Überflüssige“, „Unterentwickelte“ haben dieses Geld nicht. Eine Verkürzung des Kreislaufes auf: Kapital gleich mehr Kapital kann dieses Problem aber auch nicht lösen, sondern führt - wie die Krisenentwicklung der letzten Zeit gezeigt hat - unweigerlich noch tiefer in die Krise.

Aus ihr hilft auch massenhafter Druck von Geld nicht heraus, weil dieses Geld ebenfalls im Spekulationshimmel, statt bei den Konsumenten und in der Warenproduktion landet, wenn die Gelder für soziale Unterstützung der Erwerbslosen gleichzeitig zusammengestrichen werden.

Eine Lösung könnte einzig und allein in der Verlängerung der Vorstellungen Brzezinskis zur Einführung eines allgemeinen bedingungslosen Grundeinkommens für alle Menschen liegen. Mit einer solchen Maßnahme, und dies auch noch mit Blick auf die globale Gesellschaft, würde jedoch bereits der Raum eines gänzlich anderen Verständnisses von Wirtschaft und - was noch wichtiger dahinter steht - vom Wert des Menschen, von der Menschenwürde betreten. Es müsste dann heißen: Orientierung der Wirtschaft am Bedarf, nicht an der Selbstverwertung des Kapitals; neue Arbeitsteilung, die produktive wie nicht produktive Arbeiten auf alle Menschen verteilt; Einbeziehung aller Menschen in die Gesellschaft, statt Ausgrenzung der „Überflüssigen“ als stillzulagernder oder gar zu entsorgender „menschlicher Müll“.⁶

Antihumane Konzepte des Umgangs mit der demografischen Entwicklung

Es ist offensichtlich, dass eine solche Ausweitung nicht im Sinne des von Brzezinski vorgeschlagenen „tittytainment“ liegt. Für den Fall jedoch, dass die gewünschte Stilllegung nicht gelingen sollte, gehen aus den US-Studien von 1990, die dem 80:20-Szenario von 1995 und auch den daraus abgeleiteten Ausführungen Heinsohns zugrunde liegen, denn auch effektivere Varianten zum Umgang mit der dort beschriebenen Bedrohung hervor, die hier nur angedeutet werden können, aber eine weitere Betrachtung unbedingt fordern: Sie beginnen mit dem aktiven Export der westlichen „Eigentumsordnung“, verbunden mit einer gefilterten Immigration aus den Ländern des Bevölkerungsüberschusses in die Industriestaaten. Die Besten aus dem Heer der „Überflüssigen“ sollen hereingelassen, die Unerwünschten dagegen an den Grenzen abgefangen werden. Ergänzend dazu wird über die nützliche Funktion von Bürgerkriegen in Ländern mit „Youth

bulges“ nachgedacht, auch über Kriege zwischen solchen Ländern, in denen die Überschüsse „abgebaut“ werden könnten. Für alle Fälle müsse „man“ sich schließlich auch auf präventive militärische Eingriffe vorbereiten, mit denen „man“ jenen unter den „Youth bulge“-Ländern zuvorkommen müsse, welche die technischen Fähigkeiten zu möglichen Aggressionen gegenüber den industriellen Zentren erkennen ließen.⁷

Die Wirklichkeitsnähe dieser strategischen Überlegungen lässt sich an der US-Politik der letzten Jahre, einschließlich des gegenwärtigen globalen Ausbaues der NATO zum allgemeinen Krisenmanager bestens nachbuchstabieren.⁸ Klar ist aber, dass auch diese Strategien keine Lösung, sondern selbst Teil des Problems sind, schlimmsten Falles sogar seine Zuspitzung zur allgemeinen Katastrophe. Besonders deutlich wird dies an den Vorschlägen zum Export der „Eigentumsordnung“, die Heinsohn als Alternative einer zukünftigen Wirtschaftsordnung anbieten möchte, wenn sie nach dem Beispiel der europäischen Entwicklung über die bloße „Produktion“ von Bevölkerungsüberschuss hinausgehe. Heinsohns Begründungen dafür sind nicht sonderlich originell, lassen aber den Kernpunkt klar heraustreten, wohin die herrschenden Strategien zielen, wo demgegenüber grundsätzliche Veränderungen anzusetzen hätten, wenn sie nicht Wiederholungen, Verfestigungen oder gar katastrophale Zuspitzungen der bestehenden Wirtschaftsweise sein sollen.

Hier aber erst einmal Heinsohns Beschreibung: Er baut seine ganze Argumentation auf der Unterscheidung von Besitz und Eigentum auf. Durch den Übergang von der Besitz- zur Eigentumsordnung sei Europa groß geworden. „Ein Teil der Autoren redet - und meint das kritisch - von *Kapitalismus*, ein anderer von *Marktwirtschaft*. (kursiv - Heinsohn) Beide wollen damit den entscheidenden Beweggrund des Wirtschaftens jeweils möglichst knapp umreißen. Die Basis des Wirtschaftens liegt aber weder im Kapital noch im Markt, sondern im Eigentum. Das kann man nicht sehen, riechen, schmecken oder anfassen, weil es ein papierener Rechtstitel ist.“⁹ Die Unterscheidung von Besitz und Eigentum sei für das Verständnis des Wirtschaftens fundamental, weil nicht Besitz, sondern erst verbrieftes Eigentum die Möglichkeit gebe, Schuldverpflichtungen gegen Kredit und Zins einzugehen. Mit Besitz werde nicht „gewirtschaftet“, so Heinsohn, er werde lediglich „physisch benutzt“. Dass aber „Zins als entscheidende Zugkraft des Wirtschaftens am Eigentum haftet“, werde allgemein schlecht verstanden.

Am Beispiel des Ackers kommt Heinsohn dann zum Punkt: „Zur geschäftlichen Verwendung eines Ackers - also zum Wirtschaften mit ihm - kann es erst kommen, wenn zum Besitzrecht noch ein Eigentumstitel hinzutritt. Man kann sagen, dass mit dem Acker

7 Hierzu besonders Gunnar Heinsohn (Siehe Anm. 3)

8 Siehe hierzu auch: Kai Ehlers, „Reset“ im „Great Game“? Vom Kaukasuskrieg zum „Northern Distribution Network“ – Anmerkungen zur Annäherung zwischen NATO und Russland, 04.11.2010, www.kai-ehlers.de/startseite

9 S. Anm. 3, Gunnar Heinsohn, S. 88 ff.

6 Zygmunt Baumann, Verworfenes Leben, Die Ausgegrenzten der Moderne, Hamburger Edition des Instituts für Sozialforschung, Hamburg, 2005

produziert, mit dem Zaun, der ihn umgibt jedoch gewirtschaftet wird, wobei er den Eigentumstitel symbolisiert und nicht nach Draht und Pfosten betrachtet wird, die es auch in Besitzgesellschaften geben kann. Während der Bauer einer Eigentums-gesellschaft seine Feldmark - durch eigenen Verbrauch oder durch Verpachten - als Besitzer nutzt, kann er mit dem Eigentumstitel an ihr gleichzeitig und eben zusätzlich wirtschaften. Er kann diesen Titel für das Leihen von Geld - Mark z.B. - verpfänden, oder er kann ihn für die Bereicherung des von ihm selbst emittierten Geldes - wiederum Mark - belasten. Die Geldnote - ob auf Metall oder Papier gedruckt - ist also ein Eingriffsrecht in das Eigentum ihres Emittenten und kommt nur durch Schuldenmachen in die Welt.“

Wirtschaften, um es deutlich herauszuholen, ist in dem von Heinsohns beschriebenen Modell also die private Aneignung eines Stück Landes (oder anderer Objekte), die andere Menschen von diesem Gebrauch ausschließt - eben einen „Zaun“ um das abgesonderte Eigentum errichtet. Auf dieser Basis erhebt sich, von ihm als positiv beschrieben, die Pyramide von Zins und Zinseszins, mit der erst Europa, heute der „Westen“ die übrige Welt in die Kredit- und Zinspflicht gebracht hat. Mit dieser Beschreibung liegt Heinsohn durchaus richtig. Treffender und aktueller als mit dem Bild des „Zaunes“ hätte er dieses Modell, das hier als Lösung, noch dazu als neue in die Welt gebracht werden soll, nicht umreißen können: Bei ihm nur bildlich gemeint, sind die Zäune, mit denen sich die sich die „Leistungsträger“ der sich herausbildenden 20:80-Gesellschaft von den „Überflüssigen“ absetzt, inzwischen ja gesellschaftliche Realität geworden. Man denke nur an die Zäune der EU in Tunesien und demnächst zwischen Griechenland und der Türkei, an die Zäune, mit denen sich die Reichen in den Metropolen selbst vor der armen Umgebung abschotten.¹⁰ Es ist klar, dass dieses Modell nur tiefer in die Krise führen kann.

Wichtig und interessant ist es deshalb, sich die Gegenentwürfe anzuschauen, die heute in der Kritik der möglichen 20:80 Zukunft weltweit an verschiedenen Orten entstehen. Nehmen wir die jüngste Veröffentlichung von Jeremy Rifkin¹¹, der als Amerikaner, weltweit anerkannter Zukunftsforscher und Berater von EU-Gremien nicht im Verdacht eines Schwärmers steht. Eher könnte er schon als gewissenhafter Buchhalter der Alternativdenker durchgehen, der sich um die wissenschaftlich korrekte Auflistung zukünftiger Weltbilder bemüht.

Unter dem Titel „Die empathische Zivilisation“ hat Rifkin eine Zusammenfassung der heute zu beobachtenden Entwicklungstendenzen der menschlichen Gesellschaft vorgelegt. Darin beschreibt er die Evolution der Gesellschaft als eine durchgehende Aufwärtsspirale von Fortschritt durch Empathie, Zusammenbruch, erneutem Fortschritt mit gewach-

senen Empathiekräften, wieder Zusammenbruch bis hin zur heutigen entropischen Krise. Dabei versteht Rifkin unter Empathie die Fähigkeit des mitfühlenden miteinander Lebens, unter Entropie im Sinne des wissenschaftlichen Begriffes: Unordnung im Raum, sozial gesehen: Zerfall, Zerstörung, Zusammenbruch von Kulturen, Reichen, Zivilisationen. „Wir sind an einem Punkt angelangt“ schreibt er in seiner Einleitung, „an dem der Wettlauf zwischen globalem empathischen Bewusstsein und globalem entropischen Zusammenbruch vor der Entscheidung steht.“¹² Das globale Bewusstsein, vom dem Rifkin hier spricht, nennt er schließlich eine Lebensweise, in der die Menschen sich in einem „empathischen Biosphärenbewusstsein miteinander auf einer neuen Kulturstufe kooperierend verbinden“.

Kein Mensch ist überflüssig - Auf dem Weg zu einer empathischen Gesellschaft

Wie Heinsohn beschreibt Rifkin zunächst den Übergang vom Besitz zum Eigentum, der erst die Entwicklung bis zum heutigen Stand der Zivilisation ermöglicht habe. Dann aber zeigt er auf, dass die Entwicklung der Produktions-, Verteilungs- und Konsumstrukturen der heutigen globalisierten Wirtschaft über den privatisierenden Eigentumsbegriff hinausweise. Die Basis dafür sieht Rifkin im geraden Gegensatz zu Heinsohn in der „Wiedererweckung des kulturellen und öffentlichen Kapitals“. Die hochgradige Dezentralisierung und Vernetzung des Kapitals, des Konsums wie auch des alltäglichen, durch globale Kommunikation intensivierten Lebens löse das Verständnis von Eigentum als Ausgrenzung durch die „Wiedererweckung“ eines Eigentumsbegriffes ab, in dem Eigentum wie seinerzeit in den vorkapitalistischen Gesellschaften nicht den Ausschluss von, sondern „Zugangsrechte“ zum gemeinsamen Besitz definiere. Eigentum werde in zunehmendem Maße wieder als die Berechtigung verstanden, Zugang zum gemeinsamen Kapital zu haben - so wie in vorkapitalistischer Zeit zu Feld, Wald, Allmende oder Gerätebestand eines Dorfes. Heute und in absehbarer Zukunft gehe es um das Recht auf Versorgung mit Grundelementen der allgemeinen Infrastruktur, des Weiteren mit Wärme, Wasser, Luft, um das gemeinsame Wissen im Netz usw.

Rifkin skizziert also eine Entwicklung, die dem 20:80 Modell diametral entgegenläuft. Es ist ein Modell, das nicht auf Ausgrenzung einer Mehrheit von Menschen aus einer zum Privateigentum einer Minderheit erklärten Welt zielt, sondern auf Nutzungsmöglichkeiten für alle zu einem als Gemeinschaftsbesitz verstandenen Kapital, wobei „Kapital“ das gesamte bisher im Laufe der Menschheitsgeschichte geschaffene ökonomische und kulturelle Vermögen umfasst, einschließlich der Beschaffenheit unseres Planeten, die Lebensgrundlage für die Existenz der gesamten Zivilisation ist.

Hier möchte ich Rifkins Skizze der möglichen Welt von morgen verlassen. Bis hierhin konnte ich mich

10 Hierzu auch ausführlich Zygmunt Baumann, siehe Anm. 6

11 Jeremy Rifkin, Die empathische Zivilisation, Wege zu einem globalen Bewusstsein, Campus, Hamburg, 2010 (Original: Penguin Group, USA, 2009)

12 Ebda, S. 45

seiner Beschreibung weitgehend anschließen. Siehe dazu auch meine eigene Darstellung dieses Sachverhaltes in dem Buch „Grundeinkommen als Sprungbrett in eine integrierte Gesellschaft“¹³, in dem die Frage der Wiederkehr des Nutzungsrechtes im Rahmen eines als historische Gemeinschaftsleistung der Menschheit verstandenen Kapitals ausführlich erörtert wird.

Die abschließenden Prognosen Rifkins jedoch unter dem Stichwort der „Selbstinszenierung einer Improvisationsgesellschaft“, in welcher er die Zukunft als „Dramatisierung“ des Lebens in den Kommunikationsnetzen des virtuellen Raums beschreibt, wird den sozialen Herausforderungen der 20:80 Perspektive aus meiner Sicht nicht gerecht. Die mit dem 20:80-Problem verbundenen Fragen sind mit der bloßen Vernetzung in einer globalen Kommunikation analytisch nicht in ihrer Widersprüchlichkeit erfasst und praktisch so nicht zu meistern - weder in ihren negativen Auswirkungen, noch in den darin liegenden Chancen. Es wirken ja außer der Kommunikation, im Fall der Missachtung auch hinter unserem Rücken, noch die beiden anderen Bestandteile des Wirtschaftens: Versorgung und Arbeit. Erst in Verbindung mit ihnen gewinnen die heutigen und noch zu erwartenden Möglichkeiten der Kommunikation ihren Charakter - als Instrumente der globalen Freisetzung von Kreativität, produktiver sozialer Aktivität und eigenen Entwicklungsmöglichkeiten für die Millionenscharen „Überflüssiger“, wie mit Rifkin zu hoffen ist, oder der Manipulation im Sinne des „tittytainment“ und schlimmsten Falles direkter repressiver Kontrolle.

Deshalb sei hier noch ein weiteres Element in die Betrachtung eingeführt, das unbedingte Beachtung verdient. In der Regel wird es bei Analysen der heutigen Entwicklungsdynamiken vergessen, übergangen, nicht selten auch aktiv unterschlagen. Die Rede ist von den seit dem Ende der Sowjetunion unternommenen Versuchen, die russischen Gemeinschaftsstrukturen zu privatisieren und von den Wellen, die davon auf die globale Entwicklung ausgehen. Ich will diese Frage hier nicht im Detail ausführen und verweise auch dafür auf das schon erwähnte Buch zur „Integrierten Gesellschaft“ und weitere Veröffentlichungen von mir zur Analyse der Geschichte und der Aktualität der russischen, nach-sowjetischen Gemeinschaftsstrukturen.¹⁴

So viel aber muss hier gesagt werden: Trotz aller Bemühungen der russischen Reformen wie auch ihrer Stichwortgeber und Mitstreiter der internationalen

Kapitale - angefangen bei Jeffrey Sachs¹⁵ Mitte der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts bis hin zu den verzweifelten Modernisierungskampagnen des gegenwärtigen russischen Tandems, das Dimitri Medwedew und Wladimir Putin bilden - ist es bisher nicht gelungen, die traditionellen Gemeinschaftsstrukturen Russlands aufzulösen und in privatkapitalistische Monopolstrukturen zu überführen. Nach wie vor dominiert eine nicht aufgelöste Kombination zwischen der durch die Verfassung deklarierten privaten Eigentumsordnung und korporativen Wirtschafts- und Lebensstrukturen. Immer noch existieren ganze Lebensgemeinschaften, zu denen sich Großbetriebe, industrielle wie auch agrarische, Dörfer und Städte verbinden, nicht selten mit regionalen Vernetzungen.

Aus westlichem Blickwinkel, auch aus dem Blickwinkel westlich orientierter Reformen in Russland selbst wird diese Realität in der Regel als Korruption wahrgenommen. Tatsächlich handelt es sich hier um Elemente, nicht selten inzwischen auch in degenerierter Form, gemeinschaftlicher, nicht privateigentümlicher Eigentumsverhältnisse, die ihre Wurzeln noch in der Zarenzeit haben, durch die Sowjetunion noch einmal tiefer in die öko-sozialen Strukturen des Landes und in das soziale Gedächtnis der Bevölkerung eingegraben und bisher nicht vollends transformiert, aufgelöst oder zerstört werden konnten. Kurz und knapp gesagt: Es geht um eine Kombination von Produktion und in Russland so genannter „familiärer Zusatzwirtschaft“, in der die Selbstversorgung vor Ort ein konstituierender Bestandteil der Volkswirtschaft war - und heute noch ist. Die Privatisierung, sprich auch die Kapitalisierung hat nur Teile der Bevölkerung, nur Teile des Landes, generell kann man sagen, nur einige Bereiche des Lebens und der Gesellschaft erreicht, andere Bereiche und Teile zeigen sich aller oberflächlichen Modernisierung zum Trotz resistent.

Erfahrungen aus der postsowjetischen Zeit in Russland

Diese Organisation des Lebens setzt sich auch heute als Symbiose von industrieller Modernisierung im Geiste westlicher Industriekultur und nach wie vor bewusst gepflegter Strukturen der familiären und auch gemeinschaftlichen Selbstversorgung fort. Supermarkt und Datscha (also familiäre oder auch gemeinschaftliche Zusatzversorgung im Garten, auf dem eigenen kleinen Feld und im Hofgarten), Fremdversorgung und Eigenversorgung halten sich auch heute in der Versorgung der Bevölkerung mit alltäglichen Grundnahrungsmitteln die Waage. Auf dem Höhepunkt der letzten Krise 2008/2009 war die Datscha in dieser Bedeutung neben dem Stabilisierungsfonds aus den Erdöleinnahmen das zweite Standbein für die Erhaltung der sozialen und

¹³ Kai Ehlers, Grundeinkommen als Sprungbrett in eine integrierte Gesellschaft, Pforte, 2007

¹⁴ Weitere intensive Behandlung von Geschichte und Aktualität der russischen und sowjetischen Gemeinschaftsstrukturen finden sich außerdem in zwei weiteren Titeln:

- Kai Ehlers, Herausforderung Russland, Vom Zwangskollektiv zur selbstbestimmten Gemeinschaft, Schmetterling Verlag, Stuttgart, 1997

- Kai Ehlers, Erotik des Informellen, Impulse für eine andere Globalisierung aus der russischen Welt jenseits des Kapitalismus. Von der Not der Selbstversorgung zur Tugend der Selbstorganisation“, edition 8, Zürich, 2004

¹⁵ Jeffrey Sachs war in den 80ern des vorigen Jahrhunderts maßgeblicher Theoretiker der vom IWF initiierten Privatisierungen in Lateinamerika, 1989 in Polen, nach deren Muster ab 1991 auch in Russland vorgegangen wurde. Inzwischen hat sich Sachs von seinen damaligen neo-liberalen Thesen um 180% abgekehrt. Siehe dazu: Die Wandlungen des Jeffrey Sachs, Zeit, 11.09.2003, Ausgabe 38. Im Internet: zeit.de/2003/38/Jeffrey_Sachs

wirtschaftlichen Stabilität. Putin forderte die Unternehmen, die sich im Zuge der Privatisierung ihrer sozialen Aufgaben entledigt hatten, ausdrücklich und unter Androhung von Sanktionen auf, in ihre korporativen Pflichten gegenüber Dörfern, Städten, Regionen wieder einzusteigen. Kurz, von Russland geht heute die Botschaft aus, dass die westliche Eigentums-gesellschaft nicht die einzige Antwort auf die Frage ist, wie ein Leben nach dem Ende der sozialistischen Utopie aussehen könnte, das den Menschen nicht nur einen erhöhten Konsum ermöglicht, sondern auch noch eigene Entfaltungsmöglichkeiten im Rahmen ihrer Eigenversorgung belässt.¹⁶

Zweifellos ist die russische Entwicklung kein Modell, das direkt auf andere Länder übertragbar wäre, vor allem nicht auf solche, in denen Selbstversorgung nur noch als Kriegserinnerung lebt wie in Deutschland oder auf andere Teile der Welt, in denen die Reste lokaler Selbstbewirtschaftung soeben zerstört werden wie in den ehemaligen Kolonien Europas, die heute in die „Moderne“ stürzen. Ja, es ist nicht einmal sicher, wie weit der Pendelschlag der Privatisierung die Zerstörung der traditionellen Gemeinschaftsstrukturen Russlands noch vorantreibt. Sicher ist dennoch, dass erstens jedes Pendel umkehrt, wenn sein Schwung ausläuft; das kulturelle Gedächtnis der Menschen, ebenso wie die gewachsenen Strukturen eines Raumes gehen nicht verloren, sie gehen als Element in die zukünftige Entwicklung ein. Das lässt für Russland eine lebendige Symbiose zwischen Industrieproduktion und den lange gewachsenen Traditionen der gemeinschaftlichen Eigenversorgung erwarten. Welche Form diese Symbiose annimmt, wird sich zeigen, sicher aber wird es kein Entweder-Oder, sondern ein Sowohl-Als-Auch geben, in dem Fremd- und Eigenversorgung, Individualisierung und Gemeinschaftstradition einander in neuer Gestalt mischen und ergänzen.

Ungeachtet dessen aber, das sei noch einmal betont, geht von der Realität der russischen Transformation schon jetzt die Erkenntnis aus, dass „der Kapitalismus“ mit seiner aggressiven Fremdversorgung nicht das letzte Wort der Geschichte ist, sondern selbst nur ein Übergang in eine Wirtschafts- und Lebensordnung, die nicht nur materielle Grundbedürfnisse befriedigt, sondern auch noch die Chance zur Entfaltung eigener Kräfte im familiären wie im gemeinschaftlichen Rahmen gibt.

In Deutschland, aber auch anderen Orten der Welt hat schon längst eine Bewegung eingesetzt, die Vorstellungen dieser Art sucht und versucht sie in die Praxis umzusetzen. Unterschiedlichste Modelle sind entstanden, die nahezu alle den Bedarf, nicht den Profit um des Profites willen, in den Mittelpunkt rücken - eine Versorgung, die sich nicht nur auf Fertigprodukte stützt, sondern Eigenversorgung mit einbezieht, eine Organisation der Arbeit, die produktive und „überflüssige“ Tätigkeiten gerecht und lebensfördernd verteilt, die Intensivierung der

Beziehungen zwischen den Menschen, welche die Menschen emotional, geistig und spirituell fördert. In Ansätzen werden auch lokale und regionale Räume mit in die neue Organisation des Lebens einbezogen.

In all diesen Experimenten wird eine Zukunft sichtbar, in der kein Mensch „überflüssig“ ist, sondern jede Frau, jeder Mann, jedes Kind, gleich ob gesund oder krank, jung oder alt, ob praktisch orientiert oder eher spirituell, ihre oder seine Daseinsberechtigung, Aufgaben, materielle und emotionale Versorgung im gemeinschaftlichen Geschehen hat. Vieles muss hier, besonders in der Beziehung von Individuum und Gemeinschaft, noch ausprobiert werden, und es wäre gut, wenn die Erfahrungen aus der nachsowjetischen Zeit, aufbauend auf der russischen Geschichte darin mit eingehen könnten, die leider immer noch verdrängt werden. Die Traumata von Zwangskollektivismus jeglicher Couleur, stalinistischen wie faschistischen, individualistische Irrwege auf der anderen Seite müssen noch erkannt und praktisch überwunden werden. Die neuen Formen des zusammen und doch individuell Arbeitens müssen ausprobiert werden, ohne in Gemeinschafts-Dogmatismus oder individualistische Anarchie zu verfallen. Praktisch sind viele diese Gemeinschaften zudem Probierfelder dafür, ob ein Grundeinkommen den Realitäten einer gemeinsamen Ökonomie standhält.

All dies sind hohe Herausforderungen, die diese Gemeinschaften zu Experimentatoren für eine Lebensweise machen, in der - schlicht gesagt - der Mensch wieder oder vielleicht besser gesagt, endlich im Mittelpunkt steht, jetzt aber nicht nur als Arbeitskraft, die ausgebeutet wird und als Konsument, der den Warenumsatz und damit den Profit garantiert, sondern in seinem Wert als schöpferisches Wesen, das seinen Wert darin hat, sich in Gemeinschaft mit anderen Menschen als solches zu entwickeln. Es ist zu hoffen und daran zu arbeiten, dass diese Impulse auch die übrige Gesellschaft erreichen.

Kai Ehlers

ist freier Journalist, Publizist, Schriftsteller und Forscher. Im Mittelpunkt seiner Beschäftigung steht die politische, ökonomische und kulturelle Entwicklung des post-sowjetischen Raumes. Zahlreiche Zeitschriften- und Buchveröffentlichungen. Kai Ehlers lebt und arbeitet seit 1969 in Hamburg. (www.kai-ehlers.de, vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Kai_Ehlers.)

¹⁶ Siehe hierzu ausführlich: Kai Ehlers, Kartoffeln haben wir immer. (Über)leben in Russland zwischen Supermarkt und Datscha, Horlemann, Bad Honnef, 2010

Betrachtungen und Berichte

Qualitätsentwicklung und -evaluation - Ein Thema auch für Richard Wagner

Udo Herrmannstorfer, dem Schöpfer von
Wege zur Qualität, zu seinem 70. Geburtstag
am 26. 10. 2011 gewidmet

Robert Zuegg

Kunst- nach scharfen Regeln messen?

Richard Wagner schuf eine Oper, in der er als Künstler Fragen der Qualitätsentwicklung und -evaluation aufgreift und auslotet: Die Meistersinger von Nürnberg. Hier ist nicht der Ort, auf Komposition, Wirkungsgeschichte und die einzelnen Handlungs-fäden einzugehen. Uns interessiert hauptsächlich, weshalb die gewohnte Form der Meistersinger ihre Kunst zu pflegen, zu evaluieren und zu sichern, ihrer Sozietät und Gesangskunst immer mehr die Lebensluft entzog und welche Neuorientierung sich daraus ergab. Dazu ist ein Blick auf die drei Hauptfiguren zu werfen, ihr Verhältnis zu ihrem Berufsverband und dessen best-practice Regeln sowie auf die individuelle Art ihres künstlerischen Ringens. Die Handlung spielt in Nürnberg, zur Zeit der Reformation und zwar zu Johanni. Aus dieser zeitlichen Situierung ertönt motivisch bereits ein Leitmotiv der Oper: Wie können Altes und Neues sich so um- und anverwandeln, dass schöpferische Entwicklung möglich ist. Dies kann vielleicht auch neue Perspektiven eröffnen, wie Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung auf anderen Gebieten fruchtbar gestaltet werden können.

Walther Stolzing, Junker aus altem Rittergeschlecht ist neu ins bürgerliche Nürnberg gezogen. Die Sängergunft und ihre Regeln sind ihm fremd und aus tiefer Seele zuwider. Trotzdem ersucht er um Aufnahme, denn nur als Meistersinger kann er seine geliebte Eva, Tochter eines vermögenden Meistersingers, heimführen. Ein Lehrbube erklärt ihm die Prüfungsordnung: „Der Dichter, der aus eigenem Fleiße zu Wort' und Reimen, die er erfand, aus Tönen auch fügt eine neue Weise, der wird als Meistersinger erkannt“. Die Dicht- und Gesangskunst hat Stolzing autodidaktisch aus Büchern von Walter von der Vogelweide bzw. im Wald von den Vögeln gelernt. Sein Bildungsgang ist ungeregelt, seine Qualifikationsnachweise dürftig. Trotzdem darf er ausnahmsweise zur Prüfung antreten. Dem Naturtalent gelingt auf Anhieb ein Meisterlied, das in seiner Neuartigkeit aber alle in einer Tabulatur zusammengefassten Kunstregeln über den Haufen wirft und die anderen Meister „klein und alt“ aussehen lässt. Ihr Richtspruch lautet: „Versungen, vertan“, weil „hier wird nach den Regeln nur eingelassen“. Diese Anfangsszene macht deutlich: Das Alte bereitet dem Neuen keinen würdigen Empfang, verkennt seine genialischen Qualitäten; das Neue ist seinerseits noch in Gärung, vermag weder an Bestehendes anzuknüpfen, noch es schöpferisch fortzubilden.

Gedenken

Eginhard Fuchs (1933 - 2012)

Christoph Strawe

Am Karsamstag, dem 7. April 2012, ist Eginhard Fuchs (*10.10.1933), maßgeblicher Mitbegründer des Instituts für Waldorf-Pädagogik in Witten-Annem und des Europäischen Forums für Freiheit im Bildungswesen (effe) gestorben. Er war lange Zeit sein Präsident Forums und zuletzt als Ehrenpräsident noch aktiv an der Arbeit des effe beteiligt.

„Ohne ihn gäbe es das effe nicht, und seine ernste Beharrlichkeit und zugleich seine von viel Humor getragene Freude an dem Thema Freiheit im Bildungswesen hat Vieles an Verständigung zwischen den verschiedenen Pädagogikrichtungen und an Entwicklung im freien Bildungswesen bewirkt, was uns heute fast selbstverständlich erscheint, aber eben der Begeisterung und dem Charisma von Menschen wie Eginhard zu verdanken ist, von denen es aber nicht viele gibt...“

Mit diesen Worten drückt Ingo Krampen in schöner Weise dasjenige aus, was auch viele andere, die das Glück hatten, Eginhardt Fuchs kennenlernen zu dürfen, empfunden haben. Mit Ingo Krampen zusammen hat er u.a. auch den Band „Selbstverwaltung macht Schule, Fallstudien zur Freiheit im Bildungswesen, 1992, Frankfurt/M., Info3-Verlag“ herausgegeben.

Ein Projekt, dem er besonders viel Energie widmete war „Beautiful Schools International“. Dem Dreigliederungsgedanken war Eginhard Fuchs immer verbunden. Das widerspiegelte sich in Gesprächsbeiträgen etwa bei Kolloquien, in der ganzen Ausrichtung seiner Arbeit für Freiheit im Bildungswesen und schließlich auch in der Tatsache, dass er Leser dieser Zeitschrift war.

www.effe-eu.org // www.wittenannen.net //

Hans Sachs, Schuster und vom Volk verehrter Dichter sowie Haupt und Seele des Sängerkreises weiß: „Wer als Meister geboren, hat unter Meistern den schlimmsten Stand“. Er findet: „des Ritters Lied und Weise neu doch nicht verwirrt; verließ er unsere Gleise, schritt er doch fest und unbeirrt.“ Seine abweichende Meinung kleidet er in die Worte, die wie ein „Lehrsatz“ für ein neues Evaluationsverständnis klingen: „Wollt ihr nach Regeln messen, was nicht nach Eurer Regel Lauf, der eigenen Spur vergessen, sucht davon erst die Regeln auf!“. Dieser „immanent-kritische“ Ansatz“ stößt in der Runde seiner Sängerkollegen auf taube Ohren. Sie befürchten eine Umgehung ihrer Compliance-Regeln und damit Qualitätsabbau: „Den Stümpfern öffnet Sachs ein Loch, da aus und ein ihr Wesen leicht sie trieben“. Organ und Verständnis für eine schöpferische Leistung fehlen ihnen, Innovation und ihre Entwicklungsbedingungen sind für sie kein Thema. Alte Gewohnheiten, Angst und Vorurteile gegenüber dem Neuen wirken zu stark.

Sachs lässt das gehörte Lied keine Ruhe. Noch immer davon berührt, sinnt er unter dem Fliederbaum dem Erkenntnisrätsel nach: „Fass ich es ganz - kann ich's nicht messen, doch wie wollt ich's auch fassen, was unermesslich mir schien“. Ihm fehlen fachliche Kriterien und Indikatoren, um sich seinen ästhetischen Eindruck aufzuhellen und zu erklären: „Keine Regel wollte passen und war doch kein Fehler darin“. Aus seiner Erkenntnisohnmacht heraus gelingt ihm eine erste positive Charakterisierung, die zugleich auf das Wandlungsmotiv des Täufers, seines Namenpatrons, verweist: „Es klang so alt, und war doch so neu, wie Vogelsang im süßen Mai“. Sachs hat die Demut, von Stolzing zu lernen, auch zu entsagen. Er ahnt und fühlt das Neue, versucht es in seiner Genese zu ergründen und sich - im Leben wie in der Kunst - in dessen Dienst zu stellen. In ihm wächst das Alte, weil es sich wandelt, über sich hinaus und wird zum Wegbereiter und Förderer von Entwicklung.

Stolzing lernt im Verlauf des Stücks, von Sachs angeleitet, seine Abneigung gegen die tradierten Regeln und zuallerletzt auch gegen die Meistersinger und ihre Vereinigung zu überwinden, ihren Sinn und Nutzen einzusehen und sich mit ihnen auszusöhnen. Es gelingt ihm, die bisher übliche Art, Kunst zu betreiben und zu betrachten, aus der gereiften Kraft seiner Individualität und Kunst schöpferisch zu überhöhen und damit Zukunft in die Gegenwart zu tragen. Auf diesem Schulungs- und Entwicklungsweg ist ihm Sachs ein freundschaftlich-väterlicher Lehrer und Begleiter. Dieser ermutigt ihn, zu einem neuen, diesmal bewusst gestalteten und durchdrungenen Meisterlied. Nicht ohne ihn auf den springenden Punkt hinzuweisen: „Ihr selbst stellt die Regel und folgt ihr dann.“ Das Kunstwerk muss in und mit sich selber stimmig sein. Konformität mit äußeren Regeln und ein „Benchmark“ mit anderen Werken sind danach nicht entscheidend und vermögen zum Verständnis originär schöpferischer Leistungen offensichtlich wenig beizutragen. Sachs reflektiert mit Stolzing im künstlerischen Prozess selber dessen Ursprung, Quellen und qualitative Bedingungen. Dies näher auszuführen, würde hier zu weit führen.

Sixtus Beckmesser, Humanist, Stadtschreiber von Nürnberg und Mitbewerber um die Hand von Eva und die Gunst der Musen, ist von den dreien die vielleicht spannungsreichste und gewiss tragischste Figur. Eduard Hanslick, Kunstkritiker und Gegner Wagners, hat ihr vermutlich Pate gestanden. Beckmesser ist ein kritischer Intellektueller, im Grunde aber unschöpferischer Geist. In der Musikerzunft hat er das Amt des „Merkers“ oder Auditors wie Sachs auf andere Art.

Er kennt die Regeln wie kein anderes Mitglied, handhabt sie aber formalistisch und pedantisch. Regeln sind für ihn das einzige Beständige in der Unbeständigkeit des Lebens. Sie schaffen Klarheit und sind deshalb die sichersten Garanten, die Kunst rein und unverfälscht zu pflegen und zu tradieren. Das Alte ist für ihn Vorgabe und Maßstab des Neuen. Neues Werden muss, um Zulassung und Eingang zu finden, sich deshalb den Regeln des Gewordenen fügen. Beckmesser fehlt die Eigenerfahrung des schöpferischen Neueinschlags, der geistigen Taufe. Zukunft ist für ihn deshalb nur eine Fortschreibung der Vergangenheit oder bestenfalls eine verbesserte Neuauflage des Alten. Gegenüber Stolzing hegt er zudem persönliche, ständisch motivierte Vorurteile: „Neu-Junker-Unkraut! Tut nicht gut.“

Mit dieser Haltung prüft er Stolzings genialisches Lied „messerscharf“ nach den Regeln der Tabulatur. Genüsslich und akribisch kreidet er ihm alle seine Fehler an. Sah Sachs, von seiner erhöhten Warte, keinen Fehler darin, findet Beckmesser Fehler zuhauf. Er kann die gefundenen Abweichungen faktisch belegen und mit Hinweis auf die Tabulatur auch stichhaltig begründen. Sachs erhebt Einspruch gegen diese Art von Konformitätsprüfung: Der Merker gehe selber auf Freiers Füßen, sein Urteil sei von Hass und Liebe geleitet und deshalb blind für die Schönheit des Liedes seines Rivalen. „Eur' Urteil, dünkt mich, wäre reifer, hörtet ihr besser zu“. Aber auch der nachträglich aufgedeckte Interessenskonflikt und Verstoß gegen die Unparteilichkeitsregeln vermögen die Kollegen in ihrer ablehnenden Haltung nicht umzustimmen.

Am Vorabend von Johanni gibt Beckmesser in einem Ständchen für Eva selber eine Kostprobe seines Könnens und gleichzeitig einen selbstkritischen Einblick in sein Herz und dessen Nöte: „Darf ich Meister mich nennen, das bewähr' ich heute gern, weil nach dem Preis ich brennen muss, dursten und hungern ... Wohl kenn' ich alle Regeln, halte gut Maß und Zahl; doch Sprung und Überkegeln wohl passiert je einmal, wann der Kopf, ganz voll Zagen zu frei'n will wagen um ein' jung Mägdleins Hand.“ Dieses Werbelied hat eine fatale Wirkung, die Nachbarn rufen: „Wer heult denn da? Wer kreischt mit Macht? Ist das erlaubt so spät zur Nacht?“ Die hochgehenden Emotionen enden in einer wüsten Prügelei, dies weil „ein Glühwurm sein Weibchen nicht fand“.

Diese nächtliche Erfahrung veranlasst Sachs zu tiefgründigem Nachsinnen über Ursprung und Folgen menschlichen Wahns, sowie über den Umgang mit

ihm im künstlerischen Schaffen. Beckmesser gerät derweil beim Versuch, ein besseres Lied nach den Regeln der Kunst zu zimmern, in arge Verlegenheit. In seiner Not greift er zum Plagiat. Statt mit dem fremden Werbelied auf der öffentlichen Festwiese zu brillieren und Eva und ihre Mitgift zu ersingen, scheitert er auf tragisch-komische Weise. Stolzing, der wahre Autor des neuen Liedes, tritt auf und singt dieses unverfälscht. Er vermag damit alle zu bezaubern und obsiegt.

Vom lebendigen Umgang mit den Regeln der Tabulatur

Warum es in Kunst und Leben allgemeine Regeln braucht, erklärt Sachs Stolzing wie folgt: „Mein Freund! In holder Jugendzeit ... ein schönes Lied zu singen, mocht' vielen da gelingen: der Lenz, der sang für sie. Kam Sommer, Herbst und Winterszeit, viel Not und Sorg' im Leben ... denen's dann noch will gelingen, ein schönes Lied zu singen, seht, Meister nennt man die“. Deshalb auch sein Rat: „Die Meisterregeln lernt beizeiten ... sie helfen wohl bewahren, ... was Lenz und Liebe Euch unbewusst ins Herz gelegt, dass ihr das unverloren pflegt“. Stolzing fragt tiefer nach dem „woher und warum“ dieser Regeln. Sachs begründet sie anthropologisch: „Das waren hoch bedürft'ge Meister, von Lebensmüh' bedrängte Geister: in ihrer Nöten Wildnis sie schufen sich ein Bildnis, dass ihnen bleibe der Jungendliebe ein Andenken klar und fest, dran sich der Lenz erkennen lässt.“ Wie ein totes Bild von abgelebten Zeiten bejahrte Männer zurück zu neuem Leben führen soll, bleibt Stolzing ein Rätsel: „Doch, wem der Lenz schon lang entronnen, wie wird er den aus dem Bild gewonnen“. Sachs kennt das Dilemma aus persönlicher Erfahrung. Er weiß, wie leicht das Leben sich im dornigen Gerank allgemein verbindlicher Normen und Standards verfängt und erstickt. Er lehnt Regeln deswegen weder ab, noch will er sie einfach deregulieren.

Sachs ringt um einen neuen Lösungsansatz und macht, wie wir aus seinen Worten gleich hören werden, einen originellen Griff und Vorschlag. Dieser setzt nicht bei den Regeln oder Verhältnissen an, sondern beim Menschen selbst. Dieser muss jetzt eigentätig und bewusst vollziehen, was früher unbewusst oder von alleine geschah. Besagtes Bild lässt sich nicht anders zu neuem Leben erwecken, als dass der Mensch es aus sich heraus mit neuem Leben begabt: „Er frischt das Bildnis an, so oft er kann: Drum will ich, als bedürftiger Mann, will ich Euch die Regeln lehren, sollt Ihr sie mir neu erklären“. In diesem Ruf, aufzuwachen und umzudenken, das Bildnis anzufrischen und die Regeln neu zu erklären, erklingt erneut das Täufermotiv. In die Prosa des heutigen Alltags übersetzt, könnte dies bedeuten: Bewusste und fortlaufende Vertiefung und Betätigung der schöpferischen Kräfte, aus denen Regeln und Leitbilder letztlich stammen und in denen sie weiterhin fußen sollten. Einmal abgeschnitten von den lebenden Quellen werden die Regeln tot und starr und beginnen - das zeigt sich am Sängerkreis und an der tragischen Figur des Beckmessers deut-

lich - allmählich auch der Kunst und Gemeinschaft ihr Lebenslicht auszublasen und ihre mumifizierende Wirkung zu entfalten. Beckmesser denkt scharf, aber auch unbeweglich. Normen sind für ihn nicht zu hinterfragende, axiomatische Größen, ohne Leben und Entwicklung. Gerade deshalb lässt sich mit ihnen technisch perfekt umgehen, was allerdings Folgen hat. Sein kritischer Verstand vermag allerdings nicht, sich auch der Norm kritisch gegenüber zu stellen. Ebenso wenig vermag er, die Norm in ihrer Genese und Wirkung auf das Leben objektiv zu betrachten und sie selbstschöpferisch mit neuem Leben anzufrischen. Seine Art, Normen zu denken und handzuhaben, steht nicht im Fluss, Dialog und Dienst des Lebens. Die Wohltat der Regel wird dadurch zur Plage, die das Leben knechtet, schwächt und untergräbt.

Für den lebendigen Umgang mit Regeln ergeben sich noch weitere Perspektiven. Wie wichtig ist die Resonanz der Betroffenen und des Publikums für die Qualitätssicherung, wie hängen soziale und fachliche Qualität zusammenhängen, ergänzen und steigern oder behindern sie sich, was bedeuten „Innovations- und Sunsetklauseln“ für eine kontinuierliche Qualitätsentwicklung - alles Fragen, die in diesem Werk vorkommen und eine Rolle spielen.

- So schlägt Sachs beispielsweise vor, die Regeln periodisch darauf zu überprüfen: „ob in der Gewohnheit trägem Gleise ihr' Kraft und Leben sich nicht verlier“. Gesetzesunkundige Laien könnten seiner Ansicht nach oft zuverlässiger sagen „ob die Regeln der Natur noch auf der Spur sind“, da sie deren Wirkungen im Unterschied zu Experten aus eigener Betroffenheit kennen und so deren „Frische“ besser einschätzen können. Ihre Resonanz kann wichtige Aufschlüsse darüber geben, wie gut sich die Regeln im Leben bewährt haben und wo Änderungsbedarf besteht.

- Regeln müssen nach Sachs auch Ausnahmen zulassen, wenn sie nicht zum Hindernis und Grab von Entwicklung werden sollen. Es geht nicht um Schlupflöcher für Willkür, Missbrauch und Entwicklungsrückschritte, sondern um eine bewusst gehandhabte Türöffnung für Entwicklungsfortschritte im Sinne eines vertikalen Pluralismus. „Der Regel Güte, daraus man erwägt, dass sie auch mal' ne Ausnahme verträgt“. Weil die nachhaltigste Sicherung der Qualität in ihrer kontinuierlichen Entwicklung liegt, müssen Regeln und Satzungen entwicklungs offen und innovationsfreundlich sein. Innovationen kommen nicht als Mehrheiten zur Welt, sondern durch einzelne, schöpferische Menschen und meist als Nonkonformität zum Bestehenden.

- Der weitere Vorschlag von Sachs, auch das Volk müsse über die Kunst zu Gericht sitzen können, weckte dagegen schon im Sängerkreis Bedenken: „Oho! Das Volk? Ja, das wäre schön! Ade dann Kunst und Meistertön! Nein Sachs! Gewiss, das hat keinen Sinn! Gäbt ihr dem Volk die Regeln hin.“ Angesichts der Rezeptionsgeschichte der Oper ein überlegenswerter Einwand.

- Hilfreich und weiterführend ist vor allem auch die Einsicht, dass es zur lebendigen Pflege und kontinuierlichen Entwicklung der Kunst in Zukunft nicht nur schöpferische Individualitäten braucht, sondern auch freie Vereinigungen von ausübenden Künstlern, die sich bewusst dieser Aufgabe widmen: „Verachtet mir die Meister nicht.“ „Gebt ihrem Wirken Gunst...“

Dr. Robert Zuegg

ist Jurist und Leiter der Confidentia - Gesellschaft zur Förderung institutioneller Eigenverantwortung; er lebt in Kilchberg/Schweiz. E-Mail: Zuegg@zuegg.ch

Zuwachsraten im Vergleich

Ein Beitrag zum Erfassen der Ursachen der gegenwärtigen Krise¹

Helmut Creutz

Wer auf der Suche nach den Ursachen unserer derzeitigen Krisen - gleichgültig ob im Bereich der Kapitalmärkte oder der Staatsverschuldung - die Banken in den Fokus nimmt, wie dies bei der Occupy-Bewegung der Fall ist, trifft zwar die Richtung, zielt aber zu kurz. Denn zu Ergebnissen kommt man nur, wenn man bei der Suche nach Krisenursachen über die Banken hinaus die überproportionalen Entwicklungen der gesamten Geldvermögen in den Blick nimmt und mit anderen Größen in der Volkswirtschaft vergleicht....

Erläuterungen zur Grafik, S. 28

Bezogen auf die sechs Jahrzehnte unserer Wirtschaftsepoche werden in der Darstellung die Zuwachsraten der Geldvermögensbestände, der Zinsgutschriften und der Nettolöhne und -gehälter als Säulen wiedergegeben und zwar mit ihren jeweiligen Zehnjahres-Durchschnittswerten, ebenso, als Auf- und Abtreppung im Hintergrund, die des BIP.

Betrachtet man die Entwicklungen in den ersten fünf Jahrzehnten, also von 1950 bis 2000, dann stieg das BIP im Zehnjahres-Durchschnitt von 9 auf 58 Mrd Euro p.a. an und damit auf rund das 6,4-fache, während die Geldvermögen, von 13 auf 336 Mrd ansteigend, auf das 26-fache förmlich explodierten! Die Zuwachsgrößen der Nettolöhne und -gehälter, die anfangs noch im Gleichschritt mit der Wirtschaftsleistung Schritt hielten, fielen dagegen bereits ab Ende des dritten Jahrzehnts zurück!

Besonders deutlich werden diese Entwicklungsunterschiede, wenn man die Zuwachsgrößen einmal im fünften Jahrzehnt (1991-2000) miteinander vergleicht: Mit 336 Mrd lagen die der Geldvermögen

¹ Eine umfangreichere Darstellung des ganzen Themenkomplexes hat der Autor in seinem Aufsatz "Banken in die Schranken? - Das Wachstum der Geldvermögen ist Ursache der Wirtschaftskrise" in der Zeitschrift für Sozialökonomie, 49. Jahrgang, 172/173. Folge, Februar 2012 gegeben, auf den sich dieser Text stützt.

etwa beim 6-fachen des BIP- und beim 34-fachen(!) der Nettolöhne! - Das heißt, die Lohnzuwächse reichten in diesem Jahrzehnt noch nicht einmal aus, um die Zinsansprüche der zusätzlich entstandenen Geldvermögen zu bedienen, die sich bekanntlich über die Kreditvergaben als Kosten in sämtlichen Ausgaben der Haushalte niederschlagen.

Die Armut-Reichtum Schere

Auf der anderen Seite bedeutet dieses Überwachstum der Geldvermögen eine ständige Potenzierung des Reichtums. Dieser hat sich in der Vergangenheit etwa alle zehn Jahre verdoppelt und damit „im Quadrat“ bzw. exponentiell entwickelt, zunehmend konzentriert bei einer Minderheit von Mehrfach-Millionären und Milliardären! Und da sich diese eskalierenden Vermögensmassen, trotz Ausbreitung über den ganzen Globus, schon seit langem nicht mehr in normalen Güterinvestitionen unterbringen ließen, andererseits aber die Schließung des Geldkreislaufs unverzichtbar ist, waren bereits seit den 1980er Jahren die Staaten zunehmend gezwungen, diese wachsenden Geldvermögen über öffentliche Kreditaufnahmen in die Wirtschaft zurückzuschleusen. Doch da auch diese Möglichkeiten der Staatsverschuldungen schon seit Jahren ihre tragbaren Grenzen überschritten haben, strömten die immer schneller weiter wachsenden und Rendite suchenden Geldvermögensmassen schließlich - wie wir erlebt haben und täglich neu erfahren - in die spekulativen Märkte!

Diesen Überentwicklungen der Geldvermögen verdanken wir also nicht nur die Börseneinbrüche und Bankenpleiten unserer Tage, sondern auch jene Schuldenausweitungen, mit denen die Staaten - obwohl bereits überschuldet! - dieses tumorartig wachsenden Systems weiterhin zu retten versuchen. Dabei wäre eine „Rettung“ nur möglich, wenn man, statt der Schulden, die Geldvermögens-Eskalationen abbremsen würde, die heute in gleicher Höhe alle Staaten zum Schuldenmachen zwingen! - Und dass „Staaten“ in diesen Zusammenhängen immer „der Steuerzahler“ heißt, sei hier nur am Rande erwähnt!

Das Verhältnis zu den Zinsgutschriften

Neben den bereits vorgestellten Entwicklungen der Geldvermögen, der Löhne und des BIP, sind in der Darstellung, als weiße Säulen, auch die Zinsauszahlungen der Banken an die Geldeinleger wiedergegeben, ebenfalls mit ihren Zehnjahres-Durchschnittsbeträgen. Damit kommt also jene Größe ins Spiel, die sich aus dem Automatismus des Zins- und Zinseszins-effekts ergibt und welche die eigentliche Ursache jener immer rascheren Vermehrung der bestehenden Geldvermögensmassen ist. Ein Effekt, den die Deutsche Bundesbank bereits im Oktober 1993 einmal als „Selbstalimentation der Geldvermögensbildung“ bezeichnet und damals schon mit etwa 80% der Neuersparnisse angesetzt hat!

Vergleicht man diese Zinsgutschriften mit den Geldvermögensgrößen, dann wird nicht nur deutlich, in welchem Maße sich diese durch die Zinsen selber nähren, sondern auch in welchem Übermaß diese Rückkopplungsprozesse ständig zunehmen! So stiegen die Geldvermögenszuwächse - wie bereits angeführt - in den ersten fünf Jahrzehnten zwar von 13 auf 336 Mrd und damit auf das 26-fache an, die Zinsauszahlungen der Banken an die Besitzer dieser Vermögen jedoch mit einem noch deutlicheren exponentiellen Trend von 3 auf 189 Mrd und damit auf das 63-fache! Das heißt, die Zinseinkünfte nahmen zweieinhalb Mal schneller zu als die zu verzinsenden Geldvermögensbestände, bei deren

Vermehrungen demnach die direkten Ersparnisbildungen aus Arbeitseinkünften eine immer geringere Rolle spielen!

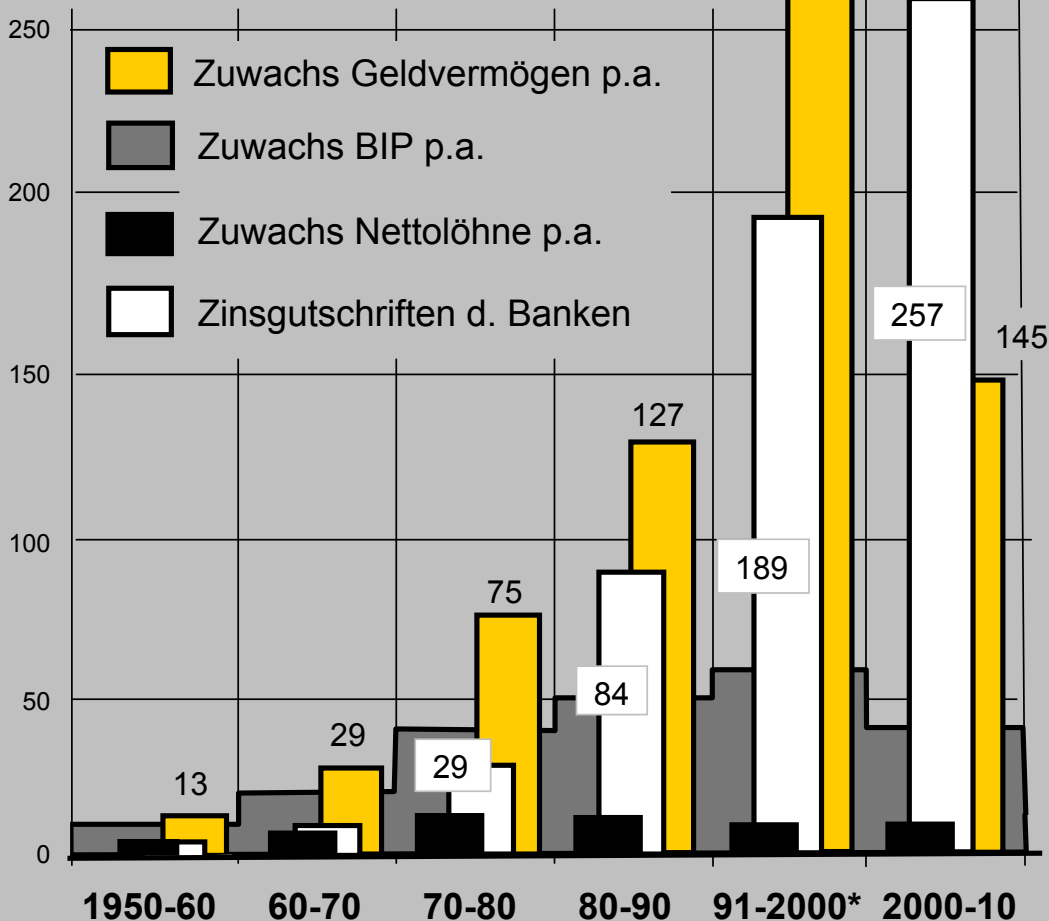
Dabei ist noch zu beachten, dass in der Darstellung nur jene Zinszahlungen herangezogen werden, die seit Jahrzehnten von der Bundesbank bei den Banken ermittelt wurden. Die gesamten Zinsentnahmen, also einschließlich jener aus Versicherungsanlagen, Finanzmarktprodukten und vor allem den schuldenfreien Sachkapital- und Bodenwerten, würden die hier wiedergegebenen Zinsaufwendungen also mindestens noch einmal um die Hälfte übersteigen!

Mrd
350

Zuwachsraten im Vergleich

Zehnjahres-Mittelwerte i. Mrd € - 1950-2010
im Vergleich mit den Bank-Zinsgutschriften

*) zur Vermeidung von Verzerrungen: ohne Vereinigungsjahr!



Geldverm.:	13	29	75	127	336	145
BIP:	9	19	41	50	58	41
Nettolöhne:	3	7	14	13	10	11
Zinsgutschr:	3	9	29	84	189	257

Der Einbruch der Entwicklungen im sechsten Jahrzehnt

Betrachtet man jetzt die Zuwachsgrößen im sechsten Jahrzehnt, also von 2000 bis 2010, dann zeichnen sich darin die Folgen der Börsen-, Banken- und Schuldenkrisen deutlich ab: Während der Zuwachs bei den Nettolöhnen in diesem letzten Jahrzehnt etwa gleich blieb, brach der des BIP von 58 auf 42 Mrd und damit um 30% ein. Noch größer war der Einsturz der Geldvermögens-Zuwachsraten von 336 auf 145 Mrd, während die Zinsgutschriften, ansteigend von 189 auf 257 Mrd, überraschenderweise noch einmal deutlich zulegten! Daraus lässt sich eigentlich nur schließen, dass diese Zinsgutschriften in den letzten zehn Jahren nicht mehr in voller Höhe den normalen Geldvermögensbeständen zugute kamen, sondern in Spekulationsbereiche, andere Währungen und vor allem in Sachanlagen verlagert worden sind, wie z. B. Bodenwerte und Immobilien. Ein Teil ging auch in die Bargeldhaltung, die z. B. in den letzten drei Jahren um 16% angestiegen ist, obwohl das BIP nur um 3% zulegte.

Resumee

Wie hier deutlich wird, hängen die heutigen Krisen entscheidend mit dem Überentwicklungen der Geldvermögen zusammen, die wiederum aus dem Überwachstum der Zinsgutschriften resultieren und immer größere Diskrepanzen zwischen Geld- und Realwirtschaft sowie zwischen Arm und Reich zur Folge haben. Diese sich aus der Scherenöffnung zwischen wachsenden Geldvermögen und den Kredit-Aufnahmefähigkeiten der Wirtschaft ergebenden Differenzen können - wie wir erleben - auch nicht mehr durch Staatsverschuldungen ausgeglichen werden, auch nicht durch Sparmaßnahmen und Schuldenbremsen. Helfen kann allein der Versuch, dem zins- und zinseszinsbedingten Selbstvermehrungs-Automatismus der Geldvermögen Einhalt zu gebieten - jenem Automatismus, der uns nicht nur zu ständig steigenden Verschuldungen zwingt, sondern ebenfalls zu jenem ständigen Wirtschaftswachstum, mit dessen Umsetzung wir die Umwelt ruinieren. Solange es nicht gelingt, dieses Überwachstum der Geldvermögen zu bremsen, werden sich die heutigen Probleme nur als Vorstufen zu noch schärferen sozialen und ökologischen Konflikten erweisen. Gelingt es jedoch, das durchschnittliche Zinsniveau mittel- und langfristig auf Null zu bringen, würde das weitere Wachstum der Geldvermögen gestoppt. Das Investmentbanking könnte sich allmählich zurückbilden und die Banken könnten sich in Größenordnungen, in denen sie nicht mehr „too big to fail“ sind, und in unterschiedlichen genossenschaftlichen, kommunalen, privaten oder anderen Rechtsformen auf ihre eigentlichen Dienstleistungsaufgaben beschränken.

Das Traurigste bei alledem ist bislang noch, dass selbst die für unsere wirtschaftlichen Vorgänge zuständige Wissenschaft diese im Grunde simplen Zusammenhänge bis heute nicht erkannt hat. Damit besteht auch die Gefahr, dass nach dem kaum

noch vermeidbaren Zusammenbruch die gleichen Grundfehler unseres Geldsystems fortbestehen und man bei einem Neubeginn mit ihnen wieder von vorn beginnt.

„Geuro“-Parallelwährung für Griechenland keine neue Idee

MonNetA

Der Vorschlag des Chefvolkswirts der Deutschen Bank, durch den „Geuro“ als nationale Parallelwährung das scheinbar unausweichliche Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone zu verhindern, entzündete eine breite öffentliche Diskussion. Wir begrüßen den Vorstoß und freuen uns, dass damit die lange vorherrschende Ratlosigkeit und scheinbare Alternativlosigkeit der Situation endlich durchbrochen ist.

Spätestens seit 2010 gab es bereits eine Vielzahl von Vorschlägen verschiedenster Autoren, in Griechenland bzw. in anderen ähnlich betroffenen Euroländern eine Parallelwährung als dritten Weg zwischen Fiskalunion und Euroaustritt einzuführen; sie blieben in den Medien jedoch leider weitgehend unbeachtet.

Die Idee paralleler Währungen sehen wir als Blaupause für eine grundsätzliche Restrukturierung der Europäischen Finanzarchitektur. Wir halten sie für geeignet, die Behebung der strukturellen Unterschiede im Euroraum systematisch anzugehen. Es wird nun von der konkreten Ausgestaltung abhängen, inwieweit dieser Vorschlag einen Beitrag zur wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung in Europa, vor allem aber auch für die Bevölkerung in Griechenland, Portugal und Spanien leisten kann. Wir schlagen deshalb vor, bei der Ausgestaltung dieser neuen Finanzarchitektur nicht nur auf Großbanken und Finanzinstitute zurückzugreifen, sondern auch die Expertise, Ideen und Erfahrungen der zahlreichen Vordenker und Praktiker einzubeziehen.

Für die Money Network Alliance „MonNetA“ (www.monnetta.org): Prof. Margrit Kennedy, Jens Martignoni, Leander Bindewald

Jens Löwe

**Ein zivilgesellschaftlicher Aktivist kandidiert für
das Amt des Stuttgarter OB**

Barbara Kern, Ulrich Jochimsen

Das Stuttgarter Wasserforum begrüßt und unterstützt die Kandidatur seines Gründungsmitglieds Jens Loewe für das Amt des Stuttgarter Oberbürgermei-

sters wegen seiner klaren Haltung und seines Engagements für die Energie- und Wasserversorgung unserer Stadt. Die elementaren Aufgaben dieser Stadt können nicht mit Kandidaten der etablierten Parteien gelöst werden. Ihre Vereinnahmung durch Konzerninteressen hindert sie daran, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zu handeln.

So beschloss unter der Ägide von OB Schuster der Gemeinderat von 1997 bis 2003 hochriskante Cross-Border-Leasing Geschäfte, fast einstimmig und ebenso im Jahre 2002 den Ausverkauf unserer Stadtwerke, der TWS, mitsamt den Wasserkraftwerken, der Wasserversorgung, sowie hunderten von Grundstücken und Betriebswohnungen. Den größten Teil des hierfür erhaltenen Geldes, knapp 1 Milliarde Euro, versenkte die Stadt in die LBBW. Das in vielen Generationen aufgebaute Eigentum der Bürgerinnen und Bürger wurde auf diese Weise von der jetzigen Politiker-Generation vernichtet.

Heute besteht Einstimmigkeit des Gemeinderats darin, erneut dem EnBW-Konzern als scheinbar unverzichtbarem strategischen Partner für weitere 20 Jahre die Kontrolle über unsere Versorgungsgrundlagen zu überlassen. Ein zweiter Ausverkauf unserer Daseinsvorsorge steht damit auf der Tagesordnung. Und das in einer Zeit, in der angesichts der weltumfassenden Krisen die Existenzgrundlagen unserer Gemeinschaft, wie Energie und Wasser, für uns gesichert werden müssen. In einer Zeit, in der giftiger, zerstörender Müll-, Kohle- und Atomstrom so schnell wie nur möglich durch dezentrale, erneuerbare Energie ersetzt werden muss. Der EnBW-Konzern wird sich von seiner Struktur her immer für Profit entscheiden, nötigenfalls auch gegen den Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Wenn, wie OB Schuster und der Gemeinderat es planen, das 225 km lange Stuttgarter Fernwärmenetz der EnBW AG überlassen wird, ist die dezentrale Energiewende vor Ort nicht möglich, weil die Müll- und Kohleverbrennung in Stuttgart durch EnBW für weitere 20 Jahre gesichert wäre.

Immer noch ist Stuttgart die Stadt der Ingenieure und Tüftler! Stuttgart hat das Potential, sich selbstbewusst zu einem kompetenten Zentrum für dezentrale Energieversorgung und erneuerbare Energien zu entwickeln, was nur möglich ist, wenn die Stadt die volle Gestaltungsfreiheit über ihre Infrastruktur hat und nicht auf Gewinnabsichten von „Partnern“ Rücksicht nehmen muss. Die Stadt muss jetzt im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger sowie im Interesse zukünftiger Generationen die Verantwortung für die Energie- und Wasserversorgung wieder selbst in die Hand nehmen. Dafür haben wir das zweite Bürgerbegehren erfolgreich durchgeführt und deshalb brauchen wir einen Oberbürgermeister, der sich frei von Partei-Interessen für die Stadt einsetzen kann.

Quelle: Pressemitteilung des Stuttgarter Wasserforums. Kontakt: barbarakern@gmx.de und jochimsen@netzwerk-den.de. Informationen zum Thema Stadtwerke und Bürgerbegehren: www.aktion-stadtwerke-stuttgart.de

Vier Möglichkeiten für Griechenland

Eine eurogedeckte und umlaufbeschleunigte Komplementärwährung ist der beste Weg

Christian Gelleri, Thomas Mayer

Angesichts der Neuwahlen in Griechenland am 17. Juni ist die Zukunft Griechenlands im Euro wieder offen. Dabei ist die Frage ‚Euro oder Drachme?‘ falsch gestellt, denn es gibt konstruktive Wege dazwischen. Viele Volkswirte haben inzwischen für Griechenland die Einführung einer Parallelwährung in verschiedenen Modellen vorgeschlagen. Welche Möglichkeiten hat Griechenland jetzt und was sind die Auswirkungen?

1. Lange Durststrecke durch Umsetzung der Sparmaßnahmen:

Bei Einhaltung des Konsolidierungsplanes würde Griechenland weiterhin die Unterstützung der EU, der EZB und des IWF erhalten, zahlungsfähig bleiben und zusätzlich Gelder aus dem EU-Strukturfonds erhalten, die etwa 2% des Bruttosozialprodukts ausmachen. Doch trotz aller staatlichen Sparmaßnahmen werden die Schuldenberge weiter wachsen, die Rezession mindestens zwei Jahre andauern, die Arbeitslosigkeit auf einem hohen Niveau verharren und die Verarmung weiter zunehmen. Damit sinken die Löhne weiter, was notwendig ist, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Dies alles führt zu einer Verbitterung und Radikalisierung in der Bevölkerung, die keinen Aufschwung erlebt.

2. Chaotischer Zusammenbruch durch Austritt aus dem Euro:

Wenn die neue Regierung das mit EU, EZB und IWF vereinbarte Rettungspaket kündigt oder nicht weiter umsetzt, werden die Hilfszahlungen ganz oder teilweise gestoppt. Zunächst würde der griechische Staat zahlungsunfähig und könnte Gehälter, Renten, Lieferanten und den Schuldendienst nicht mehr bezahlen. Aufgrund der Zahlungsunfähigkeit akzeptiert die EZB griechische Staatsanleihen nicht mehr als Kreditsicherheit und damit sind alle griechischen Banken von der Geldversorgung abgeschnitten und pleite. Gleichzeitig beginnt ein panikartiger Bank-Run und Geldtransfer ins Ausland. Es wird so chaotisch, dass der Staat nur mit einer zeitweiligen Sperrung der Grenzen, Einfrieren aller Konten und Wiedereinführung der Drachme reagieren kann und Griechenland gleichzeitig aus dem Euroraum und der EU austreten muss. Alle bestehenden Euroguthaben werden zwangsweise in Drachme getauscht. Diese wird vermutlich bis zu 50% gegenüber dem Euro abwerten, womit sich der Preis für alle Importwaren verdoppelt. Die Bevölkerung hat über Nacht einen großen Einkommensverlust, Außenhandel ist nur noch gegen Barzahlung möglich, Unternehmen haben Schwierigkeiten, Rohstoffe und Vorprodukte aus dem Ausland zu finanzieren. Das griechische

Bruttoinlandsprodukt würde nach Schätzungen um weitere 20% einbrechen. Zwar würde langfristig die griechische Wirtschaft durch die starke Abwertung profitieren, doch zunächst müsste der schockartige Einbruch verdaut werden.

Da der griechische Staat keine Euro mehr zur Verfügung hat, stehen alle ausländischen Gläubiger vor einem weiteren radikalen Schuldenschnitt. Deshalb gibt es Schockwellen in den internationalen Finanzmärkten. Allein Deutschland würde ein Austritt bis zu 80 Mrd. Euro kosten. Vor allem aber könnte der Austritt Griechenlands einen Dominoeffekt auslösen mit verheerenden ökonomischen und sozialen Folgen für die gesamte Eurozone.

3. Mehr Wettbewerbsfähigkeit durch eine stark abgewertete Parallelwährung:

Ein Euroaustritt mit seinen negativen Wirkungen könnte vermieden werden, wenn der Euro und eine neue Parallelwährung gleichzeitig gelten. Dies schlug zum Beispiel der polnische Notenbankchef Marek Belka und der Chefvolkswirt der Deutschen Bank Thomas Mayer vor, der sie „Geuro“ nennt. Parallelwährungen für Griechenland wird unter Volkswirten seit Monaten diskutiert. (Alle Konzepte sind auf <http://www.eurorettung.org/103.0.html> dokumentiert).

Die Kernidee ist, dass der Staat beginnt, ganz oder teilweise seine Ausgaben in Schuldscheinen bzw. einer neuen Parallelwährung zu bezahlen. Entsprechend weniger Euro-Hilfskredite benötigt er. Die Parallelwährung könnte entstehen durch Schuldscheine des Staates, eine neue Notenbank oder durch Verbriefungen staatlichen Eigentums.

Trotz der Einführung der Parallelwährung bleiben die bestehenden Eurokonten unangetastet, so dass ein Bankrun und Panik in der Bevölkerung vermieden und die Ersparnisse geschützt werden. Der neue Geuro ist gegenüber dem Euro frei konvertierbar und wird deshalb vermutlich bis zu 50% abwerten. In Griechenland würden die Waren also doppelt ausgezeichnet, Preis in Euro und aktueller Preis in Geuro. Ausländische Waren werden für die Griechen entsprechend teurer, Exporte aus Griechenland aber wesentlich billiger, was langfristig die Wettbewerbsfähigkeit verbessert und der exportierenden griechischen Wirtschaft und dem Tourismus Aufwind gibt. Gleichzeitig steigt die Inlandsnachfrage, denn ausländische Waren werden unbezahlbar. Daraus ergeben sich notwendige Wachstumsimpulse für die griechische Wirtschaft.

Da aber alle bestehenden in- und ausländischen Kredite in Euro lauten und deshalb durch die abgewerteten Geuro-Einkommen nicht mehr bedient werden können, müssen diese anteilig per Gesetz auf Geuro umgeschrieben werden. Für ausländische Gläubiger bedeutet dies ein Verlust, es sei denn der Geuro würde im Laufe der Jahre durch eine gute Haushalts- und Wirtschaftspolitik wieder an den Euro anschließen. Da sich die griechischen Banken in Euro refinanziert haben, aber jetzt Geuro-Kredite haben,

müssen sie hohe Abschreibungen vornehmen, die sie selber nicht verkraften können und müssen deshalb nochmals von der EU und der EZB gestützt werden.

Durch eine frei konvertierbare Parallelwährung würden also die katastrophalen Folgen eines Euro-Austrittes vermieden. Die drastische Abwertung trifft zunächst Kunden und Unternehmen und macht große Probleme mit bestehenden Euro-Krediten, doch langfristig wird die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft verbessert. Der Aufschwung wäre absehbarer und Griechenland könnte früher aus dem Schutz der Rettungsschirme entlassen werden. Deshalb ist diese Variante für die anderen Euroländer vermutlich billiger als die beiden obigen Varianten. Griechenland hätte Zeit sich zu entwickeln, bis irgendwann der Geuro nicht mehr notwendig ist.

4. Konjunkturmotor und sanfter Weg mit Expressgeld:

Die Komplementärwährung, die von Christian Gelleri und Thomas Mayer (einem Namensvetter des Deutschen Bank Chefvolkswirtes) in der Studie „Expressgeld statt Euroaustritt“ (vgl. das letzte Heft der Sozialimpulse) entwickelt wurde, ist anders konstruiert. Die Autoren gründeten vor zehn Jahren den Chiengauer, das größte Regiogeld Deutschlands und übertragen diese Erfahrungen auf Griechenland.

Das Expressgeld ist an den Euro gekoppelt und durch hinterlegte Euro gedeckt und wird vom Staat zusammen mit der Notenbank in Umlauf gebracht. Bei einem Rücktausch von Expressgeld in Euro fällt eine Umtauschgebühr (Abflussbremse) von 10% an. Damit wird erreicht, dass das Geld im Land bleibt und das Expressgeld gegenüber dem Euro etwas abgewertet ist, was der griechischen Wirtschaft nützt. Dieser feste Wechselkurs ist für Unternehmen klar kalkulierbar und für die griechische Bevölkerung verträglich. Durch die feste Koppelung an den Euro müssen keine Eurokredite umgeschrieben werden, entsprechend fallen keine weiteren Abschreibungen bei griechischen Banken an. Griechenland kann vollwertiges Mitglied des Eurosystems bleiben, die griechische Notenbank hat nur die Zusatzaufgabe Euro in Expressgeld zu tauschen. Für die Deckung des für Griechenland notwendigen Expressgeldes sind etwa 13 Milliarden Euro notwendig, diese müssen nicht extra finanziert werden, der Staat wechselt Euro in Expressgeld und bezahlt damit seine Ausgaben.

Neben der Eurodeckung und Abflussbremse ist das Expressgeld vor allem mit einem Umlaufimpuls versehen. Durch eine Nutzungsgebühr von 8% im Jahr wird der Geldfluss beschleunigt, was die Wirtschaft antreibt. Die Grundidee ist: Wenn kein zusätzliches Geld in die Wirtschaft eingeführt werden kann, weil es nicht da ist oder sofort wieder abfließt durch Importe oder Geldflucht, muss man das vorhandene Geld besser nutzen (Liquiditätsoptimierung). Wenn alle Beteiligten ihr Verhalten ändern und das Geld schneller ausgeben, wird die Binnennachfrage mas-

siv gestärkt und Griechenland könnte nach Berechnungen schnell aus der Rezession herauskommen. Eine Verdoppelung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, soweit es in der Realwirtschaft bleibt und freie Kapazitäten vorhanden sind, führt zu einer Verdoppelung des Bruttosozialproduktes.

Das Expressgeld fügt sich also nahtlos in das Eurosystem und die bestehenden Vereinbarungen mit der Troika ein. Es gibt keine Probleme mit Eurokrediten. Durch eine 10%-Abwertung wird die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands verbessert und der Umlaufimpuls initiiert ein starkes Wirtschaftswachstum, das zu neuen Arbeitsplätzen und mehr Steuereinnahmen führt. Den anderen Parallelgeld-Konzepten fehlt dieser Konjunkturmotor, das Wachstum soll durch eine schmerzende Abwertung entstehen. Dagegen vermeidet das Expressgeld alle finanziellen Schocks und weitere Verbitterung der Bevölkerung und ist deshalb der sanfteste Weg zu einem Aufschwung. (Weitere Infos zum Expressgeld unter <http://www.eurorettung.org>)

Kontakt:

Thomas Mayer, Tel. 0049-831-5709512, thomas.mayer@eurorettung.org, www.eurorettung.org

Christian Gelleri, Tel. 08031-4698039, christian@gelleri.com, www.chiemgau.info

Der Fiskalvertrag aus demokratiepolitischer Perspektive

Mehr Demokratie

Der Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (im Folgenden Fiskalvertrag) soll bis spätestens 1. Januar 2013 in Kraft treten. Er soll in Deutschland in einem demokratiepolitisch bedenklichen Schnellverfahren ratifiziert werden. Der Vertrag würde weitreichende Folgen für die Haushalts- und Wirtschaftspolitik der Unterzeichnerstaaten haben.

Gegen den Vertrag gibt es auch massive verfassungs- und europarechtliche Bedenken, die aber an anderer Stelle behandelt werden müssen.

Inhalte des Vertrages

Der Fiskalvertrag ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der Anfang März 2012 von allen Regierungschefs der EU-Staaten mit Ausnahme von Großbritannien und Tschechien unterschrieben worden ist. Nur in Irland gab es ein Referendum über den Vertrag.

Die Kernbestandteile des Vertrages sind:¹

- „Schuldenbremsen“ müssen im nationalen Recht, vorzugsweise in der Verfassung, verankert werden. Das strukturelle Defizit (Neuverschuldung) darf 0,5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht übersteigen.

- Bei signifikanten Abweichungen gibt es einen automatischen Korrekturmechanismus auf der Basis von der EU-Kommission vorgeschlagener gemeinsamer Prinzipien, der auch unabhängige Institutionen zur Überwachung der Verpflichtungen beinhalten muss.

- Vertragsstaaten, die Gegenstand eines Defizitverfahrens sind, legen ein Haushalts- und Wirtschaftspartnerschaftsprogramm mit detaillierten Strukturreformen vor. Diese Programme werden im EU-Recht festgesetzt und dem Rat der EU und der EU-Kommission zur Genehmigung vorgelegt.

- Wenn die Kommission der Auffassung ist, dass ein Vertragsstaat gegen den Vertrag verstoßen hat, muss dieser Staat von einem oder mehreren Vertragsstaaten vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt werden.²

- Die Staatsverschuldung, die über 60 % des BIP hinausgeht, muss jährlich um 5 % verringert werden.

- Sanktionszahlungen von max. 0,1 des BIP sind zugunsten des ESM (EURO- Rettungsschirm) zu leisten.

- Alle wichtigen wirtschaftspolitischen Reformvorhaben der Vertragsstaaten müssen vorab diskutiert und koordiniert werden.

- Mindestens zwei Mal jährlich finden EURO-Gipfel statt. Geschaffen wird das Amt des Präsidenten des EURO-Gipfels. Der Präsident des Europäischen Parlamentes kann zu den Gipfeln eingeladen werden.

- Binnen fünf Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages soll dessen Inhalt in den Rechtsrahmen der EU überführt werden.

Diese grobe Aufzählung zeigt bereits, dass der Vertrag deutlich über die vor allem in den Medien transportierte „Schuldenbremse“ hinausgeht. Der sog. „Fiskalpolitische Akt“ dürfte zwar materiell zentral sein, stellt aber lediglich einen von fünf Teilen des Vertrages dar. Erwähnenswert sind noch zwei Schlussbestimmungen des Vertrages.

Erstens soll im Unterschied zu EU-Vertragsänderungen der Vertrag bereits in Kraft treten, wenn ihm zwölf Mitgliedstaaten zugestimmt haben. Dies dürfte eine Reaktion auf die „gescheiterten“ Referenden zum EU-Verfassungsvertrag bzw. Lissabon-Vertrag in Frankreich, den Niederlanden und Irland sein.

1 Für eine detaillierte Zusammenfassung des Vertrages auf folgenden Link klicken: http://www.verfassungsbeschwerde.eu/index.php?elD=tx_nawsecured1&u=0&file=fileadmin/pdfarchiv/2012-04-10_Zusammenfassung_Fiskalvertrag.pdf&t=1334186318&hash=0f401211461cebacaba2f94de4a4478e.

2 In einer Begleiterklärung zum Fiskalvertrag ist festgelegt worden, dass die jeweilige Ratspräsidentschaft sowie die vorherige und die nachfolgende Ratspräsidentschaft das Klagerecht gemeinsam ausüben müssen.

Und zweitens enthält der Vertrag - ebenfalls im Unterschied zu den EU-Verträgen - keine Bestimmungen über seine Kündigung. Der Fiskalvertrag kann also nicht einseitig von einer Vertragspartei gekündigt werden. Das bedeutet, dass Deutschland und alle anderen Unterzeichnerstaaten grundsätzlich nur dann aus dem Vertrag herauskommen, wenn der Fiskalvertrag komplett aufgehoben wird.

Demokratiepolitische Probleme

Die dargestellten weitreichenden Auswirkungen des Vertrages verlangen nach einem intensiven, transparenten und sorgfältigen Vertragsaushandlungs- und Ratifizierungsverfahren und werfen zudem die Frage auf, ob die Zustimmung von Bundestag und Bundesrat (selbst mit qualifizierter Mehrheit) eine ausreichende demokratische Legitimation darstellt. Was die Vertragsverhandlungen und das Ratifizierungsverfahren angeht, sind erhebliche Zweifel angebracht. Offiziell starteten die Verhandlungen im Dezember 2011. Ende Januar 2012 wurde bereits eine grundsätzliche Übereinkunft erzielt und Anfang März 2012 kam es schon zur Unterzeichnung des Vertrages.³ Die Bundeskanzlerin spricht von lediglich zweimonatigen Verhandlungen.⁴

Das Europäische Parlament war lediglich mit vier Beobachtern vertreten, die nationalen Parlamente überhaupt nicht. Auch das geplante Ratifizierungsverfahren im Bundestag verheißt nichts Gutes. Gerade einmal sechs Wochen Beratungszeit will sich der Bundestag nehmen - und zwar nicht nur für den Fiskalvertrag, sondern auch für den ESM-Vertrag und die geplante Änderung des Art. 136 des EU-Vertrages.

Die geplante Ratifizierung des Vertrages durch Bundestag und Bundesrat ist nicht ausreichend, auch wenn sie mit der grundgesetzändernden Zwei-Drittel-Mehrheit erfolgt.

Mehr Demokratie fordert obligatorische Volksabstimmungen bei

- Grundgesetzänderungen
- bei Übertragungen von Hoheitsrechten sowie
- bei wesentlichen Änderungen der EU-Verträge.

Weitreichende und faktisch schwer oder gar nicht umkehrbare Entscheidungen, können nur vom Volk selbst getroffen werden. Ansonsten würde das fundamentalste Mitbestimmungsrecht in einer Demokratie, das Wahlrecht, entwertet, denn auch bei einem Regierungswechsel wären bei den vom Fiskalvertrag geregelten Themen keine Veränderungen mehr möglich. Bei dem Fiskalvertrag treffen fast alle Kriterien zu. Die Ratifikation in Deutschland setzt teilweise eine Grundgesetzänderung voraus, weil der Vertrag, wie dargelegt, deutlich über die bereits bestehende Schuldenbremse hinausgeht. Fak-

3 www.tni.org/article/irish-referendum-eus-fiscal-treaty-opens-space-democratic-debate-eu-citizens-alternatives.

4 www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2012/01/2012-01-30-eu-rat-bkin.html.

tisch handelt es sich bei dem Vertrag auch um eine wesentliche Änderung des EU-Vertrages, die aber hier durch einen internationalen Vertrag vorgenommen wird, und nicht in dem vom Lissabon-Vertrag vorgesehen Verfahren (s.u.).

Die Unumkehrbarkeit des Vertrages hat selbst die Bundeskanzlerin Angela Merkel in erstaunlicher Offenheit klargestellt:

„Das Wichtige ist, dass Schuldenbremsen in jede nationale Verfassung oder so in die Rechtssetzung eingeführt werden, dass sie bindend und ewig für die Verabschiedung von Budgets geltend sind. Das ist ganz wichtig. Man kann also niemals sozusagen durch neue Mehrheiten in einem Parlament verändern, dass diese Schuldenbremsen auch gelingen.“⁵

Welchen Sinn haben Wahlen dann aber noch, wenn sie auf wesentliche Gestaltungsfragen keinerlei Einfluss mehr haben?

Durch die Konstruktion, den Fiskalvertrag als einen völkerrechtlichen Vertrag und nicht als Änderung des EU-Vertrages durchzusetzen, ergibt sich ein weiteres demokratiepolitisches Problem. Denn bei erheblichen EU-Vertragsänderungen ist seit dem Lissabon-Vertrag die Konventsverfahren vorgeschrieben. Das bedeutet, dass nationale Parlamente und das Europaparlament schon an der Ausarbeitung einer Vertragsänderung substantiell beteiligt sein müssen. Der Fiskalvertrag stellt sich somit auch als eine Umgehung parlamentarischer Beteiligungsrechte dar. Und zu unguter Letzt wird auch ein relativ unsanfter Druck auf die Mitgliedstaaten ausgeübt, den Vertrag zu ratifizieren. Denn die Ratifizierung des Fiskalvertrages ist Voraussetzung für die Inanspruchnahme von Hilfen aus dem EURO-Rettungsschirm (ESM-Vertrag).

Quelle: <http://www.verfassungsbeschwerde.eu/dokumente.html>

Hintergründe zu Syrien

Kai Ehlers⁶

Das Thema „Syrien“ geht zur Zeit jeden Tag durch die Medien. Es soll hier daher nicht der tägliche Informationsstand referiert werden. Ich werde mich hier auf die Benennung der Grundfelder beschränken. Anders als bei anderen bewegenden Themen, ist es fast unmöglich, das Thema „Syrien“ auf eine Hauptfrage zu fokussieren - es sei denn man nehme die Tatsache, dass hier das gegenwärtige labile Gleichgewicht des Weltfriedens, besser zu sagen vielleicht, des nichtgeführten Weltkrieges zur Debatte steht.

5 Ebenda

6 Der Text geht zurück auf ein Gespräch im Forum Integrierte Gesellschaft in Hamburg.

Womit beginnen? Wie immer, versteht sich, mit dem Versuch einer Bestandsaufnahme der Interessensfelder, die sich hier in vielfältigster, kaum entwirrbarer Form überlagern:

Syrien als ein Glied in der Kette der muslimisch geprägten arabischen Welt. Das ist offensichtlich. Da gelten die gleichen allgemeinen Entwicklungstendenzen wie im gesamten arabisch-mittelmeerisch-muslimischen Kulturraum: Aufbruch einer sich rapide vermehrenden Bevölkerung in dem Wunsch der Teilhabe an den Errungenschaften der europäisch geprägten Moderne, konkret an den im Westen (Europa, USA und auch Russland) als Ergebnis ihrer Jahrhunderte dauernden kolonialen Vorherrschaft konzentrierten wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten.

Gleichzeitig treten starke Tendenzen der Rückbesinnung auf die Qualitäten der eigenen muslimischen Geschichte und Kultur auf - von gemäßigten bis zu radikalen Positionen.

Diese Motive und Strömungen im Einzelnen, wie sie in Syrien jetzt in Erscheinung treten, auseinander zu halten und nach fortschrittlich oder rückschrittlich, berechtigt oder unberechtigt zu sortieren, dürfte zur Zeit nicht einmal Spezialisten gelingen - und ich denke auch, dass es nicht unsere Aufgabe ist, solche Sortierungen von außen her vorzunehmen.

Sicher ist, dass die unterschiedlichen Strömungen und gesellschaftlichen Fraktionen im Zuge der allgemeinen Entwicklungsprozesse des arabisch-mittelmeerischen Raumes heute an dem gewaltsam hergestellten Konsens einer nach-kolonialen autoritären Modernisierung rütteln, die nicht der Mehrheit der Bevölkerung, sondern nur Teilen der zur Zeit Herrschenden zugute kommt. Sicher ist auch, dass dies eine Entwicklung ist, durch die sich eingesessene Herrschaftsinteressen der westlichen Welt existentiell bedroht sehen.

Der arabische Modernisierungsprozess, ist nicht als eindeutige Hinwendung zum Westen, aber auch nicht als Rückwendung zu einem wie immer gearteten muslimischen Fundamentalismus zu begreifen. Es geht um eine Besinnung auf die Kraft der eigenen Kultur, aber auch um Überwindung von Entwicklungshemmnissen in der eigenen Kultur. Das ist ein Prozess, der seine eigene innere Dynamik hat, in den einzugreifen für den Westen nicht ratsam ist.

Es gehen in diesen Prozess, über diese Tatsachen hinaus, aber auch noch schwer kalkulierbare ethnische und kulturelle Konfliktpotentiale mit ein, die aus den von den westlichen Kolonialmächten vorgenommenen willkürlichen Grenzziehungen am Ende der Kolonialzeit hervorgehen. Der „syrische „Nationalismus“ konnte nur durch die Macht der Einparteienherrschaft der Bathpartei aufgebaut werden und wird jetzt innerhalb des Gebietes, das heute Syrien umschließt, gegenüber diversen Sonderinteressen im wesentlichen autoritär gehalten.

Strukturell dürfte sich Syrien damit wenig von den anderen Staaten des arabisch-mittelmeerischen Raumes unterscheiden - ausgenommen Israel und Palästina, die sich unter dem Druck des israelisch-palästinensischen Dauerkonfliktes gewissermaßen in das verwandelt haben, was man, ins Internationale gehoben, eine „Einpunkt-Bewegung“ nennen könnte: für oder gegen ein Existenzrecht Israels in diesem Teil der Welt.

Konkret aber sieht es so aus, als ob die Fraktionierung der im syrischen Gebiet lebenden Bevölkerung auf Grund des historisch undefinierten ethnischen und kulturellen Pluralismus eines Durchgangsraumes zwischen den unmittelbaren Nachbarn der Türkei im Norden, des Irak und des Iran im Osten, des Dauerkrisengebietes Israel/Palästina im Süden und den dies alles durchziehenden globalen Interessen der USA, Russlands, Chinas weitaus tiefer gehen als in den übrigen Ländern der arabisch-mittelmeerischen Welt.

Das alles bedeutet, dass eine innere Destabilisierung des Landes, ebenso wie eine einseitige Orientierung an einer der genannten regionalen oder auch globalen Mächte sich sehr schnell zu einer Destabilisierung des gesamten mittelmeerisch-arabischen Raumes auswachsen kann. Dies gibt der Herrschaft Assads eine Rolle, die nicht einfach umgangen werden kann, ohne unkontrollierbare Folgen für den Raum nach sich zu ziehen. Einfach gesagt: Syrien ist nicht Libyen.

Es wären dem bisher Gesagten selbstverständlich noch reichlich Einzelheiten hinzuzufügen, um die Zerrissenheit des Landes und die darauf als Klammer sitzende autoritäre Struktur noch besser zu verstehen. Hier soll aber jetzt zur entscheidenden Frage weitergegangen werden; sie lautet: Wie sollen, wie können wir, wie kann die Welt sich zu „Syrien“ verhalten?

Zwei „Optionen“ stehen sich gegenüber: die westliche „Libysche“ Variante (NATO-„Hilfe“ für einen Regimewechsel) und die russisch-chinesische Variante der „Gespräche“.

Vor dem Hintergrund, dass jedes gewaltsame Eingreifen von außen, in diesem Gebiet der Welt speziell von Seiten des Westens als Déjà vu des westlichen Kolonialismus erlebt wird, vor dem weiteren Hintergrund, dass eine Beseitigung der mit dem Iran verbundenen Herrschaft Assads den Weg für westliches (Israelisch/amerikanisches) Vorgehen gegen den Iran freimachen würde und schließlich angesichts unbestreitbaren Tatsache, dass die „Friedensmissionen“ der NATO in Afghanistan, Pakistan, Libyen keineswegs zu demokratischen Verhältnissen und geführt haben - und selbstverständlich aus prinzipiellen Erwägungen heraus, dass tragfähiger Frieden und eine tatsächliche demokratische Entwicklung nicht mit Waffengewalt erzwungen werden können, sondern die Erhaltung einer Mindest-Stabilität dafür Voraussetzung ist, spricht vieles für die russische Variante, d.h., einen „runden Tisch“ zwischen allen Beteiligten - Assad

und Kritikern - zu fördern, auch wenn klar ist, dass dies der schwierigere Weg ist und auch dann noch und immer wieder, wenn schon keine Hoffnung mehr zu bestehen scheint. In der Realität vor Ort hat Leben immer Priorität!

Wobei die Paradoxie offenkundig ist und auch Bestandteil der komplizierten Gemengelage in der syrischen Problematik, dass die Variante des „runden Tisches“ ausgerechnet von autoritär regierten Staaten wie Russland oder auch China vorgeschlagen wird, die ihrerseits reichlich Probleme mit, freundlich gesprochen, verschleppten Reformen haben.

Sich für Gespräche einzusetzen bedeutet daher nicht, das sei unmissverständlich gesagt, das blutige Vorgehen der herrschenden syrischen Kräfte gegen ihr Kritiker zu rechtfertigen oder auch nur gut zu heißen, es bedeutet nur einfach, sich der Dämonisierung Assads nach Art der Dämonisierung Saddam Husseins oder Gaddafis zu widersetzen – wie gesagt: das Leben hat Priorität! In dieser Frage folge ich der Argumentation des Friedensforschers Johan Galtung (vgl. S. 38 im Heft).

Wir selbst sollten versuchen, über die Informationsarbeit hinaus, zur Entwicklung von tatsächlichen demokratischen Kräften beizutragen, auch dadurch, dass wir uns hier in Europa für eine Gesellschaft einsetzen, die ernst macht mit Selbstorganisation, Entwicklung demokratischer Strukturen und - Menschenrechten.

Finanztransaktionssteuer

Sven Giegold

Seit über zehn Jahren engagiert sich Attac für eine Finanztransaktionssteuer. Jetzt sind wir dem Ziel wieder einen großen Schritt näher gekommen. Das Europaparlament hat den Gesetzesvorschlag der EU-Kommission aus dem vergangenen Jahr angenommen.

Wir sprechen uns für eine FTT mit einer breiten Bemessungsgrundlage in der gesamten EU aus. Für Derivate liegt der geplante Steuersatz bei 0,01%; bei Aktien und Anleihen bei 0,1%. Das ist wenig, aber ein Einstieg, der Chance auf Realisierung hat und immerhin 57 Mrd. EUR EU- weit einbringen kann. Um Verlagerungen von Geschäften einzuschränken, wollen EU-Kommission und Parlament die Steuer nicht am Ausführungsort des Geschäfts, sondern am Sitz des Auftraggebers erheben. Es wären damit auch Transaktionen steuerpflichtig, die außerhalb der EU durchgeführt werden.

Wir Grünen unterstützen nicht nur den Kommissionsvorschlag, sondern konnten Vertreter aus den anderen Fraktionen gewinnen, ihre Änderungsanträge zur weiteren Einschränkung von Verlagerungsstrategien und Missbrauch mitzutragen. Das Parlament verschärft damit den Vorschlag der Kommission. Jetzt

sind die Mitgliedsländer am Zug, die in Steuerfragen alleine entscheiden und das Europaparlament lediglich anhören müssen.

Im Jahr 4 seit Ausbruch der Finanzkrise ist es noch immer nicht gelungen, den Finanzsektor relevant an den Kosten zu beteiligen.

Gesetzgeber weltweit haben es nicht geschafft, die Märkte zu entschleunigen. Nur der starke Druck, den wir in der Zivilgesellschaft und im Europaparlament aufgebaut haben, konnte die Kommission im vergangenen Jahr überzeugen, einen Vorschlag zur Einführung einer umfassenden FTT vorzulegen. Dieser Druck von Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und Kirchen muss jetzt aufrecht erhalten werden, damit sich nach dem Parlament auch die Mitgliedstaaten rasch einigen und die Besteuerung von Transaktionen in ihren Ländern zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger umsetzen.

Wenn die britische Regierung sich weiterhin quer stellt und die notwendige Regulierung gegen die Mehrheitsmeinung in ihrer Bevölkerung blockiert, muss die Bundesregierung die Einführung der FTT mit einer breiten Bemessungsgrundlage in verstärkter Zusammenarbeit gemeinsam mit den anderen progressiven Mitgliedstaaten durchsetzen. Das jedoch blockiert derzeit die FDP und Teile der CDU. Zudem muss ein substantieller Teil der Einnahmen, die durch den EU Haushalt verwaltet werden sollen, in globale öffentliche Güter, wie Armutsbekämpfung und Klimaschutz fließen. Beides wird nur gelingen, wenn alle, die dafür gekämpft haben, auch auf den letzten Metern nicht der lange Atem fehlt.

Nur dann werden all die Kampagnen für eine Spekulationssteuer nicht kurz vor dem Erfolg noch scheitern.

Eine Zusammenfassung der zentralen Punkte findet man unter :<http://www.sven-giegold.de/2012/zusammenfassung-der-position-des-ep-zum-fft-vorschlag-der-kommission/> Der Vorschlag der Kommission ist hier hinterlegt: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0594:FIN:DE:PDF> Die abgestimmten Änderungsanträge des Parlaments, die vom Rat aufgenommen werden sollen, gibt es hier: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-2012-0154&language=DE&mode=XML>

Quelle: Rundmail von Sven Giegold

Initiativen und Termine

Neue soziale Bewegung für die Dreigliederung in Israel

Yuval Elad

„Diese Schrift muß die heute wenig beliebte Aufgabe übernehmen, zu zeigen, dass die Verworrenheit unseres öffentlichen Lebens von der Abhängigkeit des Geisteslebens vom Staate und der Wirtschaft herrührt. Und sie muß zeigen, dass die Befreiung des Geisteslebens aus dieser Abhängigkeit den einen Teil der so brennenden sozialen Frage bildet.“

Den obenstehenden Satz schrieb Rudolf Steiner 1920 in der Einleitung zur Neuauflage seines Werkes „Die Kernpunkte der sozialen Frage“ (1919), während es dem Leser vorkommt, als wäre er heute, inmitten des brennenden gesellschaftlichen Protests in Israel verfasst worden.

Das Volk will soziale Gerechtigkeit

In gesellschaftlicher Hinsicht war der Sommer 2011 zweifellos einer der turbulentesten in Israels moderner Geschichte. Der massive Protest entsprang aus einem einzigen Zelt, welches im Zentrum Tel-Avivs zum Protest gegen die hohen Wohnungsmieten errichtet wurde und dann unerwartet Hunderttausende von Menschen im ganzen Land zu Massendemonstrationen und zur Errichtung weiterer Zelte motivierte. Als am 3. September in ganz Israel rund 400.000 Menschen auf die Straße gingen - eine beeindruckende Zahl im Verhältnis zur Bevölkerungszahl von ca. 7,6 Millionen Einwohnern - fand damit die größte Demonstration in der Geschichte Israels statt. Nachdem die Staatsbürger die gesellschaftliche Entwicklung in Israel jahrelang nur mit einem passiven Ausdruck der Unzufriedenheit verfolgt hatten, trat jetzt plötzlich eine Änderung ein - der Damm der Apathie brach durch - und heute organisieren sich Menschen aus den unterschiedlichsten Bevölkerungsschichten zum öffentlichen Protest und zu aktiven Maßnahmen zur Korrektur von Missständen in verschiedenen Bereichen.

Das zentrale Leitmotiv „Das Volk will soziale Gerechtigkeit!“ begleitet den Protest überall, während die demonstrierte Unzufriedenheit mit der mangelnden Leistungsfähigkeit des Staates nicht unbedingt auf diese oder jene Zusammensetzung der Knesset oder der Regierung zurückzuführen ist, sondern auf das

vorherrschende politische Konzept, aufgrund dessen die gesellschaftlich-kulturelle Tagesordnung praktisch von staatlichen und wirtschaftlichen Institutionen bestimmt wird, deren Beweggründe vorwiegend von politischer und wirtschaftlicher Natur sind und demzufolge zu einer gesellschaftlichen Verzerrung führen. Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit umfasst den Aufruf zu wirtschaftlicher Harmonisierung, Gleichheit, was Rechte und Pflichten angeht, Freiheit in Religion und Kultur, was im täglichen Leben praktisch nicht zur Geltung kommt. Mit dieser Situation im Hintergrund wurde im Frühjahr 2012 „The social Triangle“-Bewegung gegründet, welche einen neuen, bahnbrechenden Denkrahmen präsentiert, der als Plattform für ein neuartiges politisches und gesellschaftliches Handeln dient. Während die verschiedenen Protestbewegungen allerlei Forderungen zu Veränderungen innerhalb der bestehenden Rahmen stellen, bietet die „social Triangle“-Bewegung in erster Linie selbst einen Rahmen an - einen neuartigen Rahmen für Staat und Gesellschaft.

Die „social Triangle“ Bewegung stützt ihre Ideen auf das Vorbild der „Dreigliederung des sozialen Organismus“ von Rudolf Steiner. „Das Ziel der Bewegung ist es, dieses Konzept so zu interpretieren und zum Ausdruck kommen zu lassen, dass es auf die israelische Gesellschaft umgesetzt und angewandt werden kann“, argumentiert Yuval Elad, der Gründer der Bewegung. „Dies ist der Weg, Tiefgründigkeit zu schaffen, um für die israelische Politik und Gesellschaft einen neuen Geist und Hoffnung zu bringen.“

„The social Triangle“ Bewegung

Yuval Elad, sozialer Aktivist, 32 Jahre alt, wohnhaft im Kibbuz Harduf im Norden Israels, welches im Jahre 1982 von einer Gruppe junger Leute und Familien gegründet wurde, die bestrebt waren, eine Kibbuz-Gemeinschaft mit neuem Geist zu bilden, deren Alltagsleben auf Grundlage der anthroposophischen Lehre beruht. Diese praktische Vertrautheit mit der Anthroposophie gab Yuval die Zuversicht, dass das Modell der Dreigliederung nicht nur im Kibbuz und seiner Umgebung, sondern im ganzen Staatsgefüge anwendbar ist. Yuval spannte zu seiner Idee weitere Aktivisten ein und gemeinsam setzten sie die schriftliche Vision in die Praxis um und verliehen ihr Lebensgeist.

„The social Triangle“ sieht das Gemeinwesen als Organismus, in welchem drei unterschiedliche Bereiche koexistieren, die sich in ihrem Wesen voneinander unterscheiden. Hier gibt es keine zentrale, alle Bereiche verwaltende Institution mehr, sondern drei unabhängige Körperschaften für den erzieherisch-kulturellen, den wirtschaftlichen sowie den politischen Bereich. Jede Körperschaft arbeite im Verständnis der Aufgaben der anderen Körperschaften und entfaltet ihre eigene Einzigartigkeit und Professionalität unter Erfüllung jeder der drei Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Die drei Organe arbeiten zusammen, ohne dabei weder die,

jedem Organ grundlegende Unabhängigkeit, noch deren zugeordneten Funktionen zu beeinträchtigen.

- Der wirtschaftliche Bereich - Wirtschaftssektor
- Der öffentliche politische Bereich - Regierung und alle öffentlichen Einrichtungen
- Der pädagogisch-kulturelle Bereich - Institute für Geisteswissenschaften, Religion, Kultur, Kunst und höhere Bildung, der Nonprofit-Sektor und die Erziehung (welche heute unter staatlicher Aufsicht stehen)

„The social Triangle“ hat sich zum Ziel gesetzt, die Auffassung politischer Gestaltungsaufgaben so zu ändern, dass das staatlich-öffentliche Organ als eines unter drei Organen tätig sein wird, indem sich sein Aufgabenbereich ausschließlich auf bestimmte konstitutionelle Funktionen konzentrieren wird, während das Organ der Bildung und Kultur seine, ihm würdige zentrale Position in der Gestaltung des Gemeinschaftsleben zurückgewinnt.

Vorhaben und Zielsetzungen

Die Bewegung „The social Triangle“ setzt sich für die systematische Anpassung des Arbeitsansatzes der Dreigliederung an das jeweilige Arbeitsfeld ein, sei es an Staat und Politik, das Sozial- und Wirtschaftsleben, als auch an mesosoziale Einrichtungen, wie öffentliche Institutionen, Non-Profit-Organisationen und Geschäftsunternehmen. Die ersten Zielsetzungen der Bewegung sind:

- Schaffung von politischen Zellen innerhalb der verschiedenen politischen Parteien sowie die Förderung von Initiativen der Bewegung im Rahmen der israelischen Politik.
- Festlegung von Alternativmodellen - zunächst für Angelegenheiten in Bau und Planung, Bankwesen und Erziehung - und das Vorantreiben der, aus den Modellen abgeleiteten Änderungen.
- Initiierung der Zusammenarbeit mit politischen und gesellschaftlichen Organisationen; Vorschlag der Integration des Dreigliederungsmodells auf der Anwendungsplattform von Organisationen.
- Einführung des Konzepts und des Dreigliederungsmodells in das politische und öffentliche Gespräch.

„The social Triangle“ Bewegung bringt eine originelle Denkweise mit sich und ist bahnbrechend in der Gestaltung der Regierung, Wirtschaftsmethoden und dem Umgang mit den bürgerlichen Kräften. Die Bewegung wirkt mit anderen sozialen Organisationen und ähnlich gesinnten Unternehmen zur Schaffung einer neuen gesellschaftlichen Volksbewegung zusammen.

Kontakt: Yuval Elad, Kibbutz Harduf d.n. Hamovil 17930 Israel, E-Mail: thesocialtriangle@gmail.com, Yuvale.tzeva@gmail.com, Tel. (Handy): 00972-504050183

Petition: Entsendet Tausende UN-Beobachter zum Schutz der Menschen in alle Regionen Syriens!

Alice, Avaaz.org

Die Bilder aus Al Houla in Syrien sind fast zu brutal, um sie überhaupt anzusehen. Ich habe eine 5 Jahre alte Tochter, und ich weiß, dass es nur der Zufall des Geburtsortes ist, der sie von diesem Horror trennt. Doch dieser Schock hat dazu geführt, dass ich heute diese E-Mail schreibe, weil ich weiß, dass wir alle zusammen etwas tun können, um dieses Grauen zu beenden.

Dutzende blutverschmierte Kinder, die Gesichter voller Angst vor dem drohenden Tod - ihre unschuldigen, leblosen Körper sprechen von einem unsäglichem Massaker. Diese Kinder wurden dahingeschlachtet von Männern, die den strikten Befehl hatten, Terror zu sähen. Doch alles, was die Diplomatie bislang erreicht hat, ist, dass ein paar UN-Beobachter die Gewalt „beobachten“. Nun weisen Regierungen in aller Welt syrische Botschafter aus, doch wenn wir kein grundlegendes und starkes Handeln fordern, bleibt es bei diesen diplomatischen Halbherzigkeiten.

Zur Zeit berät die UN gerade, was man tun kann. Wenn es in ganz Syrien eine starke internationale Präsenz gäbe, mit dem Mandat, Zivilisten zu schützen, könnten wir die schlimmsten Massaker verhindern, während die Staatschefs sich bemühen könnten, den Konflikt auf politischer Ebene zu lösen. Ich kann keine weiteren Bilder dieser Art sehen, ohne es in die Welt hinaus zu schreien. Aber um die Gewalt zu beenden, müssen wir alle zusammenstehen, und mit einer gemeinsamen Stimme Schutz für diese Kinder und ihre Familien fordern. Klicken Sie den untenstehenden Internet-Link, um die UN zum Handeln aufzufordern und senden Sie diese Nachricht dann an alle, die Sie kennen: http://www.avaaz.org/de/syria_will_the_world_look_away_c/?v1

Der Tod eines Kindes ist immer eine Tragödie. Die UN sagt, dass bei dem Angriff 108 Menschen ums Leben gekommen sind, 49 davon Kinder unter 10. Das jüngste Opfer war ein 2 Jahre altes Mädchen. 90% der Einwohner von Al Houla sind aus ihren Häusern geflohen. Als ich meine Tochter gestern Abend zu Bett gebracht habe, habe ich versucht, mir vorzustellen, was die Mütter und Väter, und die Großeltern dieser Kinder empfinden. Allein der Schmerz und die Verzweiflung sind unvorstellbar, doch es gibt auch einen enormen Zorn und einen abgrundtiefen Hass gegen die, die das getan haben. Wenn wir nicht alle zusammenstehen, um die Angriffe gegen die Menschen in Syrien zu stoppen, wird der Kreislauf der Gewalt nicht enden.

Vergessen wir nicht: Dieses Blutbad begann vor über einem Jahr, als Tausende Menschen auf die Straßen gingen, um friedlich - wie ihre Brüder und Schwestern in der gesamten Region - für Freiheit und Demokratie

zu demonstrieren. Doch das Regime antwortete mit Brutalität und Gewalt - mit Mord, Folter, Verschleppung und mit der Belagerung ganzer Städte. Die internationale Gemeinschaft griff nicht ein, und ließ zu, dass politische Erwägungen unsere Verantwortung zum Schutz der Menschen unterminierten. Dann griffen einige verzweifelt zu den Waffen, um ihre Familien zu schützen und sich gegen die Unterdrückung zu wehren. Jetzt ist es ein bewaffneter Konflikt - und wenn die Welt weiterhin nichts unternimmt, wird dieser zu einem ausgewachsenen Bürgerkrieg, der Generationen andauern und solch extreme Arten von Terror hervorrufen kann, wie wir ihn uns in unseren schlimmsten Alpträumen nicht vorstellen können.

Wenn Dutzende Kinder kaltblütig von der Armee und deren Milizen ermordet werden - dann ist es Zeit für ernsthafte Maßnahmen. Assad, seine Schergen und seine blutdürstige Armee müssen zur Rechenschaft gezogen und die Menschen in Syrien geschützt werden. Nichts von dem, was die internationale Gemeinschaft bislang getan hat, konnte Assad von seinem mörderischen Griff nach der Macht abhalten. Die wenigen UN-Beobachter vor Ort konnten die Morde in Al Houla nicht verhindern - das einzige, was sie tun konnten, war, die kleinen Körper zu zählen. Doch wenn wir Hunderte von Beobachtern in jede der vierzehn Regionen Syriens entsenden - dann würden es sich Assads Mörder zweimal überlegen.

Die Welt hat in Srebrenica weggeschaut, und sie hat in Ruanda weggeschaut. Wenn wir heute alle reagieren - können wir sicherstellen, dass der tragische Tod dieser Kinder zum Wendepunkt wird, an dem wir alle überall sagen: JETZT IST ES GENUG! Doch wenn wir uns abwenden, dann tun es auch unsere Politiker. Vereinen wir unsere Stimmen in aller Welt und sorgen wir dafür, dass die Politiker unseren Aufschrei nicht überhören können. Aus Respekt für diese armen Kinder und ihre Familien: Klicken Sie hier, um sich an dem weltweiten Aufruf für eine massive UN-Präsenz in Syrien zu beteiligen!

http://www.avaaz.org/de/syria_will_the_world_look_away_c/?v

Die Avaaz-Gemeinschaft steht den Menschen in Syrien seit fünfzehn Monaten zur Seite, prangert das syrische Regime an, fordert Sanktionen, unterstützt Gemeinschaften in ganzen Land mit Hilfsgütern und versorgt Bürgerjournalisten mit der nötigen Ausrüstung, damit diese über die Gewalt berichten können. Machen wir heute das Massaker von Al Houla zum Wendepunkt und bestehen wir darauf, dass unsere Regierungen nicht länger den Blick abwenden und den Menschen in Syrien nicht weiter den Rücken zukehren.

In tiefer Trauer und voller Entschlossenheit, Alice und das gesamte Avaaz-Team.

Infos über Avaaz: <http://www.avaaz.org/de/>

Sicherheit entsteht durch Frieden

Der Friedensforscher Johan Galtung zur Lage in Syrien

Unter dem Titel „Der Geopolitik entreißen - Sicherheit entsteht durch Frieden, nicht umgekehrt“ hält der bekannte Friedensforscher Johan Galtung in der Jungen Welt vom 13.04.2012 ein leidenschaftliches Plädoyer für eine lösungsorientierte Friedenspraxis in Syrien. Darin heißt es u.a, alle seien verzweifelt angesichts des furchtbaren Tötens und des Leids der Hinterbliebenen und des gesamten syrischen Volkes. „Aber tun? Könnte es sein, dass die UN und Regierungen im allgemeinen denselben Fehler wieder und wieder machen?“

Diese gingen gewöhnlich so vor: Man versuche, eine Hauptschuldigen durch Sanktionen zu treffen, dann Waffenstillstand zu erreichen, notfalls durch Intervention zu erzwingen. Es folgten Verhandlungen zwischen den „legitimen Parteien“ und zuletzt eine politische Lösung als Kompromiss. Aber warum sollten die Parteien einen Waffenstillstand schließen und einhalten, ohne dass eine akzeptable Lösung in Sicht wäre?

Galtung schlägt vor, das übliche Verfahren umzukehren: Erst Vorschlag einer politischen Lösung, darüber dann Verhandlungen, dann Waffenstillstand, dann Entmachtung des Diktators.

Zuerst müsse „ein ebenso konkreter wie konstruktiver Lösungsvorschlag im dialogischen Verfahren mit allen aktiven Konfliktparteien erarbeitet werden“. Dann erst interessierten sich Konfliktparteien wirklich für einen Waffenstillstand.

An einem haltbaren Frieden Interessierte sollten nach mehreren Lösungsentwürfen und nicht nur nach einer einzigen Lösung suchen. Damit das geschieht, sollte mit syrischen Parteien außerhalb und innerhalb Syriens gesprochen werden. „Letztendlich müssen 1000 systematisch lösungsorientierte Dialoge auf allen Ebenen der syrischen Gesellschaft organisiert werden, in jedem Stadtteil, in jedem Dorf mindestens ein Dialog, um zu erfahren, welche konkreten Auswege die unmittelbar betroffenen Menschen selber vorschlagen.“ Dies schließe ausdrücklich auch die syrische Exilbevölkerung ein. In diesen Dialogen gelte es, die Ziele der Befragten zu eruieren, um eine konkrete und detailreiche Vorstellung von jenem Syrien zu skizzieren, „das ihren Wünschen entspricht und in dem sie, unter Berücksichtigung der legitimen Ziele aller Syrier, leben wollen“. Natürlich bemesse sich diese Legitimität 1. an Kriterien der menschlichen Grundbedürfnisse, 2. der Menschenrechte - der politischen und wirtschaftlichen und 3. des internationalen Völkerrechts. Das sei zugegebenermaßen umständlich und aufwendig, aber immer noch mit einem „infinitesimalen Bruchteil des logistischen, finanziellen und militärischen Aufwands, den die herkömmliche blutige Militärintervention verursachen würde. Und kein Mensch müsste dabei sterben. Die UN sollten Prozessbegleiter schicken, die in der

dialogischen Mediation geschult sind, anstatt damit zu liebäugeln, Experten zu entsenden, die sich mit Gewehren und Feldstechern auskennen.“

In Syrien hätten wir es mit einer komplizierten Gemengelage divergierender Interessen der inneren und äußeren Akteure zu tun. Bei ersteren zählt Galtung 17, bei letzteren 6 auf. So wolle beispielsweise Israel die Teilung Syriens, seine Loslösung vom Iran und die endgültige Einverleibung der Golan-Höhen, Iran und Irak die Vorherrschaft der Schiiten, die Saudis die der Sunniten, „die Türkei möchte sich gegenüber Israel und USA und den Nachfolgern der Kolonisatoren Frankreich, Britannien und Italien, die das Osmanische Reich einstweilen aufteilten, Geltung verschaffen. Sie möchte darüber hinaus ein Syrien, das als Pufferzone dient“ usw. Bei den Gruppen im Innern wollten die Alewiten ebenso wie die Schiiten die Macht behalten, die Sunniten ihre numerische Überlegenheit in politische Macht ummünzen, Minderheiten wie und Juden und Christen wollten Sicherheit.

Schweizer Staatsmodell

Eine für alle Akteure hinnehmbare Lösung sei nicht durch Gewalt - die nur den Groll der Verlierer gegen den Gewinner schüren würde - und nicht durch Sanktionen erzwingbar. „Daraus ergibt sich von selbst eine Lösung, die ich zu wiederholen nicht müde werden kann: das Schweizer Staatsmodell. Es birgt belastbare und funktionstüchtige Erfahrungswerte für Fälle wie Syrien. Syrien ist ein multiethnischer Staat. Ein föderales Syrien mit lokaler Autonomie, sogar bis hinab auf die Ebene der Dorfgemeinschaften wäre ein gangbarer Ansatz. In diesem Syrien haben Sunniten, Schiiten und Kurden Beziehungen zu den Menschen eigener Gesinnung über die jenseits der willkürlich vom Westen gezogenen Grenzen hinaus. Wenn, statt der neomodischen und höchst blutigen NATO-Einsätze die klassische internationale Friedenssicherung gemäß Kapitel fünf der UN-Charta wieder bemüht werden könnte, wäre einem anspruchsvollen Frieden konkret geholfen. Ein Blauhelmeinsatz könnte zum Schutz der Minoritäten und zur Unterbindung von Waffenströmen dienen und würde den Aufbau geopolitischer Militärstützpunkte einer der Großmächte unter humanitären Vorwänden gänzlich vorbeugen.“

Diese Friedensperspektive sei sehr konkret und bei „Rückgriff auf existente, effiziente und effektive Instrumente der internationalen Friedenspraxis durchaus realisierbar.“ Sonst drohten zwei weitere Katastrophen: Ein offener Krieg mit Saudi-Arabien, Jordanien und Katar oder eben „die Perversion eines R2P (Responsibility to Protect)-Einsatzes à la Libyen, mit bis zu 7700 abgeworfenen Bomben....“

„Ein belastbarer Frieden ist in Libyen wie überall dort, wo Geopolitiker ihre Finger im ‚Spiel‘ haben, in weite Ferne gerückt, weil Geopolitiker und Geostrategen noch immer nicht verstanden haben, dass unter dem Begriff ‚Frieden‘ etwas gänzlich anderes zu verstehen ist als das von ihnen verfolgte ‚nationale Interesse‘. Sicherheit entsteht durch die Schaffung von Frieden und nicht umgekehrt.“

Tagungen des Seminars für freiheitliche Ordnung

Das Geld im Kreislauf der Wirtschaft

Tagung / Elementarseminar, 23. - 24. Juni 2012, 73087 Bad Boll, Badstraße 35

Voll-Beschäftigung erwünscht und erreichbar!

Tagung, 21. - 22. Juli 2012, 73087 Bad Boll, Badstraße 35

Nähere Infos und Anmeldung: <http://www.sffo.de/sffo/sffova2012.html>

Was sind die „Kernpunkte der sozialen Frage“ heute?

6 Abende mit im Forum 3, Stuttgart

Ingrid Lotze

Anhand des gleichnamigen Buches von Rudolf Steiner wollen wir uns mit den ungelösten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Problemen unserer Zeit auseinandersetzen. Mit Hilfe der von R. Steiner aufgezeigten sozialen Gesetzmäßigkeiten können die Ursachen von Fehlentwicklungen wie zum Beispiel der Finanz- und Schuldenkrise erkannt und Lösungsansätze entwickelt werden. Ziel ist es, alle Teilnehmer zu befähigen, fruchtbar und hilfreich in das jeweilige soziale Geschehen in ihrem Umfeld einzugreifen.

Montags 19.30 Uhr mit Ingrid Lotze. Ort: Forum 3, Gymnasiumstr. 27. Ab 08. Oktober 14täglich, 6 Abende, Kosten: EUR 50,-/erm. 35,- / Schüler/innen EUR 20,-

Weitere Veranstaltungen im Forum 3

Stuttgart, Gymnasiumstr. 27

Johannes Lauterbach: **Die Welt neu denken.** Freitag, 22. Juni, 19.00 Uhr (!)

Gabriele Reinwald und Martin Rausch: **Die Bedeutung einer empathischen Zivilisation in unserer Zeit.** Freitag, 29. Juni, 20.00 Uhr

Franziska Fink: **Den Herzensweg gehen.** Freitag, 6. Juli, 20.00 Uhr

Götz Werner, Sophia Kühne, Simeon Wutte, Jonas Heckmann, Jan Rendtorff. Moderation: Ulrich Morgenthaler: **Was würde ich tun, wenn ich ein bedingungsloses Grundeinkommen bekäme?** Freitag, 13. Juli, 19.00 Uhr (!)

Orland Bishop: **MenschSein - WeltSein.** Donnerstag, 26. Juli, 19.00 Uhr (!)

Bedingungsloses Grundeinkommen

Volksinitiative zum Grundeinkommen in der Schweiz

Im April ging in der Schweiz eine Bürgerinitiative mit der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen mit der Eintragung ins Bundesblatt an den Start.

Jetzt müssen bis 11. Oktober 100.000 Unterschriften gesammelt werden, damit es zur Abstimmung kommt. Zu unterschreiben ist die Forderung, die Schweizer Fassung durch eine Neufassung des Artikels 110a zu ändern. Wortlaut der Änderung:

„1. Der Bund sorgt für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens.

2. Das Grundeinkommen soll der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen.

3. Das Gesetz regelt insbesondere die Finanzierung und die Höhe des Grundeinkommens.“ (Quelle: Bundesblatt)

Mitglieder des Initiativkomitees sind unter vielen anderen der ehemalige sozialdemokratische Schweizer Vizekanzler Oswald Sigg und der Unternehmer und Grundeinkommensaktivist Daniel Häni.

Bereits in den ersten Wochen nach der Veröffentlichung kamen 11.000 Unterschriften zusammen. Die Initiatoren suchen noch viele weitere Helfer beim Sammeln. Von den Menschen, die angesprochen werden, unterschreibt nach den ersten Erfahrungen nahezu jede(r) zweite, so die InitiatorInnen. Aber die Unterschriften müssen eben auch „geerntet“ werden.

Ein konkretes Umsetzungsverfahren ist in dem Vorschlag noch nicht formuliert, der insoweit das Hauptziel hat, das Bedingungslose Grundeinkommen als Verfassungsgrundsatz zu verankern und eine breite gesellschaftliche Debatte darüber in Gang zu bringen. Schon jetzt führt die Initiative zu einem enormen Medienecho, das diese Debatte anregt. Dadurch strahlt die Schweizer Initiative bis nach Deutschland und in andere Länder aus.

Über den Fortgang der Initiative findet man Informationen auf der Seite von Daniel Häni und Enno Schmidt www.grundeinkommen.ch, auf www.bedingungslos.ch und www.grundeinkommen.tv sowie über www.facebook.com/bedingungsloses-grundeinkommen.

Internationale Woche des Grundeinkommens jetzt unterstützen!

17. bis 23. September 2012

Aufruf des Netzwerksrats des Netzwerks Grundeinkommen

Die sozialen Verwerfungen in Europa nehmen zu, weil die Regierungen auf Steuereinnahmen von Reichen verzichten und dafür Sozialausgaben kürzen und den Druck auf die Armen erhöhen. Dabei geht es ausschließlich um die Sicherung der Finanzanlagen. Es scheint egal, ob Menschen mit Gütern und Dienstleistungen versorgt sind, ob ihnen öffentliche Infrastruktur zur Verfügung steht oder ob sie sich für ihr Geld etwas kaufen können. Die angeblichen Rettungsgelder fließen unmittelbar auf die Konten der Gläubiger, das heißt zu den Banken und letztlich zu deren vermögenden Kunden und Aktionären. An Ländern wie Griechenland wird genauso wie an Erwerbslosen vorexerziert, wie es denen ergehen soll, die vermeintlich nicht „wettbewerbsfähig“ oder tüchtig genug sind. Höchste Zeit also, neue Wege zu finden: „Wege zum Grundeinkommen“. So lautet daher das Motto des BIEN-Kongresses und der diesjährigen Woche des Grundeinkommens. Den vollständigen Aufruf, Termine, Material sowie viele Informationen finden Sie auf <http://www.woche-des-grundeinkommens.eu>

Bitte helfen Sie uns, die Website zur diesjährigen Woche des Grundeinkommens möglichst aktuell und informativ zu halten, gerne durch Ihre Materialien und Infos zu Terminen zur Woche des Grundeinkommens. (Quelle: www.grundeinkommen.de)

Götz Werner in „Hall of Fame“ aufgenommen

dm-Gründer und Grundeinkommensaktivist Prof. Götz W. Werner ist in die „Hall of Fame“ aufgenommen worden. Diese Auszeichnung verleiht das manager magazin seit 20 Jahren an herausragende Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft. „Durch das, was wir täglich tun, verdienen wir uns einen Lebensunterhalt. Ein Leben wird daraus erst durch das, was wir zu geben haben. Götz Werner ist unter den Heutigen einer der Zeugen für die Wahrheit dieser Beobachtung. Er ist ein Zeuge für die Macht des Wohlwollens“, so der der Philosoph Peter Sloterdijk am 13. Juni 2012 in Kronbach in seiner Laudatio. Die sozialreformerischen Ideen von Götz Werner hätten während des vergangenen Jahrzehnts durch die gesamte Republik die Runde gemacht und zahllosen Menschen unerwartete Momente des Nachdenkens und Neudenkens gewährt. Auch Bosch-Chef Franz Fehrenbach würdigte Werners Lebensleistung. (Quelle: Pressemitteilungen von dm und manager-magazin)

Literatur

Clara Steinkellner:

Menschenbildung in einer globalisierten Welt

Perspektiven einer zivilgesellschaftlichen Selbstverwaltung unserer Bildungsräume

Johannes Mosmann

Clara Steinkellners „Menschenbildung in einer globalisierten Welt“ ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Es ist einerseits das bislang umfassendste und gründlichste Werk zum Thema Bildungsfreiheit, andererseits aber auch das ansteckendste. Strenger wissenschaftlicher Aufbau und akribische Quellenrecherche verbinden sich hier scheinbar mühelos mit einem leichten Lesefluss und einer klaren Sprache. Gleichzeitig durchbricht die Autorin die akademische Beweislast, indem sie diese als Mittel verwendet, um anschaulich werden zu lassen, was gerade nicht bewiesen werden kann: die Freiheit. Die Idee der Freiheit entwickelt sich gewissermaßen durch den wissenschaftlichen Diskurs, vor allem aber durch die Biografien vieler ihrer bedeutendsten Verfechter in Gegenwart und Vergangenheit hindurch, deren Gedanken, Gefühle und Taten Steinkellner zum Erlebnis werden lässt. Mancher Leser wird überrascht sein, die modernsten Ansichten ausgerechnet bei Persönlichkeiten zu finden, deren Namen heute Staatsschulen und Straßenschilder zieren. Johann Heinrich Pestalozzi zum Beispiel: *„Unser Geschlecht bildet sich wesentlich nur von Angesicht zu Angesicht, nur von Herz zu Herz menschlich. Es bildet sich wesentlich nur in engen, kleinen, sich allmählich in Anmut und Liebe, in Sicherheit und Treue ausdehnenden Kreisen also. Die Bildung zur Menschlichkeit, die Menschenbildung, und alle ihre Mittel sind in ihrem Ursprung und in ihrem Wesen ewig die Sache des Individuums und solcher Einrichtungen, die sich eng und nahe an dasselbe, an sein Herz und an seinen Geist anschließen.“*

Pestalozzi spricht, wie die anderen hier vorgestellten Persönlichkeiten auch, aus Erfahrung. Das ist die Krux in jeder Argumentation für die Freiheit: Es lässt sich eben nicht theoretisch beweisen, dass Bildung niemals auf „Vermittlung“ von Inhalten, sondern auf einer Selbstbetätigung des lernenden Individuums beruht, dass dieses sich zwar an der Beschäftigung mit dem Inhalt bildet, letzterer aber in Wahrheit bloß den äußeren Anreiz für seine Selbst-Bildung liefert. Vielmehr zeigt sich das offenbar denjenigen Menschen als *Erfahrungstatsache*, die bereits selbstverantwortlich im Bildungsprozess drinnen stehen, und das konkret Individuelle in seiner Selbstbetätigung wahrnehmen. Aus dieser Erfahrung resultiert dann die Einsicht, dass sich Lehrinhalt und Lehrmethode

danach bestimmen müssen, inwieweit sie den Willen des jeweiligen Schülers hervorzurufen geeignet sind, und daher nur von den Menschen entwickelt werden können, die mit diesem bestimmten Schüler wahrnehmend verbunden sind. Ganz natürlich ist es deshalb auch, dass umgekehrt von der Warte der abstrakten Administration das Wesen der Bildung nicht erkannt, und unter dem Namen „Bildungsreform“ immer effizienter angegriffen wird. Die absurde Tragik dieses Prozesses wird dem Leser schmerzhaft vor Augen geführt: Während sich die gewordene Verfassung von Staat und Wirtschaft als immer ungeeigneter erweist, den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft zu begegnen, unternimmt die Menschheit immer größere Anstrengungen, genau dieser Verfassung auch die geistige Entwicklung der zukünftigen Generation zu unterwerfen. Clara Steinkellner fragt deshalb: Wie kann der umgekehrte Prozess ermöglicht werden? Was kann konkret unternommen werden, damit Staat und Wirtschaft von einem freien, zivilgesellschaftlich verwalteten Bildungswesen ihrerseits die Impulse für eine menschenwürdige Verfassung der Zukunft empfangen?

Aufgrund ihrer Erfahrung im Aufbau selbstverwalteter Bildungsräume, zuletzt etwa durch die Mitbegründung der *freien Bildungstiftung*, kann die Autorin hier sehr konkrete Angriffspunkte aufzeigen. Die eigentliche Antwort liegt jedoch in der Form, in der schon diese Schrift gehalten ist: Steinkellner schreibt nicht über Ideen, sondern über Menschen. Zwar liefert sie auch eine scharfe und äußerst vielseitige Analyse des Bildungssystems. Dabei verzichtet sie jedoch weitgehend auf persönliche Kritik und zeigt stattdessen in den von ihr zitierten Persönlichkeiten das Fruchtbare im Ringen um ein zeitgemäßes Bildungswesen auf. Die vielen Menschen, die hier zu Wort kommen, werden gerade durch ihre ganz individuell errungene Weltsicht gewissermaßen zu Zeugen einer Biografie in der Biografie, die das vorliegende Buch in Wahrheit erzählt: die des freien Geistes. Das *freie Geistesleben* erscheint somit nicht als eine spezielle Idee Rudolf Steiners, sondern als eine sich aus der Natur des modernen Menschen heraus entwickelnde Kraft. Und so findet Clara Steinkellner doch einen Weg, eine Brücke zu schlagen zwischen Fachleuten und ‚Außenstehenden‘. Denn der Leser fühlt deutlich: ich bin mit diesen Menschen verbunden, der Freiheitsimpuls ist schon wirklich da, hier kann ich anknüpfen! Diese Erfahrung wünsche ich möglichst vielen, die irgendwie aktiv an der Gestaltung von Bildungseinrichtungen beteiligt sind oder es noch nicht sind.

Clara Steinkellner: Menschenbildung in einer globalisierten Welt - Perspektiven einer zivilgesellschaftlichen Selbstverwaltung unserer Bildungsräume. Verlag Edition Immanente, Berlin 2012. Klappenbroschur: 298 Seiten, 18,- EUR. ISBN: 978-3-942754-20-0.

Attil und Krimkilte

Ein tschuwaschisches Epos aus dem Sagenkreis der Nibelungen

Christoph Strawe

Bücher haben ihre Schicksale. Dieses hier, im Rhombos-Verlag, einem kleinen Fachverlag für Politik, Wissenschaft und Kultur erschienen, hat ein besonders erstaunliches. Unser Autor Kai Ehlers, der als „Transformationsforscher“ die wirtschaftliche und kulturellen Entwicklung des post-sowjetischen Raumes untersucht, traf 1992 in Tscheboksary, der Hauptstadt Tschuwaschiens an der Wolga den tschuwaschischen Nationaldichters Mischu Juchma. Dieser verwahrte seit Jahrzehnten in einer Kiste ein Manuskript, das dort in den Jahren der stalinistischen und nachstalinistischen Repression verborgen bleiben musste. Jetzt brachte er es zum Vorschein. Darin hatte er ein Epos aus der tschuwaschischen Tradition aufgezeichnet, das sein Großonkel noch gekannt und immer wieder vorgetragen hatte. Es war über Generationen mündlich tradiert worden, bis es dann durch tschuwaschische Autoren Mitte des 19. Jahrhundert dem Vergessen entrissen worden war. Kai Ehlers war von der Entdeckung so fasziniert, dass er beschloss, den Text zu übersetzen und herauszugeben, was dann in Zusammenarbeit mit Nibelungenspezialisten Mario Bauch und dem Slawisten Christoph Sträßner geschah.

Die Tschuwaschen sind ein Turkvolk, sie sehen sich als Nachfahren der Wolgabulgaren und Hunnen. Die zentralen Gestalten des Epos sind Attil und Krimkilte. Die Anklänge an das Nibelungen-Epos mit dem Hunnenkönig Etzel und Kriemhild aus Burgund sind verblüffend und bemerkenswert, auch wenn wir auch durchaus nicht alle Gestalten wiederfinden. Es gibt keinen Siegfried, keinen Gunther und keinen Hagen von Tronje, wie wir sie vor allem aus dem mittelhochdeutschen Nibelungenlied kennen - das zwar die bekannteste, aber keineswegs einzige Darstellung des Stoffs im unserem Kulturkreis ist. In Attil und Krimkilte ist Etzel nicht das Werkzeug von Kriemhilds Rache an den Nibelungen, sondern er hält seine schöne Geliebte als Gefangene, die sich schließlich, nach der Hochzeit mit ihm, mit seinen Gegnern verbündet und Unglück über ihn bringt.

Das Buch, so stellt Kai Ehlers mit Recht fest, „ist kein gewöhnliches Sachbuch ..., sondern so etwas ... wie ein literarischer Leckerbissen. Es enthält neben dem aus dem Tschuwaschischen und Russischen ins Deutsche übertragenen Epos ..., das mit seinen 12 Gesängen spannend und anregend zu lesen ist, historische Erläuterungen und wissenschaftliche Aufarbeitungen unserer tschuwaschisch-russischen Partner wie auch deutscher Autoren zu den historischen Hintergründen und offenen Fragen dieser spannenden Zeit am Ende des römischen Reiches, dazu interessantes Kartenmaterial zu Attilas Zügen, eine Chronologie, sowie einen ausführlichen wissenschaftlichen Apparat und einen Nachdruck des tschuwaschischen Originaltextes.“

Bekanntlich wurde das Nibelungenlied geradezu zum deutsches Nationalepos stilisiert und teilweise chauvinistisch missdeutet. Dass der Text gerade die

Frage nach der Überwindung der „Nibelungenwildheit“ (R. Steiner) aufkommen lässt, nach einer christlichen Ethik der Vermittlung und Versöhnung, wie sie in der Gestalt des Dietrich von Bern aufleuchtet, wurde dabei negiert. Vielmehr fasste man das Epos als Lobpreisung des Kampfs der Kulturen - Europa hier, Asien da - auf. Die darin zum Ausdruck kommende Haltung steigerte sich bis zu der berüchtigten „Hunnenrede“ Wilhelms II. 1900 in Bremerhaven bei der Verabschiedung der deutschen Soldaten, die den Boxeraufstand in China niederschlagen sollten. Sie gipfelte schließlich auf im nazistischen Herrenmenschenwahn.

Wir hören hier nun die Geschichte von Kriemhild und Etzel erstmals aus hunnischer Perspektive, - entspringend, folgt man Christoph Sträßner, aus einem eigenen Überlieferungsstrom. Es öffnet sich ein Raum, der bisher unzugänglich war: das Gebiet zwischen Europa und Asien, wo sich verschiedene Kulturen begegneten und teilweise durchdrangen. Der Blick auf eine gemeinsame Geschichte wird frei - und damit ein Weg zur Verständigung der Kulturen.

„Attil und Krimkilte. Das tschuwaschische Epos zum Sagenkreis der Nibelungen“, übersetzt und herausgegeben von Kai Ehlers in Zusammenarbeit mit Mario Bauch und Christoph Sträßner.¹ Rhombos-Verlag, Berlin, 2011; 268 Seiten; EUR 42,-, ISBN 978-3-941216-50-1. Erhältlich in allen Buchhandlungen, über den Verlag oder direkt beim Übersetzer: info@kai-ehlers.de, www.kai-ehlers.de

Leserpost²

... meinem Wahrnehmen nach bedarf das Titelblatt einer ansprechenderen Aufmachung mit neuer Facette und einer guten Autorenthemengliederung, da zu schnell ein Thema eins ins Andere hinübergreift. Diese sollten verständnisbereichernd mit bewusster Aufmerksamkeitslenkung und auch einem Betrachten der globalen Wirtschaftsfunktion an den Leser herangebracht werden, was dazu anregt, es weiter zu vermitteln, dank einiger lobenswerter Brennpunktthemenberichten Ihrer jetzigen Autoren, meinen Dank! Um den verschiedenen Objekten mehr Anteilnahme zu verleihen, bedarf es meiner Ansicht nach einigem Bildbedarf (mir fehlt eine mit-tige Leichte an Lebensinhalten bzw. -perspektive)...

Mit den besten Wünschen für eine erneuerbare Zeitimpulsbetrachtung Katharina Schmidt

¹ Eine detailreiche Rezension des Werks liefert Julio Lambing unter dem Titel „Attilas unglückliche Liebe - Ein neu entdecktes Epos aus dem Sagenkreis der Nibelungen wirft Fragen über unsere Geschichte auf“ (<http://www.rabenclan.de/index.php/Magazin/LambingAttilasLiebe>)

² Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.



Sozialentwicklung

Unser Studienangebot 2012 / 2013

Grundlagen und Praxis der Dreigliederung
des sozialen Organismus

Studienkurs

14. - 20. Oktober 2012,
Studienstätte Unterlengenhardt:

Basiswoche **soziale Dreigliederung**

Die sozialen Konsequenzen
individueller Mündigkeit
- Grundlagen und Aktualität der
Dreigliederung des sozialen Organismus

3. - 9. Februar 2013, Unterlengenhardt:

Aufbauwoche **soziale Dreigliederung**

Soziale Dreigliederung als Weg zum
Verständnis und zur Gestaltung
sozialer Prozesse

9. - 12. Mai 2013, Freie Hochschule Stuttgart:

Intensivseminar **Selbstverwaltung**

Grundlagen und Praxis der Selbstverwaltung
in Schulen und anderen Einrichtungen

Sonstige Veranstaltungen

26. - 28. Oktober 2012,
Rudolf Steiner-Haus, Frankfurt a.M.:

Vertiefungsseminar „Von der Philosophie der
Freiheit zum Nationalökonomischen Kurs“

Wertschöpfung: **Verständnis und** **praktische Konsequenzen**

9. - 11. November 2013, Frankfurt a.M.:

Vertiefungsseminar

Thema ist noch offen

Forschungskolloquia

zur Zukunft des öffentlichen
Sektors und der sozialen Sicherung -
Termine noch offen

Weitere Info / Anmeldung:

Institut für soziale Gegenwartsfragen
Libanonstr. 3
D-70184 Stuttgart
Tel. +49(0)711 - 2368950
institut@sozialimpulse.de
www.sozialimpulse.de
www.sozialimpulse.de/studienangebot.html

Veranstalter:

Institut für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart,
Institut für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozial-
gestaltung Dornach

Verantwortlich:

Udo Herrmannstorfer, Dr. Michael Ross, Prof.
Dr. Harald Spehl, Prof. Dr. Christoph Strawe

